



Offiziere und Soldaten Bilder aus Habsburgs Wehrmacht im Weltkrieg

HANS HAUTMANN

Nowotny, Powolny und Pokorny. So heißen die Offiziere, die sich in den „Letzten Tagen der Menschheit“ immer an der Sirk-Ecke treffen. Geistig unbedarft, gilt ihr Hauptinteresse Operetten, „Mullatschaks“ und „Gustomenschern“. Es sind scheinbar harmlose Feschaks. Aber eben nur scheinbar. Um hinter der Gemütlichkeits-Schimäre bitterböse Wahrheiten erkennen zu können, genügt fürs Erste schon die Lektüre der Szenen im großen Weltkriegsdrama von Karl Kraus, in denen die Standesgenossen der Nowotnys, Powolnys und Pokornys auftreten, der Kaiserjärgertod, Hiller, Zagorski, Helwig, Sekira, Demmer v. Drahtverhau, Fallota und Beinsteller.

Nachfolgend sollen einige zusätzliche Schlaglichter auf ihr Verhalten im Ersten Weltkrieg geworfen werden, denn sie sind für das Verständnis gewisser Phänomene der österreichischen Geschichte in der Zeit des Übergangs von der Monarchie zur Republik erforderlich, die ansonsten rätselhaft blieben. Darüber hinaus hat die Beschäftigung mit dem Thema allgemeine Bedeutung insofern, als sowohl in Russland 1917 als auch in Österreich-Ungarn und Deutschland 1918 die Revolutionen einen tiefgreifenden Autoritätsverfall der Kräfte der alten Herrschaft zur Voraussetzung hatten, und Menschen, die bis dahin gewohnt waren, Befehlen von Ordnungsträgern wie dem Militär und der Polizei zu gehorchen, es nicht mehr taten und entschlossen waren, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen – in Form der Selbstorganisation der Arbeiter- und Soldatenräte.

Die Kokardenkrawalle

Am Ende des Krieges schlug den kaiserlichen Offizieren eine Welle der Verachtung und Wut entgegen. In den letzten Oktober- und ersten Novembertagen des Jahres 1918 rissen ihnen die Menschen die Kokarden von den Mützen, die Rangabzeichen von der Uniform, die Or-

den von der Brust, warfen sie zu Boden und zertraten sie, nahmen ihnen die Waffen ab und zerbrachen sie. Derartige Attacken gab es vor allem in Wien, aber auch anderswo in Deutschösterreich, in der Regel in den Industrieregionen mit einer starken Arbeiterbevölkerung.¹

Die gewaltsamen Übergriffe währten nur wenige Tage, und ihr tatsächliches Ausmaß war nicht sehr groß. Sie gruben sich aber tief in das Bewusstsein der heimkehrenden Offiziere ein: „Nicht Dank erwartete sie, sondern tief verletzender, nie verzeihlicher Undank. Die Menschen auf den Straßen schrien ihnen ‚Nie wieder Krieg‘ in die Ohren, beschimpften sie, rissen ihnen die Waffe aus der Hand und die Abzeichen und Auszeichnungen von den Uniformen und spotteten ihrer.“² „Nach unsäglichen Opfern, an Leib und Seele gebrochen, kehrte der Offizier zurück [...] Und damit der Gipfel des Kalvarienberges erstiegen werde, fand der Offizier auch noch Spott, Hohn und geifernde Anschuldigung von jenen, für die er gekämpft.“³ Das Offizierskorps sei in seiner Mehrheit ein „Märtyrer“ gewesen, habe für das Vaterland Ströme von Blut vergossen und „Anspruch auf höchste Achtung“.⁴ Von bedauerlichen Einzelfällen dürfe man nicht den Schluss aufs Ganze ziehen, Pauschalverdächtigungen und „Generalisierungen“ seien unstatthaft und würden dem Offizier das Einzige rauben, was ihm noch verblieben sei, die „Ehre“. So konnte man es im Winter 1918/19 tagtäglich in den bürgerlichen Presseorganen lesen.

Karl Kraus drehte den Spieß radikal um. Für ihn war das „Generalisieren“ als Herangehensweise an die den Offizieren gemachten Vorwürfe schlechthin ein Muss. Und auf die Exkulpationsversuche gab er folgende Antwort: „Die Technik dieser Rechtfertigungen besteht im Alibi eines überführten Diebs, der beweisen kann, dass er ein anderes Mal nicht gestohlen hat, und in der Beteuerung, dass man nicht generalisieren darf [...] Wenn

die Berufsoffiziere Postbeamte oder Versicherungsagenten sein werden, so wird man ihrem Stande bitteres Unrecht tun, indem man ihm die Verfehlungen Einzelner anrechnet. Auch fünfzig verbrecherische Postler unter hundert würden nichts gegen die Institution beweisen. *Aber zehn Soldatenschinder unter hundert Offizieren beweisen sehr viel gegen eine Institution, deren Wesen die unwiderrufliche Macht ist [...]* und also einen Professor zwingt, sich von einem Schulbuben ohrfeigen zu lassen. Die inappellable Möglichkeit, dass ein Kulturmensch unter einem von jenen zehn dienen muss, macht den Militarismus zur Infamie.“⁵

Eine österreichische Besonderheit

Der Hass auf das Offizierskorps erwuchs aus der Doppelfunktion, die ihm 1914 von den Herrschenden zum Auftrag gemacht wurde: Krieg gegen den äußeren und inneren Feind zu führen. Es waren Offiziere, die das Schwert der politischen Niederhaltungs- und Abschreckungsjustiz schwingen, die aufgrund der „Kriegsnotwehr“ und als Militärrichter (Auditoren) massenhaft Todesurteile und schwere Kerkerstrafen verhängten.⁶ Es waren Offiziere, die dem Arbeiter am Arbeitsplatz als militärische Betriebsleiter gegenübertraten, in den Fabriken Kasernenhofmethoden praktizierten, Befehle erteilten und bedingungslosen Gehorsam verlangten, disziplinierten und abstrafte.⁷ Die Kombination beider Funktionen gab es in dieser scharfen Ausprägung nur im Habsburgerreich, nirgendwo sonst.

Dabei ist es aber nicht geblieben. Der rigorosen Ausübung der innenpolitischen Machtbefugnisse stand das Verhalten der Offiziere an den Fronten, in der Etappe, gegenüber den Soldaten gleichwertig zur Seite. Die Auswüchse an Verantwortungslosigkeit, Pflichtvergehenheit und Überbordwerfen moralischer Normen waren in der österreichisch-ungarischen Armee so augen-

scheinlich, dass sie selbst Beobachter des „in Nibelungentreue verbundenen“ Kriegspartners vor den Kopf stießen.

Der reichsdeutsche General Hans von Seeckt, 1915 Stabschef der Heeresgruppe Mackensen und danach sogar einige Zeit der k.u.k. 12. Armee, verfasste 1917 eine Denkschrift, in der er seine Erfahrungen mit den österreichisch-ungarischen Offizieren niederlegte.⁸ Sie waren wenig schmeichelhaft. Er sprach von Cliquenwesen, Abgehobenheit der Stäbe von der Truppe, einem Gehorsam, der „zur angenehm empfundenen Enthebung von der Verantwortlichkeit“ entartet sei,⁹ von mangelnder geistiger Regsamkeit und einem „ungleichen, zum Teil ungeeigneten Offiziersmaterial“.¹⁰ Denn noch im Kriege, als die gefallenen Berufsoffiziere ersetzt werden mussten, weigerte sich die Armeespitze strikt, fähige Unteroffiziere, die Erfahrung bei der Truppenführung unter Beweis gestellt hatten, zu Offizieren zu befördern, wie dies in anderen Armeen durchaus schon üblich war.¹¹ Am meisten verblüffte Seeckt aber das Fehlen des Strebens, sich in den Dienst der Truppe zu stellen, die ungenügende Fürsorge für die Mannschaft und die Gleichgültigkeit gegenüber deren Sorgen und Nöten. „Der Fähnrich, der aus der Offiziersmenage seinen Braten und Mehlspeise in den Schützengraben gebracht bekommt, während die Mannschaft buchstäblich hungert, ist keine Ausnahme.“¹² Die kaiserlichen Offiziere ließen verprügeln und „anbinden“, Feld- und Standgerichte ihres Amtes walten, sie hielten in aufreizender Art an ihren Privilegien fest und schwelgten bis zuletzt in den Kasinos, sie nahmen im Feindesland an Plünderungen teil, machten mit den Heereslieferanten krumme Geschäfte und bereicherten sich an ärarischem Gut.

Diese Anschuldigungen bestätigte ein streng geheimes und nur Kommandanten zu eröffnendes Rundschreiben des Armeekommandos vom 14. August 1917, in dem von „bedauerlichen Erscheinungen menschlicher Schwächen und moralischer Entgleisungen“ die Rede war und den Offizieren untersagt wurde, an „Geschäften teilzunehmen, die dem Ansehen des Offizierskorps abträglich sind“. „In den höchsten militärischen Chargen, Ämtern und Würden dürfen nur in jede Richtung rechtlich denkende und handelnde, *auf irdische Güter und Vorteile selbstlos verzichtende Männer stehen*, an welche auch nicht der leiseste Verdacht einer Unkorrektheit heranreichen darf.“¹³

Die Ermahnung verhallte ebenso wirkungslos wie das Verbot der Körperstrafen. Deshalb war der Autoritätsverfall der kaiserlichen Offiziere im Oktober/November 1918 ein zweifacher und totaler: gegenüber der Arbeiterbevölkerung und gegenüber den Soldaten. Regimenterweise verweigerten die Truppen den Gehorsam und verließen eigenmächtig die Front. In chaotischer Weise löste sich die österreichisch-ungarische Armee auf, spontan und ungeordnet flutete die Millionenmasse der Soldaten nach Hause zurück, erfüllt von Erbitterung gegenüber den Verantwortlichen für ihre Leiden.

Die Worte, mit denen Karl Kraus die Offiziere damals bedachte, waren stark: „Monturdepoträuber“, „uniformierte Schleichhändler“, „befehlende Hurenstreiber“,¹⁴ „Hoflieferanten von Menschenfleisch“,¹⁵ „einrückend gemachte Spießbürger, deren Harmlosigkeit im Frieden höchstens die Gräuel einer Fatschingsnacht des Wiener Männergesangsvereins zuzutrauen waren“,¹⁶ „harmlose Mordskerle“, „gemütliche Kanailen“, „Folterknechte aus Hetz“.¹⁷

Züchtigungen

Widmet sich ein Formalist der Lektüre des altösterreichischen Militärstrafgesetzbuches, wird er sich beruhigt zurücklehnen. Alles ist in unmissverständliche Worte gegossen, alles ist juristisch einwandfrei und imponierend genau definiert, für Willkür und rechtswidrige Auslegung scheint kein Platz zu sein. Diesen Eindruck gewinnt man auch von den anderen Rechtsnormen, den Staatsgrundgesetzen und den Bürgerrechten. Leider hatten sie im ausklingenden Habsburgerreich den Fehler, dass sie immer dann, wenn es den Mächtigen beliebte, nicht in Geltung standen und in der Praxis nicht zum Tragen kamen.

In besonderem Maß gilt das für die Strafen, die der Kodex den Armeegehörigen androhte. Daneben gab es aber noch einen Strafbereich, der jedem, der derartiges über sich ergehen lassen musste, in bitterster Erinnerung blieb.

Hören wir, was ein Kenner dazu aussagt. Es handelt sich um den Juristen Dr. Ernst Lohsing, der im Weltkrieg für vier Monate dem Feldgericht der 2. Infanterie-Truppen-Division zugeteilt war und nach 1918 zu den renommiertesten österreichischen Strafrechtsexperten gehörte: „Ein Oberstleutnant, mit dem ich einmal außerdienstlich in aller Gemütsruhe über dies und das als sein Gast beim Abendessen sprach, sagte mir, die *Prügelstrafe*

sei durch einen Armeekommandobefehl eingeführt worden [...] Einmal drang zum Sitz des Divisionskommandos das Gerücht, es hätte bei dem Regiment, dem ich angehörte, *ein Infanterist sich erschossen, weil er 25 Gesäßhiebe strafweise erhalten habe*; als ich dieses Gerücht anlässlich eines Besuchs, den ich bei Regimentskameraden machte, zur Sprache brachte, sagte ein Oberleutnant, meine Darstellung entspreche nicht der Wahrheit; denn der Mann habe nicht 25, sondern nur 10 Hiebe bekommen, und sich nicht schon am nächsten, sondern erst am zweitnächsten Tag erschossen.“¹⁸

Wir sehen vom Zynismus des Herrn Oberleutnant ab und stellen fest, dass in der k.u.k. Armee so wie von der SS an Konzentrationslagerhäftlingen die Prügelstrafe als „Erziehungsmittel“ eingesetzt wurde. Von einem von Lohsing zufällig aufgeschnappten Einzelfall kann keine Rede sein. Der Abgeordnete Albert Sever brachte am 26. Juni 1917 im Parlament weitere Beispiele,¹⁹ ebenso die *Arbeiter-Zeitung* nach Kriegsende, als man für die „Pflichtverletzungskommission“ einschlägige Dokumente sammelte.²⁰ Es hieß da in einem „Vermerk über vorgekommene Bestrafungen“ der Haubitzenbatterie Nr. 2 des k.u.k. Gebirgsartillerieregiments Nr. 6 vom 23. Dezember 1914: „Andreas A., Peter St., Hans D. [...] fünfundzwanzig Stockhiebe; die Strafe wurde vollzogen.“ An demselben Tag: „Michael H. und Ladislaus M. [...] fünfundzwanzig Stockhiebe; die Strafe wurde vollzogen.“ Am selben Tag: „Basil S., Aurel C. und Andreas H. [...] zwanzig Stockhiebe.“ Am 13. April 1915 veranstaltete man in der Haubitzenbatterie Nr. 2 eine regelrechte Massenverprügelung. 32 Soldaten wurden der körperlichen Züchtigung unterzogen, davon erhielten neun je 20 Hiebe und 23 je 15 Stockstreiche. Einen Tag später kamen 17 Soldaten in den Genuss von 10 bzw. 25 Hieben, zwei Tage später weitere fünf, die 10 bis 20 Stockhiebe ausfassten.²¹

Worin bestanden die Vergehen? „Verwahrlosung des Karabiners“ und „schlechte Pferdewartung“. Weil am Gewehr Schmutzflecken entdeckt wurden und die Pferde nicht so gestriegelt waren, wie es sich der Herr Hauptmann einbildete, wurden 54 Bürger eines Verfassungsstaates über den Bock gelegt und einer entehrenden Tortur unterworfen, von der das Strafgesetz selbst den Schwerverbrecher verschonte.

Sever zufolge ließ ein Oberleutnant namens Baumgartner einem Zugführer 25 Hiebe auf den nackten Hintern herun-

terhauen, weil er sein Pferd „schlecht gesattelt“ hatte. Mit der gleichen Strafe wurde sein Offiziersdiener bedacht, weil er der Zahnpastatube des Herrn Oberleutnant „oben den Hals abdrehte“.²²

Auch sonst regnete es in der k.u.k. Armee Ohrfeigen, Püffe, Faustschläge, Hiebe mit der flachen Klinge und dem Pistolengriff, wenn die Soldaten die Offiziere nicht korrekt grüßten, nachlässig Meldung erstatteten oder den bei der Meldung vorgeschriebenen Abstand von drei Schritten nicht einhielten.

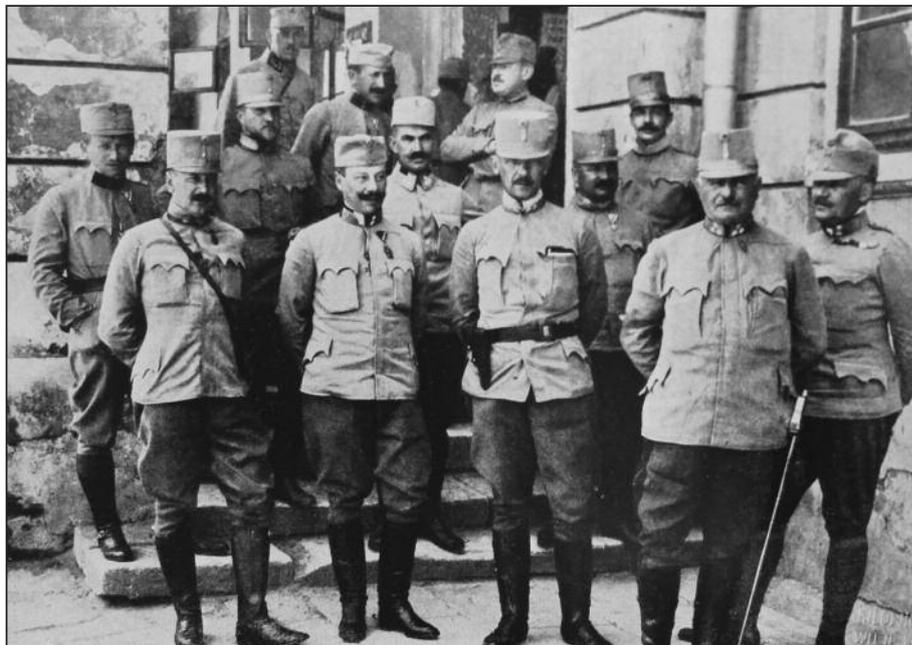
Die körperliche Züchtigung war eine Strafform der Landsknechtzeit und blieb ein Merkmal der stehenden Heere der feudalabsolutistischen Epoche, in die man Bauernburschen zwang, um ihnen Disziplin, blinden Gehorsam und marionettenhafte Automatik in den Leib zu prügeln, damit sie den Stock ihres Offiziers mehr fürchten sollten als den Feind in der Schlacht. Durch die Katastrophe von Jena gelangten die preußischen Militärreformer Scharnhorst und Gneisenau zur Erkenntnis, dass entwürdigte Menschen notwendig auch schlechte Soldaten sein mussten, die den Kampf mit Bürgern eines freieren Staates nicht bestehen konnten. Deshalb wurde in der preußischen Armee die Prügelstrafe nach 1806 beseitigt.

Im Heer des Habsburgerreiches schaffte man sie anlässlich der Kodifikation des Militärstrafrechts 1855 ebenfalls ab. Formell untersagt, praktizierten die kaiserlichen Offiziere die Züchtigung an ihren „Putzflecks“ und sonstigen Untergebenen dennoch weiter, denn sie waren sich sicher: wo kein Kläger, da kein Richter.

Erst wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg ließ man sich dazu herab, eine der Körperstrafen, die bei den anderen Streitkräften Europas längst schon beseitigt war, nicht mehr anzuwenden: das „Anbinden“. Im August 1914 wurde sie aber wieder eingeführt und bis 1917 mit den Strafen der Stockhiebe und des „Schließens in Spangen“ exzessiv gehandhabt.

„Anbinden“ und „Schließen in Spangen“

Das „Anbinden“ sah so aus: Der Delinquent wurde mit einem langen Strick, den man mehrmals straff um seinen Körper schlang, für zwei Stunden an einen Baum gefesselt, in verschärfter Form so, dass er in der Luft hing und das ganze Gewicht auf der Fesselung lastete. Die Qual des „Anbindens“ soll entsetzlich gewesen sein. Von diesem vom k.u.k. Kriegsminister 1914 ausdrücklich erteilten Recht der Strafanwendung wurde



Stabsoffiziere des Feldzeugmeisters Puhallo.

tagtäglich Gebrauch gemacht, und zwar nicht bloß bei besonders gravierenden Vergehen, sondern je nach Laune der Vorgesetzten bei den leichtesten Disziplinar delikten. Da hatte einer sein „Essgeschirr nicht in Ordnung gehalten“, der andere seinen „Dienst als Stallinspektion vernachlässigt“, und wieder ein anderer zur Unzeit und nach zweimaliger Verweigerung ein drittes Mal gebeten, „auszutreten zu dürfen“.²³

Die Heeresführung rechtfertigte das „Anbinden“ jahrelang mit dem Argument, dass es im Felde nun einmal an geeigneten Arrestlokalen fehle und man die Strafe nur gegen „rückfällige“ und „hartnäckige“ Übertreter zum Einsatz bringe, gegen Individuen, deren „moralische Fühllosigkeit“ andere Formen der Ahndung und Rüge unwirksam mache. In einem Volksheer mit Millionen Angehörigen können aber solche „Feinabstufungen“ naturgemäß nicht greifen. Deshalb sind nur allzu oft auch Männer, die nach Bildung und Charakter turmhoch über ihren Vorgesetzten standen, Familienväter, Soldaten im Chargengrad, die sich durch Diensteyer und Tüchtigkeit ausgezeichnet hatten, dieser schmachvollen Bestrafung unterzogen worden.²⁴

Die andere „offiziell“ erlaubte Disziplinarstrafe war das „Schließen in Spangen“. Sie wurde in der Regel als Verschärfung der Arreststrafe verhängt und bestand darin, „dass um den linken Fußknöchel und um das rechte Handgelenk ein ziemlich enger Eisengürtel gelegt (wurde) und dass beide Gürtel bloß durch eine wenige Zentimeter lange Stange miteinander verbunden waren. Der so gefesselte Soldat musste also die

rechte Hand *sechs Stunden* beim linken Fuß halten und hocken, ohne sich bewegen zu können.“²⁵

Lange dauerte es, ehe in der Heeresführung ein Sinneswandel eintrat, bis zum Frühjahr 1917. Und wieder einmal war dafür das Aufflammen der Klassenkämpfe der Arbeiterschaft im Gefolge der revolutionären Ereignisse in Russland verantwortlich. Nun entdeckte man plötzlich, dass Körperstrafen nicht notwendig seien. In einem von Kaiser Karl gefertigten Armee- und Flottenbefehl vom 2. März 1917 hieß es: „Im Vertrauen auf die stets bewährte Disziplin und den in harter Kriegszeit glänzend erprobten Geist meiner tapferen Wehrmacht (!) fühle ich mich bestimmt, die Strafe des ‚Anbindens‘ aufzuheben.“²⁶

Am 19. Juni 1917 ordnete Kaiser Karl an, auch das „Schließen in Spangen“ aus dem Dienstreglement zu streichen. Als Verschärfung des Arrests war von nun an nur noch Fasten zulässig, bei Renitenten nur mehr die Fesselung der Hände.²⁷

Von Dauer blieb diese Humanitätswandlung nicht. Zitieren wir ein Rundschreiben des Generals der Infanterie Freiherr v. Lukas, Chef des k.u.k. Militärkommandos Graz: „Mit Kriegsministerialerlass, Abt. 5, Nr. 2076 vom 3. März 1918 [...] wurde angeordnet, dass die Ordnungsstrafe des Anbindens und die Strafverschärfung des Schließens in Spangen nach den *früher in Kraft gestandenen Bestimmungen des DR.* (Dienstreglements, H.H.) anzuwenden sind. An die Bestimmungen ist sich genau zu halten [sic!]. Es dürfen somit beim Vollzug der Strafe keine Eigenmächtigkeiten geduldet werden, wie zum

Beispiel, dass der Mann derart angebunden wird, dass er *nur auf einem Teil der Fußsohle* (Zehen, Ballen) stehen kann, dass die Blutzirkulation behindert werde und dergleichen. Auch ist vor dem Vollzug der Arreststrafen den Bestimmungen des DR. [...] genauestens nachzukommen, wonach der Straffällige ärztlich zu untersuchen ist und der Kommandant auf Grund des ärztlichen Befundes die Dauer der Arreststrafe herabzusetzen oder den Wegfall von einer oder mehreren Verschärfungen anzuwenden hat.“²⁸

Am Vorabend der letzten und kläglich gescheiterten Offensive des österreichisch-ungarischen Heeres am Piave, am 13. Juni 1918, bekräftigte der Kommandant der 6. Armee, Generaloberst Erzherzog Joseph, dass „zum Schutz der Disziplin“ als „außerordentliche und vorübergehende Maßnahme“ die Strafe des sechsständigen Schließens in Spangen und des zweistündigen Anbindens bewilligt sei.²⁹

Auf die Interpellation der sozialdemokratischen Abgeordneten Volkert und Forstner am 17. Juli 1918, in der sie die unverzügliche und restlose Beseitigung der beiden Strafen verlangten, gab der Minister keine Antwort. Am 22. Oktober 1918 (!) fragte der Abgeordnete Otto Glöckel erneut bei Kriegsminister Stöger-Steiner an, warum andere Armeen „ohne diese rohe, unmenschliche Strafe ihr Auslangen“ fänden und ob es sich bei den Erlässen „um eine Auflehnung gegen den Kaiser“ handle.³⁰ Infolge Auflösung des „vorbildlichen Rechtsstaates“ kam der Herr Minister wieder nicht dazu, eine Antwort zu geben.

Vor Exekutionspelotonen

Das altösterreichische Militärstrafgesetz (MStG) drohte zahlreiche Strafen an: den Tod, schweren und einfachen Kerker, strengen und einfachen Arrest, unterteilt in Garnisons-, Profosen- und Hausarrest, Vermögensstrafen (Geldstrafe oder Verfall von Geld, Waren und Gerätschaften), Ehrenstrafen (Kassation, Entlassung, Degradierung), Nebenstrafen (Verlust des Adels, der Orden, Ehrenzeichen, öffentlichen Titel und Würden) und Zusatzstrafen in Form von Strafverschärfungen (Fasten, hartes Lager, Einzelhaft, Dunkelhaft, Kasernen- oder Lagerarbeit). Zu letzteren zählten die Anlegung von Schließseisen, aber auch die Versetzung in Disziplinar kompanien, die man im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg offiziell zwar für „beseitigt“ erklärte, nicht aber aus dem MStG ausdrücklich löschte. Für den



Stabsoffiziere des Feldmarschallleutnants Czibulka

Kriegsfall blieb die Möglichkeit offen, solche Strafverschärfungen als „Kriegsstrafen“ zu verhängen.³¹ Davon wurde Gebrauch gemacht, und die Disziplinar kompanie erlebte eine Auferstehung. Der Abgeordnete Jiří Stříbrný berichtete am 30. Mai 1917 im Reichsrat, dass hinter der Isonzofront eine Strafabteilung eingesetzt war, die mit Spitzhacken, Spaten, Handkarren zwölf Stunden am Tag beim Bau von Straßen und militärischen Anlagen körperliche Schwerstarbeit leisten musste. Dafür herangezogen wurden aber nicht nur ordnungsgemäß Verurteilte mit Zusatzstrafen, sondern auch Soldaten, die als „politisch verdächtig“ galten, unter ihnen Männer, die im Zivildienst als Lehrer, Beamte, Direktoren, Ingenieure, Professoren und Advokaten wirkten und derlei anstrengende Arbeit nicht gewohnt waren. Einer von ihnen bekleidete sogar die hohe staatliche Funktion eines Reichsratsabgeordneten. Stříbrný musste es wissen, denn der Betroffene war er selbst.³²

Die Hauptform der Abschreckung, die Todesstrafe, war grundsätzlich durch Erschießen zu vollziehen. Nur beim schimpflichsten Militärverbrechen, der Desertion mit der Absicht, in den Kriegsdienst eines Feindstaates zu treten, traf den Täter die Strafe des Todes durch den Strang. Das geschah im Falle Battisti 1916 und nachdem die Regierung in Rom sich am 21. April 1918 mit der Aufstellung einer tschechoslowakischen Legion (11.500 Mann) unter italienischem Oberbefehl einverstanden erklärt hatte.

Die Legion in Italien rekrutierte sich in der Hauptsache aus Kriegsgefangenen und Überläufern. Das dritte Kontingent

stellten jedoch Emigranten, die oft schon Jahre vor dem Kriegsausbruch nach Frankreich, England, den USA, Kanada usw. ausgewandert waren und die dortige Staatsbürgerschaft erworben hatten. Obwohl das Habsburgerreich die Anerkennung der Tschechoslowaken als kriegsführende Macht durch die Entente selbstredend ignorierte: völkerrechtlich wäre es verpflichtet gewesen, zumindest der Kategorie der Auswanderer den Kriegsgefangenenstatus angedeihen zu lassen.³³

Derart feine Unterschiede und juristisch subtile Kalkulationen kamen den Verantwortlichen nicht in den Sinn. Ausnahmslos jeder tschechoslowakische Legionär, der an der Italienfront den Österreichern in die Hände fiel, wurde zu Tode verurteilt und nicht etwa erschossen, sondern auf dem nächsten Baum erhängt. Nach Angabe von Ronge traf dieses Schicksal 37 Personen.³⁴

Wie viele Angehörige der österreichisch-ungarischen Wehrmacht in den vier Kriegsjahren hingerichtet wurden, lässt sich heute nicht mehr exakt feststellen. Um die Schwierigkeit eines solchen Vorhabens zu illustrieren, sei nur daran erinnert, dass eine große Menge an Feldgerichtsakten nicht an die zentralen Dienststellen abgeführt, in den Wirren des Umbruchs 1918 verloren ging oder gezielt vernichtet wurde.

Die einzig vorhandene Zahlenangabe stammt von Georg Lelewer aus dem Jahr 1927. Ihr zufolge wurden von 1914 bis 1918 754 Militärpersonen zum Tod verurteilt und die Strafe an 737 vollstreckt.³⁵ Nach Delikten stand die Desertion mit 345 Fällen an erster Stelle, ihr folgten die militärisch qualifizierten gemeinen Ver-

brechen (Mord, Raub, Plünderung, Diebstahl, Veruntreuung, Betrug) mit 130 Fällen, die Selbstbeschädigung mit 129 Fällen, die Empörung mit 42, die Feigheit mit 39, die Subordinationsverletzung mit 26, die Meuterei mit 20, die Desertionskomplottstiftung mit 19, die Verletzung der Zucht und Ordnung mit drei Fällen und die Pflichtverletzung im Wachdienst mit einem Fall.³⁶ Es handelt sich dabei ausschließlich um *Standrechtsurteile* von Feldgerichten, soweit sie den Dienststellen angezeigt wurden und in den Verzeichnissen des Militärgerichtsarchivs 1927 aufschienen. Die von Feldgerichten und Landwehrdivisionsgerichten im gewöhnlichen Verfahren verhängten Todesurteile und deren Vollstreckungen sind darin nicht enthalten.

Aber schon mit dieser Ziffer von 737 Hinrichtungen rangiert Österreich-Ungarns Wehrmacht vor allen anderen Streitkräften des Ersten Weltkriegs weit an der Spitze. Allein 91 Exekutionen erfolgten im Zuge der Niederwerfung des Matrosenaufstandes von Cattaro im Februar 1918 und der großen Meutereien von Ersatztruppenkörpern in Judenburg, Murau, Radkersburg, Rumburg, Pécs und Kragujevac im Frühjahr 1918.³⁷ Demgegenüber kam es in der Armee und Flotte des deutschen Kaiserreiches von 1914 bis 1918 zu 48 Hinrichtungen, und sogar in Frankreich wurden an den Meuterern der Nivelle-Offensive im April 1917 lediglich 49 der 554 verhängten Todesurteile tatsächlich vollstreckt.³⁸ Dass auch die Zahlen in der russisch-zaristischen, italienischen, britischen usw. Armee unter der von 737 in der österreichisch-ungarischen lagen, kann als sicher gelten.

Erschossen auch ohne Standrecht

Wir sehen hier von weiteren Erörterungen über die Gründe für diese düstere Bilanz ab und bringen noch einige bislang unbekanntes Beispiele, die wir entdeckt haben. Am 4. September 1915 wurden vom Gericht des Militärkommandos Graz Viktor Hammer und Raimund Eischer, Infanteristen des Infanterieregiments Nr. 27 aus Graz, wegen Desertion zum Tod durch Erschießen verurteilt, weil Hammer seine Marschkompagnie kurz nach dem Abgehen ins Feld, Eischer seine Abteilung im Felde verließ. Nachdem der Militärkommandant Feldmarschallleutnant v. Matanovich das Urteil bestätigt hatte, wurden beide am 5. September 1915 um 7 Uhr früh erschossen.³⁹

Eine trockene Meldung aus Klagenfurt: „Im Gefängnishof der Jesuitenka-

serne wurde am 1. d. (1. September 1915, H.H.) um 7 Uhr früh der Wiener Landsturmmann Markus Mack laut Urteil eines Etappenkommandos wegen des Verbrechens der Feigheit erschossen.“⁴⁰

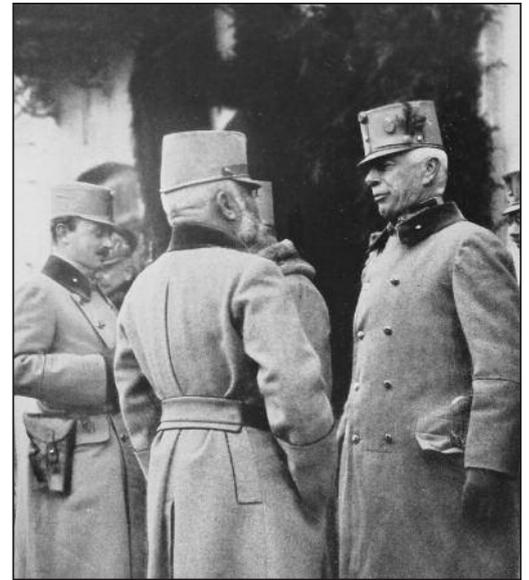
Wieder aus Graz: „Das Gericht des Militärkommandos in Graz verlautbart ein Urteil, wonach ein Infanterist des Infanterieregiments Nr. 27 wegen Verbrechens der Desertion, begangen dadurch, dass er am 10. Juli d. J. (1915, H.H.) seine Marschkompagnie verließ und von dieser bis zu seiner am 27. August d. J. erfolgten Verhaftung fernblieb, während welcher er von Betrug und Diebstahl lebte, zum Tod durch Erschießen verurteilt wurde. Das Urteil wurde sofort vollstreckt.“⁴¹

Im März 1917 standen die Landsturminfanteristen Wilhelm Mixa, Johann Schenk und Karl Schmid wegen wiederholter Desertion und Diebstahls vor dem Landwehrdivisionsgericht Wien unter der Leitung des Oberleutnant-Auditors Dr. Spitzer. Schenk und Schmid hatten sich von der Front in Galizien zu Fuß nach Wien durchgeschlagen, wobei sie „in allen Dörfern mildtätige Bewohner fanden, von denen sie Essen bekamen und bei denen sie schlafen konnten“. Mixa dagegen gelang es, „obwohl auch er kein Geld hatte“, mit der Eisenbahn nach Wien zu kommen. Alle drei Angeklagten wurden zum Tod durch Erschießen verurteilt und hingerichtet.⁴²

Dass man mit dem MStG nicht immer buchstabengetreu umging, musste der Infanterist Rudolf Tasch erfahren und am 10. Februar 1917 um 8 Uhr früh mit dem Leben bezahlen. Er hatte sich am 6. Dezember 1916 von seiner Einheit, dem Infanterieregiment Nr. 7, eigenmächtig entfernt und sie „mit dem Vorsatz verlassen, sich seiner Dienstpflicht für immer zu entziehen“. In Wien untergetaucht, wurde er dort am 1. Jänner 1917 verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen Desertion zum Tod durch Erschießen verurteilt.⁴³ Es handelte sich um Taschs *erste* Desertion. Der Paragraph 193b MStG bestimmte jedoch, dass Mannschaftspersonen nur dann wegen Desertion mit dem Tod bestraft werden durften, „wenn sie im Kriege zum *zweiten* oder im Frieden zum *dritten* Mal rückfällig werden.“⁴⁴

Der Jägerstätter des Ersten Weltkriegs

Krieg und religiöses Bekenntnis standen sich nur knapp dreihundert Jahre, in der Zeit des Urchristentums, unversöhn-



General Rudolf Stöger-Steiner, Gerichtsherr im Nazarener-Prozess (rechts), mit Erzherzog Friedrich und Erzherzog-Thronfolger Karl

lich gegenüber. Danach haben die christlichen Kirchen permanent dafür gesorgt, bei ihren Mitgliedern die Bereitschaft wach zu halten, in den Krieg zu ziehen, um Konflikte zwischen Völkern und Staaten gewaltsam zu lösen. So war es auch von 1914 bis 1918. Überall segneten die Kirchen ihre Soldaten und rechtfertigten den Krieg ihres eigenen Landes. Überall verdammten die Kirchen den Feind und wünschten ihm die Niederlage.

Immer gab es aber auch Christen, die jene Aussagen des Neuen Testaments ernst nahmen, in denen Jesus das Töten verbot, auch das Töten im Kriege, von der Feindesliebe sprach, dem Petrus befahl, das Schwert in die Scheide zu stecken und dazu aufforderte, Schwerter in Pflugscharen umzuschmieden. Unzählige christliche Sekten haben sich im Lauf der Jahrhunderte darauf berufen und das sittliche Ideal absoluter Gewaltlosigkeit, eines rigiden Pazifismus hochgehalten. Eine von ihnen war die bibelgläubige Sekte der Nazarener, gegründet von den Schlossergesellen Denkel und Kropacsek 1839 in Ungarn. Sie war hier ziemlich verbreitet und zählte um 1900 an die 70.000 Anhänger.⁴⁵ Sie verwarf die Kindestaufe sowie die Leistung von Eiden und hielt bewusst schlichte Gottesdienste ab. Ihr wichtigster Grundsatz war die unbedingte Nächstenliebe. Demgemäß weigerten sich die Nazarener, eine Waffe, das Instrument der Feindschaft, des Hasses und der Gewalt, anzunehmen und Kriegsdienst zu leisten.

Das k.u.k. Kriegsministerium und das Armeeeoberkommando trugen dem überraschenderweise Rechnung. In einem Erlass aus dem Jahr 1914 wurde bestimmt,

dass bei Nazarenern von einem Gerichtsverfahren bei Weigerung, die Waffe anzunehmen, abzusehen sei, dass Frontdiensttaugliche ohne Waffe im Felde und Frontdienstuntaugliche als Krankenwärter verwendet werden sollten.⁴⁶

Doch als die Probe aufs Exempel kam, schoben einige Herren die einfühlsame Regelung schnell beiseite. Bei dem Betroffenen handelte es sich um den 23-jährigen Kutscher Maxa Dilber, den man als Landsturmpflichtigen im Jänner 1916 zur Armee eingezogen und zum Train der Befestigungsgruppe des 15. Korps eingeteilt hatte. Kommandiert wurde das 15. Korps vom nachmaligen k.u.k. Kriegsminister, dem General der Infanterie Rudolf v. Stöger-Steiner. Am 1. Februar 1916 wurde Dilber zum Gewehrexerzieren befohlen. Seinen Glaubensvorschriften gemäß weigerte er sich, das Gewehr in die Hand zu nehmen. Als sich das am nächsten Tag wiederholte, wurde gegen ihn die Strafanzeige erstattet. In ihr schien die Bemerkung auf, dass die „bisherige Aufführung des Mannes eine gute“ gewesen sei und „sich über ihn bis auf das vorgekommene Delikt nicht nachteilig urteilen“ lasse. Das Protokoll über Dilbers Einvernahme bestand aus ganzen dreizehn Zeilen, von denen neun die Personalien einnahmen.

Am 8. Februar 1916 fand gegen Dilber die militärgerichtliche Verhandlung unter dem Vorsitz des Hauptmanns Ludwig Skuhala statt. Ankläger war der Oberst-Auditor Dr. Emil Barta. Wer sonst noch dem Gericht beisaß, schien im Protokoll nicht auf. Über die Vorträge des Anklägers und des Verteidigers – auch dieser ein hierzu kommandierter Offizier – gab es keine Inhaltsangabe, ebenso wenig lag ein Protokoll über die Urteilsbegründung vor.

Dilber wurde einstimmig des Verbrechens der Subordinationsverletzung nach § 149 MStG für schuldig befunden, da er es absichtlich unterlassen habe, einem Dienstbefehl von Wichtigkeit nachzukommen. Mit Berufung auf eine Verordnung des Armeeeoberkommandos vom 16. März 1915, Op. Nr. 32.183, verurteilte man ihn zum Tod durch Erschießen. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, dass die Zugehörigkeit zur Sekte der Nazarener den Angeklagten von der jedem Soldaten obliegenden Pflicht, die Waffe zu tragen, nicht entheben könne, weil das Gesetz dieser Sekte keine Ausnahmestellung im Gefüge der Wehrmacht einräume. Mit dem Wort „Gesetz“ hat man also die sehr wohl vorhandene Ausnahmeregelung des Erlasses von 1914 kalt lächelnd vom Tisch ge-

wischt. Von einem Begnadigungsantrag erwähnte das Protokoll nichts. Das Urteil wurde vom Korpskommandanten Stöger-Steiner als Gerichtsherrn bestätigt und an Dilber zwei Stunden nach der Kundmachung vollstreckt.⁴⁷

Dilbers Schicksal ähnelt dem des oberösterreichischen Bauern Franz Jägerstätter, der als tiefgläubiger Katholik den Waffendienst in der deutschen Wehrmacht verweigerte und wegen Wehrkraftzersetzung am 9. August 1943 unter dem Fallbeil starb. Dass der eine ein Sektenmitglied und der andere ein Mitglied der Amtskirche war, bildet kein Kriterium, weil beide sich auf die Werte des „wahren Christentums“ beriefen. Der Unterschied liegt darin, dass Jägerstätter Opfer einer kirchenfeindlichen Diktatur, Dilber aber eines Regimes wurde, in dem der Katholizismus geradezu den Rang der Staatsreligion einnahm. Dessen ethische Maximen erwiesen sich aber punkto Wehrdienstverweigerung im Jahr 1916 als genauso bedeutungslos wie im NS-Totalitarismus 1943.

Pazifistische Kaiserjäger

Wie steht es aber damit? Dürfen Soldaten im Kriege öffentlich für den Frieden eintreten, ohne strafrechtliche Verfolgung befürchten zu müssen? Da kam es im Weltkriegsösterreich darauf an, welchen Frieden man meinte. Gegen einen „Siegfrieden“ hatte man zu keinem Zeitpunkt etwas einzuwenden. Gegen einen „Verständigungsfrieden“ seit dem Dezember 1916, als die Mittelmächte nach der Niederwerfung Rumäniens der Entente ein spektakuläres Friedensangebot machten, auch nicht mehr. Nur musste das ein imperialistischer Verständigungsfriede sein, bei weitgehender Wahrung des bis dahin von den Mittelmächten eroberten Besitzstandes und so gestaltet, dass alle imperialistischen Regime an der Macht blieben. Das hatte Feldmarschallleutnant Schleyer vom Kriegsüberwachungsamt im Auge, als er am 30. Dezember 1916 dem Ministerium des Inneren Anweisung gab, „Kundgebungen für den Frieden nicht mehr zu unterdrücken, soweit die Friedenssehnsucht nicht als eine auf Österreich-Ungarn oder die Vierbundstaaten beschränkte, sondern als eine allgemeine, allen kriegführenden Staaten gemeinsame Erscheinung dargestellt und auf allgemeine, überall wirksame Ursachen zurückgeführt wird. Äußerungen, die bei unseren Feinden als Zeichen der Erschöpfung oder der Bereitwilligkeit zum Frieden um jeden Preis gedeutet werden oder den guten

Geist und die Schlagkraft unserer Truppen gefährden könnten, sind zu unterdrücken. Erwünscht sind Ausführungen, die unsere eigene Friedensbereitschaft und die Verantwortung unserer Feinde für die Fortdauer des Krieges betonen.“⁴⁸

Und nach der bürgerlich-demokratischen Revolution des Februar (März) 1917 in Russland durfte man sogar einen Verständigungsfrieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ fordern.⁴⁹ Am 12. April 1917 gab der k.k. Minister des Inneren, Freiherr von Handel, den Behörden „Richtlinien für die öffentliche Erörterung der russischen Revolution“ bekannt, nach denen „kein Einwand zu erheben“ war, „wenn die russische Revolution als Ereignis begrüßt wird, die für uns alle die Aussicht auf den Frieden näher gerückt hat“. Die Darstellung der Neuordnung in Russland „als Sieg des antimonarchistischen Prinzips“ sei allerdings „stets mit Energie zu unterdrücken“. Zum Schluss hieß es: „Sympathie Kundgebungen für das russische Proletariat wären im Allgemeinen nicht zu verhindern. Eine Ausnahme ist hier dann gegeben, wenn *das internationale Proletariat als Erzwinger des Friedens hingestellt würde*.“⁵⁰

Eben das meinte Lenin, als er im Jänner 1917 schrieb, „dass ein wirklich dauerhafter, ein wirklich demokratischer Frieden (ohne Annexionen usw.) heute nur unter der Bedingung geschlossen werden kann, dass der Frieden *nicht von bürgerlichen* Regierungen geschlossen wird, sondern von *proletarischen* Regierungen, die die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt und deren Expropriierung in Angriff genommen haben.“⁵¹ Die einfachen Menschen ohne ideologisch-politische Schulung hatten solche Differenzierungen nicht im Sinn. Sie gaben ihrer Friedenssehnsucht in allgemeiner Form Ausdruck. Das aber war, wie der folgende Fall zeigt, nicht ungefährlich.

Sechs Tiroler Kaiserjäger ließen sich im Sommer 1917 nach ihrem Einrücken in der tschechischen Stadt Beneschau fotografieren. In der Mitte des Gruppenbildes stand auf einer schwarzen Tafel mit Kreide geschrieben: „Wir wollen Frieden!“ Die Ansichtskarten, die sie sich von dem Foto anfertigen ließen, schickten sie ihren Verwandten und Bekannten. Das war der ganze Tatbestand. Er genügte der Militär-anwaltschaft, um ihnen vor dem Prager Divisionsgericht wegen Störung der öffentlichen Ruhe den Prozess zu machen.

Zu ihrem Glück war in den Auffassungen der Regierenden des Habsburger-

reiches zur Friedensfrage zu diesem Zeitpunkt schon ein Wandel eingetreten. Das Militärtribunal sprach alle Angeklagten frei, weil es ihnen glaubte, dass „sie keine böse Absicht gehabt und nur ihrer Sehnsucht nach der Heimat Ausdruck verliehen hatten“. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, dass von Friedensbestrebungen „auch von höchster Stelle gesprochen werde und auch in den Kirchen der ganzen Welt Gottesdienste für den Frieden abgehalten worden seien“. Die Inschrift habe auch keinen „Frieden um jeden Preis“ oder einen „unehrenhaften Frieden“ verlangt. Es sei damit auch nicht zu Hass und Verachtung wider die Staatsverwaltung aufgereizt worden, wenngleich die Friedensforderung „nicht gerade gut zur militärischen Uniform passe.“⁵²

Die „Ehrennotwehr“

Das Militärstrafgesetzbuch enthielt eine Reihe von Delikten, die nur Vorgesetzte bzw. Offiziere begehen konnten. Dazu gehörte der Missbrauch der militärischen Dienstgewalt (§§ 289-291), begangen durch rechtswidrige Angriffe auf die körperliche Integrität der Untergebenen während des dienstlichen Verhältnisses (körperliche Misshandlung), rechtswidrige Angriffe auf die persönliche Freiheit der Untergebenen (widerrechtliche Verhaftung, Überschreiten der Strafbefugnisse), rechtswidrige Angriffe auf die Ehre der Untergebenen (herabwürdigende und in hohem Grade ehrverletzende Handlungen) und rechtswidrige Angriffe auf Vermögensrechte der Untergebenen (willkürliche Abzüge von der Gage, unbegründete Vorenthaltung der Löhnung und fälligen Gebühren).⁵³ Dass man es mit dem Verbot der körperlichen Misshandlung an Untergebenen nicht so genau nahm, haben wir bereits gesehen.

Weiters zählten zu den als militärisch qualifizierten gemeinen Delikten das Duell und die militärischen Ehrenbeleidigungen. Der Zweikampf (Rencontre) war den kaiserlichen Offizieren nach dem Militärstrafrecht untersagt, wurde aber in der Praxis geübt und sogar von den militärischen Ehrenräten im Konfliktfall den Offizieren sehr oft unmissverständlich nahegelegt, ohne dass man dazu, weil nach dem Gesetzestext gesetzwidrig, einen direkten Befehl erteilt hätte.⁵⁴

Die Selbstdezipierung der Offiziere wurde im Krieg zur untragbaren Frivolität, weshalb Kaiser Karl 1917 das Duellverbot erneut bekräftigen musste. Aber auch danach gingen die Zahlen nur leicht zurück.⁵⁵ Das Delikt der militärischen



Eine Erschießung

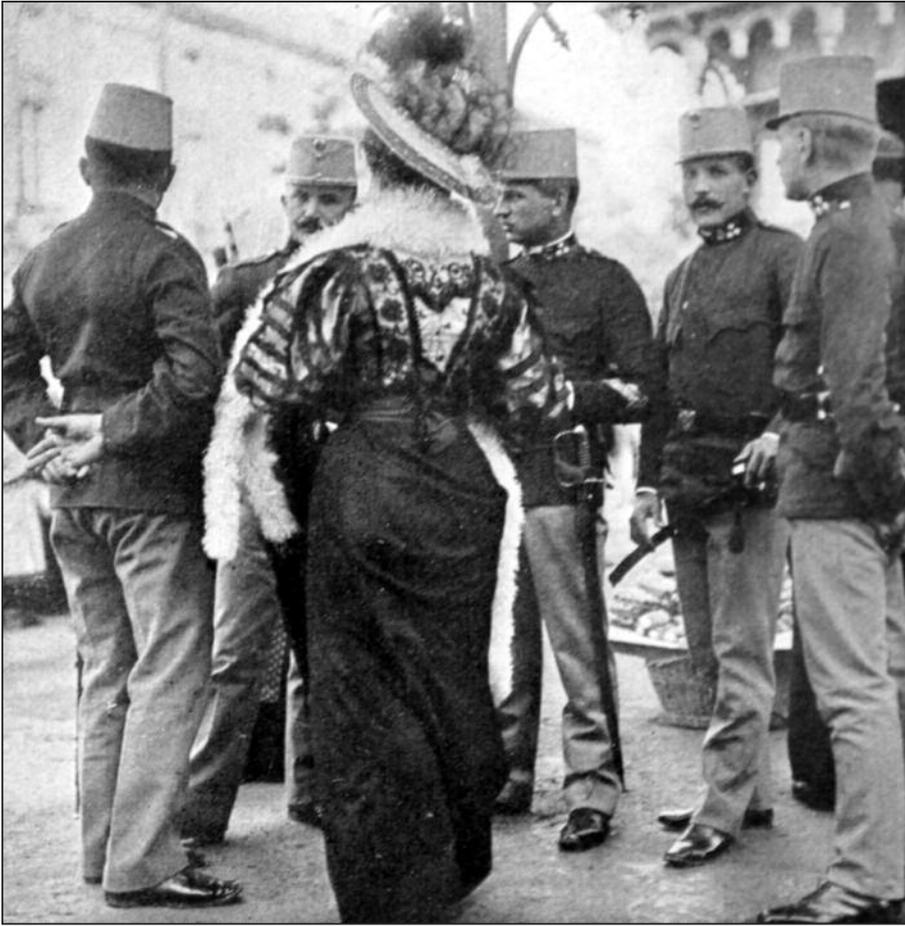
Ehrenbeleidigung konnte ebenfalls nur Offiziere tangieren. Es bestimmte, dass Ehrenbeleidigungen zwischen Offizieren unter besonderen Erschwerungsumständen als Verbrechen zu behandeln seien.

Damit sind wir beim zentralen und vor allen anderen Werten rangierenden Begriff des Offizierskorps angelangt, der „Ehre“. Der Ehrenkodex war es, der den Offizier nach dessen Selbstverständnis über den gewöhnlichen Sterblichen hinaus hob und seinen privilegierten Status begründete. Er verlieh ihm ein Sonderrecht, das das allgemeine bürgerliche Recht nicht kannte: die Erweiterung der Rechtsgüter, deren Antastung ein Notwehrrecht begründet, durch Aufnahme der *persönlichen Ehre*. Es war im MStG als Recht der „Ehrennotwehr“ ausdrücklich enthalten. Weil sich die Offiziere bei Prozessen in den Kriegsjahren mit Vorliebe darauf beriefen, muss es zum Verständnis der hier behandelten Fälle in den Grundzügen ausgebreitet werden.

Die Ehrennotwehr als Recht, ja Pflicht, die Ehre zu verteidigen, machte den Offizier straffrei, wenn er in Gegenwart einer oder mehrerer Personen rechtswidrig angegriffen wurde und sich, „um einer Fortsetzung solcher Beleidigungen ein Ziel zu setzen“ (so viel wie: „Einhalt zu gebieten“), auf der Stelle der zuständigen Waffe bediente.⁵⁶ Straffrei blieb er, falls der Zweck nicht auf andere Art erreicht werden konnte und im Gebrauch der Waffe „das Maß der unumgänglichen

Notwendigkeit nicht überschritten wurde“.⁵⁷ Die „zuständige Waffe“ war der Säbel, im Felde auch der Dienstrevolver. Als „Beleidigungen“ galten ausschließlich Verbalinjurien, keine Realinjurien, weil die Abwehr tätlicher Beleidigungen und Angriffe ja schon nach den allgemeinen Normen des Notwehrrechts jedem zustand. Weiters konnte das Ehrennotwehrrecht nur gegen Personen, die *keine Offiziere* waren, geltend gemacht werden, gegen Zivilisten, aber auch Unteroffiziere und gemeine Soldaten. Der heikelste Punkt, weil Sache breiter Auslegung, war das „Nichtüberschreiten des Maßes der unumgänglichen Notwendigkeit“. Hier sollte sich der Offizier am Zweck der Ehrennotwehr orientieren, der Beleidigung Einhalt zu gebieten. Gelang dies durch eine Verletzung des Angreifers, wurde jeder weitere Waffengebrauch zum strafbaren Exzess.⁵⁸

Einige Kommentatoren des MStG waren allerdings anderer Meinung. Sie hielten nicht allein das Fließen „ersten Blutes“ für ausreichend, sondern auch die Fortsetzung der Säbelstiche und -hiebe für erlaubt so lange, bis der Gegner außerstande war, mit seinen Beleidigungen fortzufahren oder „ordentlich gezüchtigt“ erschien.⁵⁹ Beachtenswert ist hier, dass der Offizier auf keine andere Weise als durch Ziehen der „zuständigen Waffe“ reagieren durfte, die Verbalinjurie also mit einer körperlichen Attacke beantworten *musste*.



Offiziere mit der „zuständigen Waffe“ bei „Ehrennotwehr“, dem Säbel.

Kurzum: die Ehrennotwehr war für die k.u.k. Offiziere ein Privileg, aber ein in praktischer Anwendung sehr kompliziertes. Den Säbel erst hastig vom Kleiderständer herunterzunehmen und dann zuzustechen, war beispielsweise nicht erlaubt. Man musste ihn im Moment der Beleidigung am Leib tragen, sonst galt er nicht als „zuständig“ und würdig. Zudem war die Ehrennotwehr eine zweiseitige Sache. Reagierte man auf die Beleidigung nicht, galt man als würdelos, wurde vom Offiziersehrenrat zur Rechenschaft gezogen und so gut wie immer aus der Armee ausgestoßen. Überschritt man das Notwehrrecht, konnte man, da das bürgerliche Strafrecht keine Ehrennotwehr kannte, vom Betroffenen mit dem Nachspiel eines Strafgerichtsverfahrens angezeigt werden.

Kastenjustiz bei Missbrauch der Ehrennotwehr: Der Fall Hoffmann

Der aufsehenerregendste Fall, bei dem sich ein Offizier auf die Ehrennotwehr berief, ereignete sich am 20. Mai 1916 in Wien. Er wurde von der Zensur unterdrückt und gelangte erst im Dezember 1917 durch eine parlamentarische Anfrage der Öffentlichkeit zur Kenntnis. Der Oberleutnant Friedrich Hoffmann stand

vor dem Eingang des Cafés Praterstern, als er von dem Monteur der städtischen Gaswerke, Johann Eder, der im Kaffeehaus etwas zu reparieren hatte, beim Betreten angerempelt wurde. Ob unbeabsichtigt oder nicht, blieb ungeklärt. Zeugenaussagen zufolge sagte Hoffmann zu Eder: „Können Sie nicht aufpassen, Sie Lausub?“ Eder erwiderte: „Wenn ich ein Lausub bin, sind Sie ein Rotzbub!“ Daraufhin stieß Hoffmann sein Bajonett mit solcher Wucht in den Kopf Eders, dass es die Augenhöhle, das Groß- und Kleinhirn durchbohrte und Eder auf der Stelle tot war. Vor den Pfuirufen derer, die den Vorfall beobachtet hatten, flüchtete Hoffmann in das Kaffeehaus und sagte dort: „Ich kann mich doch nicht Rotzbub heißen lassen!“ Nach einer Weile holten ihn drei Wachleute und führten ihn mit dem Automobil ab.

Hoffmann wurde nicht in Haft behalten, sondern ging ins Feld ab. Er wurde wegen Totschlags angeklagt, aber nicht vor dem Wiener Militärgericht, sondern vor dem Feldgericht der 71. Infanteriedivision. Der Verdacht liegt nahe, dass man das tat, um den sieben Zeugen die Anreise zu „ersparen“ und sie nicht anhören zu müssen. Die Verhandlung am 21. November 1916 endete mit einem *Freispruch*. Begründung: Hoffmann ha-

be in Ehrennotwehr gehandelt. Der zuständige Kommandant bestätigte den Freispruch, der damit sofort und unwiderruflich rechtskräftig wurde. Daran konnte auch die Nichtigkeitsbeschwerde beim Obersten Militärgerichtshof nichts mehr ändern, die ein Militäranwalt im Auftrag des Landesverteidigungsministeriums einbrachte. Sie wandte sich nämlich nicht gegen den Freispruch, sondern dagegen, dass das Urteil eine „gewissenhafte Prüfung aller für und wider sprechenden Beweismittel“ vermissen ließ. So der Oberste Militärgerichtshof in seinem Spruch vom 9. Oktober 1917. Für Hoffmann bedeutete das wenig bis nichts. Er blieb ein rechtskräftig freigesprochener Mann.

Lediglich die Witwe Eders ließ nicht locker. Sie klagte Hoffmann auf Schadenersatz und zwang damit das bürgerliche Gericht zum Eingreifen. Was geschah nun? Das Wiener Landesgericht kam nach Einvernahme der Zeugen zu dem Schluss, dass Hoffmann des Verbrechens des Totschlags schuldig sei und der Witwe Schadenersatz zu leisten habe. Hoffmann sei weit über das Recht der Ehrennotwehr hinausgegangen, weil eine „Fortsetzung der Beleidigung“ nicht drohte. Im Gegenzug wurde aber festgestellt, dass der „widerrechtlichen Beschädigung“ (!) des Opfers eine Beschimpfung durch Johann Eder vorausgegangen sei, dass der Getötete ein Mitverschulden habe, weil er Hoffmann in Zorn versetzte und den Affekt auslöste. Das Verschulden des Oberleutnants sei damit ein geteiltes, weshalb das Gericht die Verpflichtung zur Schadensersatzleistung nur zur Hälfte anerkennen könne. Ein Zivilgericht legte noch die Höhe des Schadenssatzes fest, und dabei blieb es. Denn am rechtskräftigen Freispruch des Feldgerichts konnte auch das Totschlag-Verdikt des Wiener Landesgerichts nicht rütteln.⁶⁰

Der Fall Luze

Klassifizierten die Militärrichter also schon das Überschreiten der Ehrennotwehr mit tödlichem Ausgang als lässliches Kavaliersdelikt, dann darf man sich über deren Bewertung eines anderen einschlägigen Offiziersdelikts, des Verbrechens der Überschreitung der Dienstgewalt, nicht wundern.

Der Fall betraf den 32-jährigen Artilleriehauptmann Anton Luze und trug sich 1914 auf dem serbischen Kriegsschauplatz zu. Am 15. September versetzte Luze dem Korporal Johann Biolek einen Säbelhieb, weil er den Eindruck hatte,

dass Biolek einen Befehl aus Feigheit nicht ausgeführt hatte und er sich auf diese Weise den Gehorsam erzwingen wollte. Der Hieb durchtrennte die Muskulatur des linken Oberarmes bis zum Knochen und verursachte eine schwere Verletzung mit vierwöchiger Rekonvaleszenz. Am 27. November sah Luze den Kanonier Rudolf Menetti aus einem Haus herauslaufen, das gerade eine Requisitionsabteilung betrat. Im Verdacht, Menetti habe dort plündern wollen, rief er ihm „Halt!“ zu und sandte ihm einen Revolverschuss nach. Als Menetti stehen blieb, feuerte er ein zweites Mal auf ihn. Beim dritten Mal versagte die Waffe. Daraufhin befahl er dem Leutnant Roth, Menetti abzuführen und niederzumachen. Der Befehl wurde ausgeführt und Menetti eine Viertelstunde später im Lager erschossen. Am 18. Dezember fiel Luze beim Marsch der Truppe an ihren Einsatzort der Kanonier Eduard Prokopetz auf. Dieser hatte Rum getrunken, war alkoholisiert und torkelte. Luze ritt an ihn heran und hieb ihm mit dem Säbel über den Kopf. Mit blutender Wunde setzte Prokopetz den Marsch fort. Wenige Minuten später hielt Luze das Pferd erneut vor Prokopetz an, zog seinen Revolver und feuerte unter Beschimpfungen drei Schüsse auf ihn ab, die ihn töteten. Danach ließ er Prokopetz – wie auch schon vorher Menetti – in die Verlustliste als „gefallen“ eintragen.

Man hatte es also mit einem gemeingefährlichen Soldatenschinder zu tun, der nach Zeugenaussagen wegen seiner Reizbarkeit und seines Jähzorns bei Mannschaft und Offizieren panische Angst verbreitete. Denn auch wegen des Verbrechens der Ehrenbeleidigung, begangen durch Beschimpfung von Offizieren, musste man Luze belangen.

Es dauerte bis Oktober 1917, ehe Luze der Prozess vor dem Heeresdivisionsgericht Wien gemacht wurde. Den Vorsitz führte Generalmajor Halfer, als Verhandlungsleiter fungierte Major-Auditor Dr. Lonszky, als Vertreter der Militäranwältschaft Oberleutnant-Auditor Dr. Strohmayer. Der Prozess dauerte sechs Tage und fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Wiewohl wegen Mordes in zwei Fällen, Mordversuchs in einem Fall, Überschreitung der Dienstgewalt, Betruges durch Fälschung öffentlicher Urkunden und Ehrenbeleidigung unter Offizieren angeklagt, wurde Luze nur des Verbrechens der Überschreitung der Dienstgewalt (§ 289a und b MStG), der Übertretung der Meldungs-vorschriften (§ 577f) und der Ehrenbelei-

digung (§ 516) schuldig erkannt. Das Urteil: *einfacher Kerker in der Dauer eines Jahres nebst Entlassung aus dem Offiziersstand*.⁶¹

Am 13. Oktober 1917 beging Luze Selbstmord. Nicht aus Reue, sondern weil er das Urteil als übertrieben hart empfand. Im Abschiedsbrief an seinen Verteidiger hieß es: „Meine letzte Äußerung soll wiederholen, dass ich *stets nach bestem Wissen und Gewissen uneigennützig und im Interesse des Dienstes* handelte und mir keiner unrechten Handlung bewusst bin.“⁶²

Der Fall Zerdik

Wenige Tage vorher, am 3. Oktober 1917, war es im Reichsrat zu stürmischen Szenen gekommen, als der Abgeordnete František Tomášek von der tschechischen Sozialdemokratie über einen Vorfall berichtete, der sich am 1. Oktober auf dem Wiener Ostbahnhof zugetragen hatte. An diesem Abend ging ein Zug an die Front ab. Der Dragoner Josef Moritz von der 35 Mann starken Maschinengewehrabteilung des Dragonerregiments Nr. 3 stieg noch einmal aus dem Waggon aus, um von seinen Bekannten Abschied zu nehmen. Ein Reserveleutnant namens Karl Zerdik, der die Mannschaft ehrenhalber auf den Bahnhof begleitet hatte, stellte Moritz deswegen zur Rede. Nach kurzem Wortwechsel kam es zu Handgreiflichkeiten. Zerdik behauptete, dass Moritz ihm einen Faustschlag ins Gesicht versetzt habe. Das wurde durch die Zeugenaussagen nicht bestätigt, wohl aber, dass Zerdik den Moritz ohrfeigte, der wiederum die Schläge mit der Hand abwehrte und den Offizier von sich stieß. Darauf zog Zerdik das Seitengewehr und stieß es Moritz in die Brust. Der Dragoner war sofort tot. Als Eisenbahner herbeieilten und nach einem Arzt riefen, schrie Zerdik: „Was machen die Eisenbahner da? Die tratschen alles aus. Das ist eine *militärische Sache*. Sie sollen schauen, dass sie weiterkommen!“ Dann flüchtete Zerdik zur Bahnhofswache, weil die Umstehenden Miene machten, sich auf ihn zu stürzen und ihn zu lynchen.⁶³

Landesverteidigungsminister Czapp versprach dem Abgeordnetenhaus die unverzügliche Prüfung der Angelegenheit und kündigte an, dass, „falls tatsächlich ein Verschulden vorliegt, der Schuldtragende nach dem Gesetz zur Verantwortung gezogen werden wird“. Dazu kam es unvermutet rasch. Am 23. November 1917 begann gegen Zerdik der Prozess vor dem Heeresdivi-

onsgericht Wien wegen des Verbrechens der Hintansetzung der Dienstvorschriften (weil er Moritz mehrere Ohrfeigen versetzt hatte) und des Verbrechens des Totschlages (weil er Moritz erstochen hatte). Verhandlungsleiter war der Oberstleutnant-Auditor Dr. Wolf, die Anklage vertrat der Hauptmann-Auditor Dr. Erwin Bauer.

Wie nach Zerdiks Worten von der ausschließlich „militärischen Sache“ zu erwarten, berief sich der Angeklagte auf das Ehrennotwehrrecht. Das Gericht verneinte das, gestand aber dem Leutnant gleichzeitig zu, in dem Glauben gehandelt zu haben, zur Ehrennotwehr gezwungen gewesen zu sein. Das Urteil: *sechs Wochen Profosenarrest* wegen fahrlässiger Tötung.⁶⁴ Der „Profosenarrest“ war die nur Offizieren oder Feldwebeln zustehende leichtere Form der Arreststrafe mit eigener Verpflegung und Verbringung in einem unversperrten Zimmer im Unterschied zum gewöhnlichen Arrest der niederen Soldaten mit Arrestantenkost und Absperrung.

Wir haben hier nur wenige Beispiele für die ganz offene und ungenierte Parteilichkeit der Militärjustiz gebracht, sobald sie sich gezwungen sah, Offiziere wegen Taten vor Gericht zu stellen, die sie an Untergebenen oder Zivilisten begangen hatten. Das kam ohnehin selten vor. In der Regel machten die Kommandanten ihnen die Mauer, hießen ihr Vorgehen gut oder ließen es bei Ermahnungen und Disziplinarstrafen leichten Grades bewenden. Sie handelten damit in der Tradition exklusiver Männerbünde, deren Devise „Treue um Treue“ lautet. Nur dann, wenn einer die inneren Spielregeln verletzt, wird man energisch, verfällt der gegen die Standesehre Verstößende der Ächtung: der Offizier wegen „Mesalliance“, der Polizist, der zugeibt, dass man einen Festgenommenen im Wachzimmer verdroschen hat, der Arzt, der den Kunstfehler eines anderen Arztes aufdeckt. Kann man hier von hohen Dunkelziffern ausgehen, dann bleibt nur die Schlussfolgerung, dass in den vier Weltkriegsjahren unzählige Untaten von Offizieren an den eigenen Soldaten ungesühnt blieben, die nach dem Militärstrafgesetzbuch zu Anklagen und Verurteilungen führen hätten müssen.

Anmerkungen:

1/ Einer, der diese Vorkommnisse beschrieb, war Alfred Polgar im zeitkritischen Feuilleton „Wien, Dezember 1918“, in: Alfred Polgar: Das große Lesebuch. Zusammengetragen und mit einem Vorwort von Harry Rowohlt. Zürich 2003, S. 89f.

2/ Carl Freiherr von Bardolff: Soldat im alten Österreich. Erinnerungen aus meinem Leben. Jena 1938, S. 347f.

3/ Moritz Auffenberg-Komarow in „Staatswehr“, Wien, 21.5.1920, S. 2. Zit. nach: Wolfgang Doppelbauer: Zum Elend noch die Schande. Das altösterreichische Offizierskorps am Beginn der Republik. Wien 1988, S. 18.

4/ *Neue Freie Presse*, 12.12.1918, S. 9.

5/ Karl Kraus, Nachruf, in: *Die Fackel*, Nr. 501–507, Januar 1919, S. 31f. Hervorhebung H.H.

6/ Zur „Kriegsnotwehr“ und der Militärjustiz siehe: Hans Hautmann: Todesurteile in der Endphase der Habsburgermonarchie und im Ersten Weltkrieg, in: Claudia Kuretsidis-Haider/Heimo Halbrainer/Elisabeth Ebner (Hg.): Mit dem Tode bestraft. Historische und rechtspolitische Aspekte zur Todesstrafe in Österreich im 20. Jahrhundert und der Kampf um ihre weltweite Abschaffung. Graz 2008, S. 15–37.

7/ Zum „Kriegsleistungsgesetz“ und zur Militarisierung der Betriebe siehe: Hans Hautmann: Unternehmer, Militär und Arbeiter im Ersten Weltkrieg, in: Josef Schmee (Hg.): Politische Ökonomie, Macht und Arbeitnehmerinstitutionen im Kapitalismus. Festschrift für Erwin Weissel. Marburg 2000, S. 197–226; sowie: Hans Hautmann (Hg.): „Wir sind keine Hunde“. Das Protokoll des Arbeitertages vom 5. November 1916 in Wien. Mit einem Anhang: „Zur Naturgeschichte des Eisenkartells“. Wien 2009 (Alfred Klahr Gesellschaft, Sonderband 11).

8/ Seeckt (1866–1936) war in der Weimarer Republik von 1920 bis 1926 Chef der Heeresleitung und damit, noch vor dem zuständigen Minister Otto Geßler, der eigentlich führende Kopf in der deutschen Reichswehr.

Heimo Halbrainer/Eva Klein/Antje Senarclens de Grancy: Hilmteichstraße 24. Haus Albrecher-Leskoschek von Herbert Eichholzer. Graz: CLIO 2016, 160 S., 24 Euro

Als modernes Gesamtkunstwerk und Ort eines „befreiten Wohnens“ wurde das Haus Hilmteichstraße 24 in Graz 1937 von Herbert Eichholzer entworfen. Im



Wohnraum schuf Axl Leskoschek ein großformatiges Wandgemälde mit verschlüsselten Inhalten und Bezügen zur politischen Situation der Zeit. Das Haus war Treffpunkt eines Kreises von Künstlern und Intellektuellen, die in Opposition zum Nationalsozialismus ihre Freiheit aufs Spiel setzten und – im Fall von Eichholzer – dafür mit ihrem Leben bezahlten.

9/ Deutsches Bundesarchiv, Militärarchiv Freiburg, Nachlass Seeckt, Nr. 247/32, Hans von Seeckt: Das k.u.k. Heer. Denkschrift aus dem Jahre 1917, S. 38.

10/ Ebd., S. 26.

11/ István Deák: Der k.(u.)k. Offizier 1848–1918. Wien, Köln, Weimar 1991, S. 234f.

12/ Denkschrift Seeckt, S. 41.

13/ *Arbeiter-Zeitung*, 25.1.1920, S. 2. Hervorhebung H.H.

14/ Karl Kraus: Nachruf, S. 11.

15/ Ebd., S. 12.

16/ Ebd., S. 26f.

17/ Ebd., S. 119.

18/ Ernst Lohsing: Feldgerichtliche Erinnerungen eines Deutsch-Österreichers, in: Archiv für Kriminologie (Kriminalanthropologie und Kriminalistik), Bd. 73. Leipzig 1921 und Bd. 75. Leipzig 1923, S. 65, Hervorhebungen H.H. Ernst Lohsing (1878–1942) verfasste in der Ersten Republik mehrere bedeutsame Werke zum österreichischen Strafprozessrecht, wurde in der NS-Zeit als Jude nach Theresienstadt deportiert und von dort nach Maly Trostinec bei Minsk, wo ihn die SS ermordete.

19/ *Arbeiter-Zeitung*, 14.2.1919, S. 8.

20/ Ebd., 22.12.1918, S. 2.

21/ Ebd.

22/ Ebd., 14.2.1919, S. 8.

23/ Ebd., 22.12.1918, S. 2; 14.2.1919, S. 8.

24/ Die Stunde der Rache. Ein Wort an die Soldaten. Wien 1919 (Aufklärungsschriften, Nr. 6), S. 18.

25/ *Arbeiter-Zeitung*, 1.7.1917, S. 7. Hervorhebung H.H.

26/ Ebd., 6.3.1917, S. 5.

27/ Ebd., 1.7.1917, S. 8.

28/ Ebd., 25.5.1918, S. 6. Hervorhebungen H.H.

29/ Ebd., 9.2.1920, S. 3.

30/ Die Stunde der Rache, S. 18.

31/ Ferdinand Schmid: Das Heeresrecht der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Wien, Leipzig 1903, S. 537f.

32/ Interpellation des Abgeordneten Georg Stříbrný und Genossen an seine Exzellenz den Minister für Landesverteidigung in Angelegenheit des gesetzwidrigen Vorganges bei der Behandlung der vermutlich politischen bedenklichen Soldaten vom 30. Mai 1917, 2. Sitzung der XXII. Session am 5.6.1917 (Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates im Jahre 1917), S. 161f.

33/ *Arbeiter-Zeitung*, 11.10.1918, S. 4.

34/ Max Ronge: Kriegs- und Industriespionage. Zwölf Jahre Kundschaftsdienst. Zürich, Leipzig, Wien 1930, S. 343.

35/ Georg Lelewer: Die Militärpersonen, in: Franz Exner, Krieg und Kriminalität in Österreich. Wien 1927, S. 124. Lelewer war im Krieg Militärauditor und in den 1920er Jahren Rat am Obersten Gerichtshof in Wien.

36/ Ebd., S. 125.

37/ Dazu: Bruno Frei: Die Matrosen von Catta-

ro. Eine Episode aus dem Revolutionsjahr 1918. Wien 1963; Richard Georg Plaschka: Cattaro – Prag. Revolte und Revolution. Graz, Köln 1963; Richard Georg Plaschka/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan: Innere Front. Militärassistenten, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie. Wien 1974.

38/ https://de.wikipedia.org/wiki/Meutereien_in_der_französischen_Armee-1917 [25.4.2017].

39/ *Arbeiter-Zeitung*, 8.9.1915, S. 6.

40/ Ebd., 19.9.1915, S. 7.

41/ Ebd., 29.9.1915, S. 5.

42/ Ebd., 29.3.1917, S. 7.

43/ Ebd., 30.7.1918, S. 5.

44/ Schmid: Das Heeresrecht, S. 551.

45/ https://www.peter-hug.ch/lexikon/nazarener/67_0791 [25.4.2017].

46/ *Arbeiter-Zeitung*, 30.11.1918, S. 4.

47/ Ebd.; Die Feldgerichte und das Volksgericht. Wien 1919 (Aufklärungsschriften, Nr. 12), S. 12f.

48/ Rudolf Neck: Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918 (A. Quellen), I. Der Staat, 1. Band (1914–1917). Wien 1964, S. 195.

49/ Joachim Böhm: Die österreichische Sozialdemokratie (DSAPÖ) in der Wende vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden. Eine Untersuchung der monarchietreuen Politik ihrer Führer (November 1916–Oktober 1917), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 14. Jg. (1965), Nr. 4, S. 217ff.

50/ Steiermärkisches Landesarchiv Graz, Kt. E 91, 286/17-1743/17, Nr. 954/17. Hervorhebung H.H.

51/ W. I. Lenin: Rohentwurf der Thesen für einen offenen Brief an die Internationale Sozialistische Kommission und an alle sozialistischen Parteien, in: ders.: Werke, Bd. 23. Berlin 1978, S. 215.

52/ *Arbeiter-Zeitung*, 7.8.1917, S. 5f. Hervorhebung H.H.

53/ Ferdinand Schmid: Militärstrafgerichtsbarkeit und Militärstrafrecht, in: Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes, hg. von Ernst Mischler und Josef Ulbrich, Bd. 3. Wien 1907, S. 585.

54/ Unter „Rencontre“ zwischen Offizieren verstand man die Schlägerei „auf der Stelle“ im Unterschied zum Duell, das erst nach einem zeitlichen Abstand, vereinbart mit Bedingungen und im Beisein von Sekundanten, stattfand.

55/ Deák: Der k.(u.)k. Offizier, S. 167.

56/ Schmid: Militärstrafgerichtsbarkeit, S. 577.

57/ Ebd.

58/ Schmid: Das Heeresrecht, S. 529.

59/ Deák, a.a.O., S. 158.

60/ *Arbeiter-Zeitung*, 1.12.1917, S. 5; 2.12.1917, S. 7; 17.7.1918, S. 6.

61/ Ebd., 12.10.1917, S. 5f.

62/ Ebd., 14.10.1917, S. 7.

63/ Ebd., 4.10.1917, S. 6.

64/ Ebd., 24.11.1917, S. 7; 25.11.1917, S. 8f.; 27.11.1917, S. 7; 28.11.1917, S. 1 und 7.

„Kindische Mätzchen von Saboteuren“

Die erste politische Massenkundgebung der Zweiten Republik am 5. Mai 1947

MANFRED MUGRAUER

Hatte es unmittelbar nach der Befreiung Österreichs so ausgesehen, als würde die KPÖ einen mitunter bestimmenden Einfluss auf die künftige Entwicklung nehmen können, wurde sie durch das für die Partei enttäuschende Ergebnis der Wahlen vom 25. November 1945 auf die Position einer Kleinpartei zurückgeworfen. Sie war zwar auch in der von Leopold Figl gebildeten Konzentrationsregierung mit einem Minister vertreten, de facto bestand jedoch bereits 1946/47 eine „Große Koalition“, welche die Weichen in Richtung Westorientierung, kapitalistische Restauration und Antikommunismus stellte. Vor diesem Hintergrund entwickelte die KPÖ ihre Politik im Spannungsfeld von Regierung und Opposition. Sie lavierte zwischen ihrer Rolle als „konstruktiver Staatspartei“ und einer Konfrontation mit den beiden Großparteien.

Propagandistisch wurde 1946/47 vor allem an die angespannte Wirtschafts- und Ernährungslage und an die sozialen Probleme der Bevölkerung angeknüpft. Im Frühjahr 1946 führte die Lebensmittelknappheit zu regelrechten Hungersnöten. Im Hungerwinter von November 1946 bis Februar 1947 weiteten sich die Mangelercheinungen zu einer tiefen Wirtschaftskrise aus. Im Frühjahr und Sommer 1946 kam es aus Protest gegen die schlechte Ernährungslage zu spontanen Arbeitsniederlegungen und Protestkundgebungen der ArbeiterInnenschaft, ohne dass die KPÖ zu diesem Zeitpunkt organisierend eingegriffen hätte. Sie beschränkte sich zunächst auf die Verabschiedung von Resolutionen in den Gemeindeausschüssen und Großbetrieben und auf eine Kampagne gegen die „Ernährungssabotage“ und „Hungerverschwörung“. Nichtsdestoweniger wurden die spontanen Streiks von Kanzler Figl nicht als „Ausfluß einer momentanen Erregung“, sondern als „Ergebnis einer systematischen Verhetzung und eine wohlorganisierte Angelegenheit“ qualifiziert.¹

Mit der Vertiefung der innenpolitischen Polarisierung wurde die KPÖ immer stärker zu einem organisierenden und politisierenden Element der Protestbewegungen. Im November 1946 startete die Partei eine Kampagne zur Durchführung von Neuwahlen, um auf diesem

Weg ihr Gewicht in der Regierung zu stärken und einen prinzipiellen Kurswechsel einleiten zu können.² Um dieser Forderung entsprechenden Nachdruck zu verleihen, setzte die Partei verstärkt auf außerparlamentarische Aktionen. Die Steigerung der Proteste zu einer Massenbewegung bis hin zum Generalstreik wurde nun zum wichtigsten politischen Ziel der Partei. Die kommunistischen AktivistInnen, GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen waren fortan führend an der „Hungerbewegung“ beteiligt und organisierten Protestversammlungen, Petitionen, Demonstrationen und Streiks auf lokaler und betrieblicher Ebene. Am 10. Oktober 1946 traten die Steyr-Werke in Oberösterreich wegen der unzureichenden Ernährung und der niedrigen Löhne in den Streik, am 14. Oktober 14 Betriebe im niederösterreichischen Ybbs-tal wegen der Kürzung der Rationen.³ Allein in Niederösterreich beteiligten sich 72 Betriebe an den als „Kalorienstreiks“ bezeichneten Arbeitskämpfen.⁴ Vor allem von Frauen getragene Hungerdemonstrationen in Notstandsgebieten wie Wiener Neustadt am 24. Oktober, in Graz am 13. November oder in Salzburg und Hallein am 4. Dezember mobilisierten mehrere tausend Menschen.⁵ Aber auch in Städten und Gegenden, wo der kommunistische Einfluss nicht ausschlaggebend war, wie etwa in Innsbruck und Klagenfurt, fanden die Aktionen für eine Verbesserung der Rationen und gegen den Schwarzmarkthandel breite Resonanz.⁶ Die dabei erhobenen Forderungen bezogen sich auf die Lebensmittel-lage, die Steuerpolitik und das Verhältnis von Löhnen und Preisen. Verlangt wurden Lohnerhöhungen und ein genereller Preisstopp, eine Halbierung der aus der NS-Zeit stammenden Lohnsteuer sowie eine Erhöhung der Kaloriensätze.

Spontane Demonstration

Im März und April 1947 folgte eine neue Welle an Massendemonstrationen und Streiks. Anfang März streikten mehrere Abteilungen der Alpine Donawitz, nachdem im Lebensmittelaufwurf die versprochene Kalorienzahl unterschritten worden war. Am 10. und 14. März sowie am 24. April 1947 traten in Wien mehrere Industriebetriebe wegen der Nicht-

erfüllung der Lebensmittelaufrufe für einige Stunden in den Streik.⁷ Mitte März kam es „wegen der unerträglichen Ernährungsverhältnisse“ in mehreren niederösterreichischen Orten – etwa in Neunkirchen, Mödling, Hollabrunn und Gmünd – zu Streiks und Demonstrationen.⁸ Einen international beachteten Höhepunkt erreichte diese Protestwelle am 5. Mai 1947 mit der Demonstration auf dem Wiener Ballhausplatz. Laut Angaben der KPÖ zogen 20.000 ArbeiterInnen und Angestellte vor das Bundeskanzleramt und das Gebäude des Gewerkschaftsbundes in der benachbarten Ebendorferstraße, um aufgrund der seit Wochen nicht erfüllten Lebensmittelaufrufe gegen die schlechte Ernährungslage und „die überall herrschende Misswirtschaft“ zu demonstrieren.⁹ Andere Quellen, wie etwa die *Wiener Zeitung* als Regierungsblatt oder ein amerikanischer Bericht, sprachen von 4.000 bis 5.000 Menschen, die sich am Ballhausplatz versammelt hätten.¹⁰ Elf Demonstranten, die über ein Baugerüst in das Bundeskanzleramt eingedrungen waren, wurden zwar festgenommen, aber auf Wunsch von Kanzler Figl gleich wieder freigelassen.¹¹ „Unbegreiflicherweise“, wie der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes Heinrich Wildner in seinem Tagebuch die Auffassung von Außenminister Karl Gruber überliefert. Dieser soll zu Wildner sowohl am Tag der Demonstration als auch einen Tag später „fortwährend“ gesagt haben, „man müsse bei solchen Sachen sofort, gleich am Anfang, schießen, die Leute würden dann gleich davonlaufen“.¹²

Diese erste große Massenkundgebung der Zweiten Republik wurde in späteren Darstellungen – sowohl in der Memoiren- als auch in der Forschungsliteratur – zum ersten „Putschversuch“ der KPÖ hochstilisiert, zur Generalprobe für den Oktoberstreik des Jahres 1950. So spricht nicht nur der damalige Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ) vom „Kommunistenputsch vom Mai 1947“,¹³ sondern auch die in Oxford promovierte Historikerin und heutige Professorin für internationale Beziehungen Audrey Kurth Cronin von einem „attempted communist putsch“.¹⁴ Demgegenüber führte die KPÖ ins Treffen, dass die Aktionen „spontan entstan-



Hungerdemonstration am Wiener Ballhausplatz am 5. Mai 1947.

den“ und „in mustergültiger Disziplin verlaufen“ seien. Sie seien damit „ein Beweis politischer Reife und tiefen Verantwortungsbewußtseins“ der Protestierenden, so Franz Honner.¹⁵ Ungeachtet dessen, dass die KPÖ zu keinem Zeitpunkt eine gewaltsame Machtübernahme in Erwägung gezogen hat, geben auch die KPÖ-internen und sowjetischen Quellen Aufschluss darüber, dass es sich am 5. Mai 1947 um eine spontane Initiative unzufriedener ArbeiterInnen handelte, in deren Verlauf sich die KPÖ an die Spitze setzte,¹⁶ und nicht um einen gelenkten Kraftakt der Partei zur Erstürmung des Bundeskanzleramtes mithilfe kommunistischer USIA-Arbeiter, wie bei Rainer Leignitz in einem Beitrag über die KPÖ in einem ÖVP-nahen Sammelband zu lesen ist.¹⁷ Alois Peter berichtete drei Tage nach den Ereignissen in der Sitzung des Zentralkomitees der KPÖ, dass sich die Demonstrationen aus „den Wiener Betrieben [...] ohne unser Zutun in Bewegung gesetzt“ hätten, „bezeichnenderweise nicht in jenen Bezirken, wo wir russische Besatzungskräfte haben, sondern in jenen Bezirken, die von Engländern und Franzosen besetzt sind“, vor allem in der Simmeringer Waggonfabrik (Simmering-Graz-Pauker), einem verstaatlichten Betrieb, wo die Bewegung am 5. Mai 1947 ihren Ausgang nahm. Nachdem die Wiener ArbeiterInnenschaft zwei Jahre lang „geduldig gelitten“ und „keine großen Aktionen gemacht“ habe, sei es jetzt „spontan zu einer Demonstration gekommen“,¹⁸ so der Wiener Landessekretär. „Obwohl der Zeitpunkt für eine Aktion noch nicht gegeben schien, ist dieselbe spontan zum Ausbruch gekommen“, ist auch im Proto-

koll der Sitzung einer Wiener Bezirksleitung vom 6. Mai 1947 zu lesen.¹⁹

„Internationale Aufrührer und Agenten“

Einen Tag nach der Kundgebung – am 6. Mai 1947 – traten in Wien und Umgebung 114 Betriebe in den Streik und forderten eine Lohnerhöhung, die Einhaltung der Lebensmittelaufstufe und die Abschaffung der „Nazilohnsteuer“.²⁰ Im Tagesverlauf wurde jedoch von der KPÖ beschlossen, spätestens am 7. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen. Dem lag die Einschätzung zugrunde, dass es nicht gelingen würde, eine kommunistisch dominierte Bewegung ohne Unterstützung der ÖGB- und SPÖ-Führung zu einer Massenbewegung zu steigern. Noch an diesem Tag ließ der ÖGB verlautbaren, dass „Streiks und Demonstrationen [...] nur auf ausdrückliche Anordnung des Gewerkschaftsbundes zu erfolgen“ hätten, und verurteilte die Aktivitäten „unbesonnener Elemente“.²¹ Die Sorge der KPÖ-Führung, dass die Partei bei Fortführung der Streiks „in eine unhaltbare Situation geraten würde“,²² belegt, dass die KPÖ den richtigen Zeitpunkt für einen Generalstreik und eine politische Krise zum Austritt aus der Regierung noch nicht gekommen sah. Demgemäß hatten auch Gottlieb Fiala, Franz Honner und Josef Lauscher in ihren Reden vor dem Bundeskanzleramt mäßigend auf die DemonstrantInnen eingewirkt.²³ Der Wiener Parteifunktionär Albert Hirsch berichtete gar von einer Beratung, in der Honner verpflichtet worden sei, die ArbeiterInnen zur Rückkehr in die Betriebe zu bewegen, da die Partei über keine Perspektive verfügt habe, was genau mit einer

stürmischen Massenaktion vor dem Kanzleramt erreicht werden könne.²⁴ Fiala führte danach eine 15-köpfige Delegation an, die von Figl und den zuständigen Ministern Josef Kraus (Land- und Forstwirtschaft) und Otto Sagmeister (Volkswirtschaft) empfangen wurde.²⁵ An ihr nahmen auch der leitende ÖGB-Sekretär Karl Flöttl und der Zentralsekretär der Metallarbeitergewerkschaft Dominik Hummel (beide SPÖ) teil, was die Legende von der kommunistisch „gelenkten“ Aktion ebenso relativiert wie die Tatsache, dass an der Spitze des Demonstrationszuges der Simmeringer ArbeiterInnen neben Hummel auch der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Sladek marschiert war.²⁶

Zur Diskreditierung der Kundgebung wurde nun „zum ersten Mal im großen Stil mit dem Handwerkszeug des Antikommunismus gearbeitet“, wie der Wirtschaftshistoriker Fritz Weber einschätzt.²⁷ In der zwei Tage später im Nationalrat stattfindenden Debatte sprach der ÖVP-Politiker Lois Weinberger von Demonstranten, „die Revolver in der Tasche gehabt haben“ und „die in Wirklichkeit Albaner, Griechen und Bulgaren sind“.²⁸ Auch Innenminister Oskar Helmer bemühte sich einem sarkastischen Heine-Vers aus „Krähwinkels Schreckenstagen“ gerecht zu werden²⁹ und versuchte die Demonstration mit Hinweis auf sechs „eingeschleuste“ Ausländer, die festgenommen worden waren, als ferngelenkt darzustellen.³⁰ Eine Woche später musste Leopold Figl im Ministerrat richtigstellen, dass am Ballhausplatz keine Bulgaren anwesend gewesen wären und die albanische Kolonie insgesamt nur drei Mitglieder in Wien zähle. „Aber es gibt Staatsangehörige, die Flüchtlinge sind und sich als Albanesen bezeichnen“, so der Bundeskanzler zu seiner Rechtfertigung.³¹ Nichtsdestoweniger behauptete Karl Gruber sechs Jahre später in seinem Erinnerungsbuch, dass am 5. Mai 1947 vor dem Ballhausplatz „ein paar hundert internationale Aufrührer und Agenten“ unter der „aufgehetzten Arbeiterschaft der Vorstadtfabriken“ zu finden gewesen wären. In seiner Darstellung drangen auch nicht elf, sondern gleich 80 Demonstranten in das Bundeskanzleramt ein.³²

Der KPÖ hingegen erschien es als größerer Skandal, dass die Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung Militärpolizei bei der Interalliierten Militärkommandantur angefordert hatte.³³ Ein am 7. Mai 1947 im Nationalrat eingebrachter Entschließungsantrag von Ernst

Fischer, der dieses Vorgehen verurteilte, gelangte jedoch mangels Unterstützung durch die beiden anderen Parteien nicht zur Abstimmung.³⁴ Für Empörung bei den kommunistischen Abgeordneten sorgte die vorangegangene Aussage von Leopold Figl, der die Protestaktion von Wiener ArbeiterInnen als „kindische Mätzchen von Saboteuren und Querulanten“ abtat und sich insgesamt von „irgendwelche(n) kleine(n) oder kleinste(n) Demonstrationen, die meist gar nicht von Österreichern organisiert sind“, unbeeindruckt zeigte.³⁵ In einer steiermärkischen ÖVP-Zeitung war von „kommunistischen Stoßtrupps“ und „Radaubrüdern“ mit Pistolen und Schlagringen die Rede, und in der *Neuen Zeit* der SPÖ Steiermark wurde gar ein Vergleich zum Juliputsch der NSDAP im Jahr 1934 gezogen.³⁶ Im Gefolge dieser Demonstration forderte die Regierung eine bessere Ausrüstung und Bewaffnung der österreichischen Polizei,³⁷ wobei im Ministerrat vor allem Karl Gruber – wie Karl Altmann berichtete – als „Scharfmacher“ auftrat.³⁸

Oppositionelle Hauptkraft

Durch die Bewegung in den Wiener Betrieben sah sich die KPÖ in ihrer Orientierung bestätigt, dass „der wichtigste Hebel zur Mobilisierung der Massen der gesteigerte Kampf für ihre unmittelbarsten und dringendsten Forderungen“ sei, wie Johann Koplenig drei Tage nach der Demonstration in der Sitzung des Zentralkomitees einschätzte.³⁹ Zum ersten Mal seit der Befreiung Österreichs sei die Arbeiterschaft „wieder als Klasse, als Arbeiterklasse, offen auf den Plan getreten“.⁴⁰ Die KPÖ wertete es auch als Teilerfolg dieser Bewegungen, dass nach dem 5. Mai die vollen 1.550 Kalorien in den Lebensmittelaufrufen garantiert wurden.⁴¹ Gleichzeitig war klar geworden, dass die im Rahmen der Demonstration spontan laut gewordene Parole „Generalstreik“ keine tagesaktuelle Lösung sein konnte und man von einer einheitlichen Massenaktion zur Erzwingung von Neuwahlen nach wie vor weit entfernt war. Auch bei den in den folgenden Wochen und Monaten stattfindenden Proteststreiks und Demonstrationen in Markt, Neunkirchen, St. Pölten, Ternitz und Wimpasing in Niederösterreich oder in den Steyr-Werken sowie bei Schoeller-Bleckmann in Mürzzuschlag in der Steiermark handelte es sich um lokale Bewegungen, die auf die Einhaltung der Lebensmittelaufträge und die Beseitigung der „Nazilohnsteuer“ abzielten.⁴² Allein für Niederösterreich errechnete die KPÖ



Die DemonstrantInnen vor dem Bundeskanzleramt am 5. Mai 1947.

45.000 ArbeiterInnen und Angestellte, die vor dem August 1947 vorübergehend die Arbeit niederlegten, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen.⁴³ Anfang Oktober traten die Metall- und Bergarbeiter in Donawitz, Fohnsdorf, Seegraben und Eisenerz im obersteirischen Industriegebiet in den Streik.⁴⁴

Als im Juni 1947 mit der Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan die außenpolitische Westorientierung endgültig festgeschrieben wurde, leitete die KPÖ eine Umorientierung auf längerfristige Perspektiven ein. Manifeste Ausdruck dieser Entwicklung war das Ausscheiden aus der Dreiparteienregierung im November 1947. Nach dem Austritt aus der Figl-Regierung wurden die außerparlamentarischen Aktivitäten zum wichtigsten Schwerpunkt der kommunistischen Politik. Die KPÖ entwickelte sich zum Hauptfaktor der Massenbewegungen gegen die Lohn-Preis-Abkommen und zur wichtigsten oppositionellen Kraft gegen die kapitalistische Restauration.

Anmerkungen:

1/ Vgl. Stenographisches Protokoll. 21. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 28.5.1946, S. 464.

2/ Wir fordern Neuwahlen. Die reaktionäre Clique, die an unserem Elend schuld ist, muß aus der Regierung verschwinden. Beschluß der Konferenz der kommunistischen Vertrauensmänner der Wiener Betriebe und Bezirke, in: *Volksstimme*, 22.11.1946, S. 1–2, hier S. 1.

3/ Streiks und Hungerdemonstrationen in Steyr, in: *Volksstimme*, 11.10.1946, S. 1; Die Bewegung in den Betrieben, in: *Volksstimme*, 12.10.1946, S. 1; Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Die gewerkschaftlichen Aktionen vom 13. bis zum 14. Parteitag, o.D. [1948], S. 3.

4/ Prader, Hans: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945–1950. Wien 1975 (In Sachen, Heft 1), S. 91.

5/ Große Kundgebung auf dem Wiener-Neustädter Hauptplatz, in: *Volksstimme*, 27.10.1946, S. 3; Schwere Ernährungskrise in Steiermark. 6000 Grazer Frauen demonstrieren vor dem Landhaus, in: *Volksstimme*, 14.11.1946, S. 1; Neue Demonstrationen wegen Lebensmittelkrise, in: *Volksstimme*, 6.12.1946, S. 1.

6/ Lewis, Jill: Auf einem Seile tanzen: Die Anfänge des Marshall-Planes und des Kalten Krieges in Österreich, in: Bischof, Günter/Stiefel, Dieter (Hg.): „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998. Wien: Ueberreuter 1999, S. 297–314, hier S. 307. 7/ Streiks in Wiener Betrieben, in: *Volksstimme*, 11.3.1947, S. 1; Proteststreiks in Wiener Betrieben, in: *Volksstimme*, 15.3.1947, S. 2; Der Streik in der Floridsdorfer Eisenbahnwerkstätte, in: *Volksstimme*, 18.3.1947, S. 2; Proteststreiks in Wiener Betrieben, in: *Volksstimme*, 25.4.1947, S. 1–2.

8/ Hungerdemonstrationen in Niederösterreich, in: *Volksstimme*, 16.3.1947, S. 2; Mödlinger Arbeiter demonstrieren, in: *Volksstimme*, 20.3.1947, S. 2.

9/ Honner, Franz: Der Mai-Streik der Wiener Arbeiter, in: *die arbeit*, 1. Jg. (1947), Nr. 4, S. 3–5, hier S. 3.

10/ Kundgebungen am Ballhausplatz und vor der Arbeiterkammer, in: *Wiener Zeitung*, 6.5.1947, S. 1; The American Minister (John Erhardt) to the Secretary of State, Telegram No. 358, 5.5.1947, Dok. Nr. 35/1 in: Wagnleitner, Reinhold (Hg.): Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz. Political Officer of the US Legation in Vienna 1945–1948. Salzburg: Wolfgang Neugebauer Verlag 1984 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 4), S. 149.

11/ Vgl. Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 6: 13. Mai 1947 bis 2. September 1947. Wien: Verlag Österreich 2011, S. 506.

12/ „Man ist noch immer nervös. Wir sind sehr scharf bewacht.“ Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1947, hg. vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. Wien: Eigenverlag 2015, S. 63f.

13/ Z.B. Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1955, S. 161–163, hier S. 163.

14/ Cronin, Audrey Kurth: Great Power Politics and the Struggle over Austria, 1945–1955. Ithaca, London: Cornell University Press 1986, S. 50.

15/ Honner, Franz: Der Mai-Streik der Wiener Arbeiter, in: *die arbeit*, 1. Jg. (1947), Nr. 4, S. 3–5, hier S. 4.

16/ RGASPI 17/125/513/35, 37–45, 57–64, Informationsbulletin der SČSK über Fragen der Einheit der Arbeiterklasse in der Arbeitspraxis der KPÖ, 20.6.1947, Dok. Nr. 44 in Mueller, Wolfgang u.a. (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2005, S. 413–433, hier S. 421.

17/ Leignitz, Rainer: KPÖ: Die verfehlte Volkdemokratie, in: Reichhold, Ludwig (Hg.): Zwanzig Jahre Zweite Republik, Österreich findet zu sich selbst. Wien: Verlag Herder 1965, S. 53–62, hier S. 58f.

18/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 8.5.1947, Beilage 2: Alois Peter, S. 1.

19/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Bezirksleitung der KPÖ Hietzing am 6.5.1947, S. 1.

20/ Regierung verspricht Nachlieferung von Erdäpfeln und Fleisch, in: *Volksstimme*, 7.5.1947, S. 1; Honner, Franz: Der Mai-Streik der Wiener Arbeiter, in: *die arbeit*, 1. Jg. (1947), Nr. 4, S. 3–5, hier S. 3.

21/ Die Hungerdemonstrationen in Wien. Trotz berechtigter Erregung besonnenes Verhalten erforderlich, in: *Solidarität*. Zentralorgan des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Nr. 32, Mai 1947, S. 3.

22/ Vgl. ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 8.5.1947, Beilage 2: Alois Peter, S. 1f.

23/ Die Arbeiter auf der Straße, in: *Volksstimme*, 6.5.1947, S. 1.

24/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ am 5.7.1985, S. 5.

25/ Vgl. RGASPI 17/125/513/35, 37–45, 57–64, Informationsbulletin der SČSK über Fragen der Einheit der Arbeiterklasse in der Arbeitspraxis der KPÖ, 20.6.1947, Dok. Nr. 44 in Mueller u.a. (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955, S. 413–433, hier S. 421; ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des

ZK der KPÖ, 6.5.1947, S. 2f.

26/ Die Betriebsrätekonferenzen fordern: Zusagen müssen gehalten werden, in: *Volksstimme*, 8.5.1947, S. 2.

27/ Weber, Fritz: Der kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1986 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 25), S. 129f.

28/ Sten. Prot. 51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. GP., 7.5.1947, S. 1433–1444, hier S. 1441.

29/ „Ausländer, Fremde, sind es meist, / Die unter uns gesät den Geist / Der Rebellion. Dergleichen Sünder, / Gottlob! sind selten Landeskin-der.“ (Heine, Heinrich: Gedichte 1845 und 1856. Berlin: Akademie-Verlag 1986, S. 197).

30/ Sten. Prot. 51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. GP., 7.5.1947, S. 1444–1445, hier S. 1445.

31/ Protokolle des Ministerrates, Bd. 6, S. 12.

32/ Gruber, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien: Ullstein 1953, S. 162–164, hier S. 163.

33/ Helmer und Gruber haben Militärpolizei angefordert, in: *Volksstimme*, 7.5.1947, S. 1–2, hier S. 1.

34/ Sten. Prot. 51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. GP., 7.5.1947, S. 1426.

35/ Ebd., S. 1407–1409, hier S. 1409; Der Kanzler beschimpft die Arbeiter, in: *Volksstimme*, 8.5.1947, S. 1.

36/ Vgl. VP befiehlt „Trennungsstrich“ gegen die Kommunisten – die SP pariert, in: *Volksstimme*, 13.5.1947, S. 2.

37/ Protokolle des Ministerrates, Bd. 6, S. 508f.; Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 164.

38/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 6.5.1947, S. 5.

39/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 8.5.1947, Beilage 1: Referat von Johann Kopenig, S. 19.

40/ Kopenig, Johann: An die jungen Kommunisten Wiens. Wien: Stern-Verlag 1947 (Die aktuelle Reihe, Nr. 1), S. 16.

41/ Das Warnungssignal, in: *Volksstimme*, 11.5.1947, S. 2.

42/ Die Betriebsrätekonferenzen fordern: Zusagen müssen gehalten werden, in: *Volksstimme*, 8.5.1947, S. 2; Proteststreiks und Hungerdemonstrationen, in: *Volksstimme*, 11.6.1947, S. 2; Neuerliche Demonstration in Neunkirchen, in: *Volksstimme*, 13.6.1947, S. 2; Proteststreiks gegen den Freispruch, in: *Volksstimme*, 14.6.1947, S. 1; Streik der Steyr-Werke, in: *Volksstimme*, 27.6.1947, S. 1.

43/ Lauscher, Fritz: Die niederösterreichischen Betriebe für die 25prozentige Lohnerhöhung, in: *die arbeit*, 2. Jg. (1948), Nr. 10, S. 9–10, hier S. 9.

44/ Neue Verschärfung der Ernährungslage, in: *Volksstimme*, 3.10.1947, S. 2; Steirische Arbeiter im Kampf gegen den Hunger. Fortdauer der Streikbewegung, in: *Volksstimme*, 4.10.1947, S. 2.

Louis Mahrers geliehenes Leben

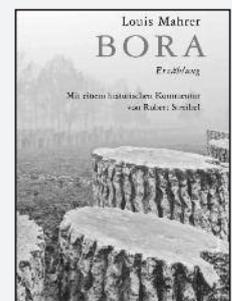
Der Widerstand von zwei Wehrmachtssoldaten in Serbien 1944 und der späte Ruhm der Erzählung „Bora“ (1947).

Die Erzählung „Bora“ des Kremser Louis Mahrer handelt von zwei Wehrmachtssoldaten in Serbien 1944/1944 und wurde bereits 1947 im Wachau Verlag publiziert. Diese Erzählung ist ein Novum in der österreichischen Nachkriegsliteratur, da hier zum ersten Mal der Widerstand von zwei Österreichern in der deutschen Wehrmacht auf dem Balkan und der brutale Krieg gegen die Partisanen und die Zivilbevölkerung geschildert wird. Durch den Bruch zwischen Tito und Stalin 1948 war eine Rezeption dieser Erzählung so gut wie nicht möglich.

Bei der Suche nach den titoistischen Agenten kam Mahrer nicht ins Visier. Ein Freund seiner Einheit, der in der sowjetischen Zone in Deutschland lebende Gerhard Brattke, verlor seinen Job bei der Zeitung. Ein Großteil der Auflage des Büchleins landete in Mahrers Keller. Auch die KPÖ Krems war nicht besonders angetan, die Geschichte zu verbreiten, derzufolge vielleicht ein Kremser mitgeholfen hatte, Tito das Leben zu retten.

In diesem von Robert Streibel herausgegebenen Band wird nicht nur die Erzählung neu aufgelegt, sondern auch die Geschichte des Autors Louis Mahrer, des Kommunisten, Lehrers und Aktivisten der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft* in Krems dokumentiert. Ein spannendes Zeugnis für das Überleben in der Wehrmacht stellt sein Arbeitsjournal dar, war doch die Literatur und das Lesen sein Überlebenselexier.

Louis Mahrer: *Bora. Erzählung. Mit einem historischen Kommentar von Robert Streibel. Weitra: Verlag Bibliothek der Provinz 2017, 215 S., 22,- Euro*



„Nation mit Hindernissen“ und die Hindernisse nationaler Politik heute

Zum 100. Geburtstag von Felix Kreissler

WINFRIED R. GARSCHA

Als der Widerstandskämpfer, Publizist, Universitätslehrer und Volksbildner Felix Kreissler 2004 starb, hinterließ er nicht nur ein Netzwerk von Menschen in beiden seiner „Heimaten“, Frankreich und Österreich, die ihn persönlich hochschätzten, und deren Breite sowohl in politischer als auch beruflicher Hinsicht beeindruckend war, sondern auch ein umfangreiches Oeuvre von Büchern und Aufsätzen zur Geschichte, Kultur und Politik.¹ Sein Hauptwerk war unzweifelhaft „Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozess mit Hindernissen“, die 1984 im Böhlau-Verlag erschienene überarbeitete und erweiterte deutsche Fassung seiner vier Jahre zuvor erschienenen französischen Habilitationsschrift über das Sich-bewusst-Werden der österreichischen Nation.²

Keine Nationsdefinition

Kreisslers Nationswerdungs-Studie, ein über siebenhundert Seiten starkes Buch, ist nicht nur eine gründliche historische Untersuchung, sie enthält auch zahlreiche Überlegungen über das Spezifische an der österreichischen Nation.

Eine Besonderheit an Kreisslers Herangehensweise war, dass „Nation“ für ihn nichts Statisches war, das man definieren könnte; er betonte stets ihren prozesshaften Charakter. Die andere Besonderheit war, dass für Kreissler die Entwicklung von Nationalbewusstsein nur als demokratische, emanzipatorische Aufgabe denkbar war – bezogen auf Österreich folgte für ihn aus dieser Prämisse eine fortwährende Frontstellung zwischen der demokratischen österreichischen Kultur und dem reaktionären Deutschnationalismus. Als Felix Kreissler den „Lernprozess mit Hindernissen“ veröffentlichte, stand der österreichischen Gesellschaft die heftigste Auseinandersetzung über die eigene Vergangenheit noch bevor.

Nur zwei Jahre nach der Publikation des Buches, in der Waldheim-Debatte 1986/1988, taten sich ganz andere Frontlinien auf als die jahrzehntelange Scheidung zwischen deutschnationalen „Ewig-Gestrigen“ und jenen, die am österreichischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus anknüpften. Kreisslers fast noch druckfrisches Buch, das diese Frontstellung in erhellender Weise

wie nur wenige vor ihm und mit einer geradezu üppigen Aufbereitung des historischen Materials dargelegt hatte, wirkte mit einem Male, als ob es Patina angesetzt hätte. Deutlich mehr als dreißig Jahre danach fällt eine „gerechte“ Beurteilung leichter.

In eine Fußnote verpackt hat Felix Kreissler die eigentliche Motivation seines Buches, die ihn all die Jahrzehnte seit der Befreiung beschäftigt hatte: „Als früherer KZ-Häftling in Buchenwald und Mitglied der inneren Résistance im Lager habe ich selbst zahlreiche Diskussionen, vor allem mit deutschen Kameraden, führen müssen, die die Eigenart Österreichs und sein Recht auf eine unabhängige staatliche Existenz nicht verstanden. Diese Diskussionen sind wahrscheinlich mit ein Grund für die vorliegende Arbeit.“³

Kreisslers Arbeit war keine soziologische Untersuchung, welche Faktoren in einer Bevölkerung, die sich selbst nach der Niederlage des Dritten Reiches und der Wiederherstellung eines unabhängigen Österreich mehrheitlich noch als „deutsch“ begriff, jenen Gesinnungswandel bewirkten, der sich in allen Meinungsumfragen seit den späten 1970er Jahren zeigte: Eine überwältigende Mehrheit ist davon überzeugt, einer von der deutschen unterschiedlichen, österreichischen Nation anzugehören. Die Studie war zwar kulturhistorisch angelegt, ist aber trotzdem keine Kulturgeschichte Österreichs im zwanzigsten Jahrhundert. Denn was Kreissler interessierte, war ausschließlich jener Aspekt, den Friedrich Heer in einem nur drei Jahre zuvor erschienenen, fast ebenso umfangreichen Werk als den „Der Kampf um die österreichischen Identität“ bezeichnet hatte.⁴

Das Besondere an der Darstellung dieses „Lernprozesses“ – und gleichzeitig der Hauptgrund dafür, dass das Buch nicht mehr in die gesellschaftliche Wirklichkeit der Waldheim-Debatte „passte“ – war die Bewertung, die schon in der Bezeichnung „Lernprozess“ zum Ausdruck kam. Das war mehr als nur die selbstverständliche moralische Reverenz gegenüber dem Widerstand gegen die Nazi-Barbarei. Der Widerstand repräsentierte für Kreissler das „wirkliche Österreich“.⁵ Für all jene, die in der zweiten

Hälfte der 1980er Jahre vielfältige Bemühungen unternahmen, um die „Lebenslüge“ von Österreich als Hitlers „erstem Opfer“ zu zerstören, war eine derartige Sichtweise schlicht ärgerlich.

Fortleben des Deutschnationalismus

Dieser fundamentale Dissens zwischen der Sichtweise, die das Buch charakterisiert, und jener, die von der Mehrheit der österreichischen Zeitgeschichtsschreibung seit den achtziger Jahren geteilt wird, kann besonders anschaulich in der Bewertung eines Artikels im *Linzer Tagblatt* vom 7. Februar 1945 verdeutlicht werden: Im Leitartikel der oberösterreichischen SPÖ-Zeitung von diesem Tag wurde Österreich als Teil der deutschen Kultur bezeichnet. Der (anonyme) Autor war eine der Führungspersönlichkeiten der oberösterreichischen Nachkriegs-SPÖ, Alois Oberhummer, der unmittelbar nach der Befreiung Mitglied der ersten oberösterreichischen Landesregierung gewesen war, bevor er zu einem der Herausgeber der SPÖ-Tageszeitung berufen wurde. Die amerikanische Besatzungsmacht verhängte nicht nur ein vierwöchiges Erscheinungsverbot über das *Linzer Tagblatt*, sondern verlangte auch Oberhummers sofortige Abberufung und eine offizielle Zurückweisung des Leitartikels durch die SPÖ-Landesleitung. Oberhummer polemisierte in seinem Leitartikel gegen jene, die glaubten, man könne aus der deutschen Nation „austreten“ wie aus einem Verein, einer Partei oder einer Kirche. „Es wäre Volksverrat, wenn wir uns des deutschen Volkes, dessen bester Teil wir sind, schämen würden“. Trotz der abscheulichen Nazi-Verbrechen habe kein Volk, „auch kein Siegervolk – von den kleinen wollen wir gar nicht reden – das Recht, uns unsere Kulturhöhe zu bestreiten“; mit dem „Siegervolk“ war die amerikanische Besatzungsmacht gemeint, die „kleinen“ Völker waren solche wie die Tschechen.

Felix Kreissler ging auf den Artikel ausführlich ein und ereiferte sich: „Eine solche Konzentration des pangermanistischen Giftes, in der man alle Schlager der nationalsozialistischen Propaganda wieder findet, bis zur ‚deutschen Mission‘ Österreichs, die soeben in Blut und

Schlamm untergegangen war, knüpfte – wie wenn nichts geschehen wäre – dort an, wo das Dritte Reich begonnen und aufgehört hatte. Eine solche Sprache – außer daß sie zeigte, daß ihr Autor absolut nichts aus der Geschichte gelernt hatte – mußte für die Verantwortlichen der österreichischen Politik ein Warnsignal sein. Eine Warnung, daß trotz der Begeisterung der Befreiungstage, der [...] großen Worte über die österreichische Kultur, es noch sehr viel zu tun gab, um aus den Worten eine Realität [...] zu machen.“⁶

Dass die amerikanische Besatzungsmacht sich keine Kritik an ihrer Kulturpolitik bieten lassen wollte, erscheint verständlich. Dass aber auch ein ernstzunehmender Wissenschaftler wie Felix

Kreissler nur die „pangermanistische“ Sprache des Artikels kritisierte, das damit ausgedrückte Anliegen aber übersah, verdeutlicht ein Wahrnehmungsproblem. Denn dieses Anliegen war die Anerkennung der Mitschuld der Österreicher an den NS-Verbrechen. Oberhummer wandte sich gegen die Vorstellung, Österreich könne sich durch einen „Austritt“ aus der deutschen Nation von dieser Verantwortung befreien. Es ist bezeichnend, dass die Anerkennung dieser Verantwortung, für die das offizielle Österreich Politik noch 45 Jahre benötigte, in Form eines Fortschreibens der großdeutschen Tradition der Sozialdemokratie erfolgte und der Autor sich dabei außerdem noch verschiedener Ver-

satzstücke der deutschnationalen Terminologie des späten 19. Jahrhunderts bediente, die von den Nationalsozialisten übernommen worden war, die in den 1920er Jahren aber auch in der sozialdemokratischen Publizistik zu finden war: die Vorstellung von der ewigen Deutschheit aller deutsch Geborenen, die Vorstellung, dass jeder, der dem „Deutschtum“ abtrünnig wird, „Volksverrat“ begeht, und natürlich (ohne die Überhöhung des Österreichischen konnten es auch die österreichischen Deutschnationalisten nicht) die Überzeugung, dass die Österreicher die besseren Deutschen seien – eine Idee, der auch die Austrofaschisten einiges abgewinnen konnten. Oberhummers Artikel war selbstverständlich alles andere als Nazi-Propaganda. Kreisslers Wahrnehmungsproblem wird aber verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Nazi-Propaganda sich genau dieser deutschnationalen Traditionen in breiten Teilen der Bevölkerung bedient hatte, um die rassistische „Volksgemeinschaft“ zu konstituieren, in der die Täter die „Zuschauer“ gewissermaßen mit ins Boot holten – ein Vorgang, der noch Jahrzehnte nachwirkte und einer der Gründe für die Schwierigkeiten der österreichischen Gesellschaft war, die Dimension der NS-Verbrechen anzuerkennen.

Felix Kreissler (1917–2004)

Felix Kreissler wurde am 1. August 1917 im Wiener Arbeiterbezirk Meidling geboren, engagierte sich schon als 17-jähriger Mittelschüler gegen die austrofaschistische Diktatur und wurde verhaftet. Kurz vor der Matura von allen österreichischen Mittelschulen ausgeschlossen, emigrierte er 1937 nach Frankreich. Ein Teil seiner Verwandten konnte nach dem „Anschluss“ 1938 fliehen – u.a., weil sein Vater bereits im März 1938, nach der Kapitulation von Bundeskanzler Schuschnigg vor Hitler, die Gefahr für die Familie erkannt hatte, die zwar mit dem Judentum nichts mehr zu tun hatte, nach den Nazi-Gesetzen aber als „jüdisch“ galt, und sich um Ausreisemöglichkeiten umgesehen hatte. Einige Familienangehörige wurden von den Nationalsozialisten ermordet. Nach dem Angriff Hitler-Deutschlands auf Frankreich schloss sich Felix Kreissler der Résistance an, war in Toulouse, Lyon, Grenoble und Nîmes aktiv, wurde mehrfach verhaftet, konnte jedoch jedes Mal fliehen. Nach der vierten Verhaftung, diesmal gemeinsam mit seiner späteren Frau Denise, wurde er ins Gestapogefängnis Lyon eingeliefert und von den Männern Klaus Barbies „verhört“. Er schloss mit seinem Leben ab – und gerade diese Einstellung half ihm, zu überleben. Nicht einmal seine wahre Identität konnte ihm die Gestapo entlocken. Unter dem Namen „Le Brun“ wurde er, als „Franzose“, Mitte Mai 1944 ins KZ Buchenwald verschickt, während Denise ins Frauen-KZ Ravensbrück deportiert wurde. Beide

überlebten, dank der Solidarität von Mithäftlingen, und heirateten, nachdem sie sich wiedergefunden hatten, im August 1945 in Paris. Sofort nach seiner Rückkehr schaltete sich Felix Kreissler in die politischen und kulturellen Aktivitäten der *Österreichischen Freiheitsfront* in Frankreich ein, die sich als Sprachrohr des befreiten Österreich verstand, und half Rückkehrwilligen, nach Österreich zu gelangen.

Er selbst übersiedelte gemeinsam mit seiner Frau Denise 1947 nach Wien, wo er zuerst für die *Russische Stunde* der Ravag arbeitete. Obwohl schon über 40 Jahre alt, begann Félix Kreissler 1959 in Frankreich zu studieren, erwarb schließlich drei Dokortitel und wirkte ab Anfang der 1970er Jahre am Aufbau des Instituts für Germanistik der neu gegründeten Université de Haute Normandie in Rouen mit. Mit der Gründung des Österreich-Zentrums CERA (*Centre d'Études et de Recherches Autrichiennes*) und der Halbjahreszeitschrift *Austriaca* gelang es, die Österreich-Kunde an den französischen Universitäten zu verankern. Kreissler blieb auch nach seiner Emeritierung sowohl politisch als auch wissenschaftlich aktiv, mischte sich in zahlreiche – vor allem österreichische – Debatten ein, ganz besonders nach Bildung der schwarz-blauen Koalition im Jahre 2000. Er starb am 24. Oktober 2004 im Pariser Vorort Montreuil, kurz nachdem er in Wien bei einer Veranstaltung der *Alfred Klahr Gesellschaft* ein streitbares Plädoyer für die Anerkennung der kulturellen Leistungen des österreichischen Exils gehalten hatte.

Widerstand und Exil als das „wirkliche Österreich“

Den deutschnationalen Propagandisten stellte Felix Kreissler das „wirkliche Österreich“ gegenüber. Dieses werde repräsentiert sowohl durch die KZ-Insassen als auch durch jene, die zu der Zeit, als eine freie Meinungsäußerung in Österreich selbst nicht möglich war, ihre Stimme im Ausland erhoben. In den Erklärungen der Exilpolitiker, in den Werken der geflüchteten KünstlerInnen und SchriftstellerInnen, in der Exilpresse erblickte Kreissler die „Stimme des wahren Österreich“.⁷ Deshalb war ihm die Darstellung der kulturellen Leistungen des österreichischen Exils ein zentrales Anliegen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil in einem damals besonders populären Werk zur österreichischen Zeitgeschichte, der „Insel der Seligen“ des Fernsehjournalisten und Zeitungskommentators Hellmut Andics, „die Österreicher selbst“ und „die Emigranten“ gegenübergestellt wurden – ganz im Geiste des ÖVP-Wahlkampfes von 1970, als der amtierende Bundeskanzler Josef Klaus als „echter Österreicher“ präsentiert wurde, was vom Publikum als Anspielung auf den Heraus-

forderer, den jüdischen Emigranten Bruno Kreisky, verstanden wurde: „Die Emigranten“ schrieb Andics, „fanden keine Gelegenheit sich einzumischen [...]. Als die Exilgrößen wieder in Österreich auftauchten, hatten die Österreicher selbst ihr Haus schon bestellt.“⁸

Natürlich wusste Kreissler, auch aus eigenem Erleben, über die Vorurteile derer, die – in ihrem Selbstverständnis – in den Bombennächten ausgeharrt hatten, gegenüber jenen, die sich, als Emigranten, im „sicheren Ausland“ aufgehalten hatten. In einem derartigen Umfeld war es nicht weiter verwunderlich, dass die politischen Parteien jene kulturellen Leistungen nicht würdigten, ja verschmähten. Kreissler sprach von der „Morgengabe des Exils an die wiedererstandene Heimat“.⁹ In einer solchen Formulierung wird auch die tiefe Kränkung spürbar, die dieser Vorgang für jene bedeutete, die ihrer Heimat „nützlich“ sein wollten.

Widerstand und Exil sowie die Beschreibung und Analyse der Versuche der Nationalsozialisten, alles „Österreichische“ auszulöschen, nehmen den größeren Teil des Buches ein. Österreichische Schulbücher sorgten dafür, dass die Bedeutung der gemeinsamen Haft politischer Führer der Bürgerkriegsparteien 1934 in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern für die Herausbildung der Sozialpartnerschaft und den inneren Frieden in der Zweiten Republik fest verankert wurde. Kreissler knüpfte am populären Bild vom „Geist der Lagerstraße“ an, hob dabei aber auch die Rolle hervor, die die politischen KZ-Häftlinge bei der „Bildung und Ausarbeitung des österreichischen Nationalbewusstseins“¹⁰ spielten.

Doch als die „entscheidenden Jahre“¹¹ für die Entstehung und breite Verankerung des österreichischen Nationalbewusstseins sah Kreissler, wie auch die neuere österreichische Historiografie, die Jahre nach 1945. Den „Frühling von 1945“ charakterisierte er als „Erwachen eines neuen nationalen Geistes“.¹²

Die Ausstoßung der Kommunisten aus der neuen „nationalen Gemeinschaft“

Diese österreichisch-nationale Aufbruchstimmung währte jedoch nicht einmal zweieinhalb Jahre. Entsprechend dem Anliegen des Buches, fördernden und hemmenden Entwicklungen für die Herausbildung eines österreichischen Nationalbewusstseins nachzugehen, kommentierte Kreissler den Bruch der Dreiparteienkoalition ÖVP–SPÖ–KPÖ

im Herbst 1947 folgendermaßen: „Mit einem Schlag war nationale Konsens, der auf dem Einverständnis all jener beruhte, die am Widerstand teilgenommen hatten, zu Bruch gegangen. Mehr als das: die Partei jener politischen Denker, die [gemeinsam] mit liberal-konservativen Theoretikern von der Art E. K. Winters, die Grundlagen der österreichischen Nation gelegt hatten, wurde an die Peripherie [gedrängt], ja sogar aus der Gemeinschaft dieser Nation ausgestoßen; die Lage Österreichs als besetztes Land begünstigte eine Art ideologischen Erdbeben, eine wahrhaftige ‚Unterschiebung‘ eines Konzepts des Nationalbewusstseins durch ein anderes. Der Wider-

stand war von all jenen bewußten Österreichern geleistet worden, die sich gegen die deutsche Besetzung, gegen die nazistische Unterdrückung gewandt hatten. Jetzt aber befließigte sich die offizielle Propaganda der beiden großen Parteien, die große Koalition, die sie nach der Ausschaltung der Kommunisten bildeten, als einen neuen Widerstand, als einen Kampf für die ‚vollständige Befreiung‘ darzustellen.“¹³

Die Tatsache, dass spätestens mit Ende 1947 der Antikommunismus die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus als parteienübergreifende Grundlage des politischen Systems ersetzte, wird von nahezu allen Autorinnen und Autoren, die sich mit der österreichischen Nachkriegsgeschichte beschäftigen, hervorgehoben. Was Kreissler „nationale Konzentration“ nannte, bezeichnet die österreichische historische und politikwissenschaftliche Forschung in der Regel als „antifaschistischen Grundkonsens“, wobei der Begriff „antifaschistisch“ an der damaligen Diktion anknüpft. Angesichts des ambivalenten Verhältnisses der neugegründeten ÖVP zur austrofaschistischen Diktatur 1933/34 bis 1938 müsste korrekt von einem „antinationalsozialistischen“ Grundkonsens gesprochen werden. Sichtbarster Ausdruck dieses Konsenses war die Konzentrationsregierung, die nach dem Ausscheiden des einzigen



Felix Kreissler (1917–2004)

kommunistischen Ministers durch die Große Koalition von ÖVP und SPÖ (1947–1966) abgelöst wurde.

Indem sich die politische Führung trotz der vierfachen Besetzung des Landes im Kalten Krieg auf Seiten des „Westens“ positionierte, beendete sie diese kurze „antifaschistische“ Periode, noch bevor die Mehrheit der Bevölkerung, in der antisemitische und antislawische Ressentiments fortwirkten, für diesen Konsens der Eliten gewonnen werden konnte.

Für den neuen, antikommunistischen Grundkonsens hätte es eine überflüssige Belastung bedeutet, sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus – sowohl mit der Beteiligung Tausender Österreicher am Holocaust als auch mit dem Vernichtungskrieg von SS, Polizei und Teilen der Wehrmacht gegen die sowjetische Zivilbevölkerung – auseinander zu setzen. Hingegen erwies es sich für die Popularisierung der Einbindung Österreichs ins „westliche“ Lager als nützlich, die Übergriffe von Teilen der sowjetischen Besatzungstruppen, insbesondere in den ersten Monaten nach der Befreiung 1945, im kollektiven Bewusstsein wach zu halten. Das Resultat hat Felix Kreissler in einem Satz beschrieben: „[...] sehr bald erschienen die westlichen Besatzer als die großen Wohltäter Österreichs, während ‚die Russen‘ mit allen ‚Sünden Israels‘ belastet wurden“.¹⁴

Kreissler nannte diesen neuen Grundkonsens „eine Art Nationalkonsens-Ersatz“, der an Elementen anknüpfte, „die fatal den von der Goebbels-Propaganda verbreiteten Schlagern glichen: Antikommunismus, Antislawismus, chauvinistische Gefühle, ja sogar wieder, wenn auch nur unterschwellige, Anspielungen auf den Antisemitismus“.¹⁵

Dass Kreissler von einer „Ersatz“-Identität sprach, ist wesentlich für sein Nationsverständnis: Die Entwicklung einer österreichischen Identität, die mit dem Fortleben von Elementen der Nazi-Ideologie kompatibel wäre, war für ihn nicht vorstellbar. Ein nationaler Konsens auf einer derartigen Grundlage konnte für ihn daher nur ein Surrogat sein. Dementsprechend sah er auch im „Kampf gegen die pangermanistische Geschichtsklitterung und für die Anerkennung der Existenz der österreichischen Nation“ keine historische Reminiszenz, sondern eine aktuelle Aufgabe.¹⁶

Von der „ideologischen Missgeburt“ zu „Österreich zuerst“

Jörg Haider, der nach der Übernahme der Führung der FPÖ 1986 den Begriff der österreichischen Nation als eine „ideologische Missgeburt“ bezeichnet hatte, initiierte 1995 ein ausländerfeindliches Volksbegehren unter dem Slogan „Österreich zuerst“. Felix Kreissler wollte diesen Schwenk der FPÖ nicht zur Kenntnis nehmen und scherzte gern, an Haiders neuer Linie könne man ersehen, wie stark der Gedanke der nationalen Eigenständigkeit der Österreicher inzwischen verankert sei: Nicht einmal die deutschnationale FPÖ komme darum herum. Eine Analyse des Ausmaßes und des Kontextes dieses Schwenks der FPÖ vom Deutschnationalismus zu einem Chauvinismus, der „die Österreicher“ in den Mittelpunkt stellte, wurde von Kreissler jedoch nicht einmal versucht. Er warnte vielmehr unermüdlich vor dem Fortleben des Deutschnationalismus.

Diese Warnung war durchaus kein „eingefrorener Posthornton“. Die deutschnationale Richtung innerhalb der Freiheitlichen Partei war nie „tot“, sie wurde nur von Jörg Haiders Populismus in den Hintergrund gedrängt. Nach der durch Haider selbst herbeigeführten Spaltung der Partei im Jahre 2005 verblieben die Deutschnationalen mehrheitlich in der „alten“ FPÖ. 2009 gelang es der nun von Hans-Christian Strache geführten Partei, einen Repräsentanten dieser Richtung, Martin Graf („Alter Herr“ der rechtsextremen deutschnationalen Burschen-

schaft „Olympia“) ins Amt des Dritten Nationalratspräsidenten zu hieven. Als bald begann Graf auszuloten, wie weit er als führender Repräsentant der gesetzgebenden Körperschaft der Republik Österreich gehen konnte. Er verteidigte seine jungen Mitarbeiter, die sich bei einem Versandhaus für Neonazis T-Shirts mit einschlägigen Aufschriften bestellt hatten, lud bekennende Geschichtsrevisionisten als Vortragende ins Parlament und begann während des Wahlkampfes für die EU-Wahlen im Juni 2009 eine wüste Auseinandersetzung mit dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde. Als ihm von Zeitungskommentatoren und Politikern vom Bundespräsidenten abwärts vorgehalten wurde, durch eine solche Vorgangsweise den „antifaschistischen Grundkonsens“, auf dem die Zweite Republik beruhe, zu verletzen, wies der freiheitliche Nationalratspräsident eine derartige Interpretation der politischen Grundlagen der Zweiten Republik zurück.¹⁷

Graf hatte insofern allen Grund, sich im Recht zu fühlen, als diese Interpretation sich erst durchzusetzen begann, nachdem Bundeskanzler Franz Vranitzky im Juni 1993 in einem Vortrag an der Hebräischen Universität Jerusalem die wiedererstandene Republik Österreich als „Antithese zum Nationalsozialismus“ erklärt hatte – eine Formulierung, die rasch zu einer gewissen Popularität gelangte und auch von Felix Kreissler in Vorträgen und Stellungnahmen übernommen wurde.

Anknüpfen an subversive, aufrührerische Traditionen

Angesichts des Wiederauflebens von Geisteshaltungen, die das politisch-gesellschaftliche Klima in Österreich seit den späten vierziger Jahren geprägt hatten, stellt sich die Frage, inwiefern die von Felix Kreissler im „Österreicher und seine Nation“ entwickelten Gedanken wirklich obsolet sind. Bereits zum Zeitpunkt der Publikation des Buches hat insbesondere seine Gegenüberstellung des per se expansionistisch-aggressiven Deutschnationalismus und eines selbstbewussten und selbstgenügsamen, an demokratischen Traditionen orientierten österreichischen Patriotismus auch bei seinen Freunden Kopfschütteln ausgelöst. Kreissler selbst hat 1996 in einem umfangreichen „Essay zur österreichischen Identität“ klargestellt, dass es ihm keineswegs um eine Verklärung des Österreichischen im Sinne von k.u.k. Traditionen geht, die er – mit Gerhard

Fritsch – als „austriakische“ Österreich-Ideologie bezeichnete: „Ich bin ein anti-austriakischer Österreich-Bekannter, denn bei den Austriaken überdeckt die Kontinuität die Diskontinuitäten [...]. Meine Österreich-Ideologie gründet sich auf die subversiven, aufrührerischen Traditionen, an denen es in der österreichischen Geschichte nicht mangelt [...]“.¹⁸

Erst im Zusammenhang mit Österreichs bevorstehendem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft/Union, ortete er neben dem Deutschnationalismus und der Habsburger-Nostalgie eine weitere Gefahr: Die neoliberale Propaganda, die alles für „obsolet“ erklärte, was Österreich an sozialen Errungenschaften aufzuweisen hatte. Im Band „L’Autriche, Treizieme des Douze?“¹⁹ argumentierte Kreissler, österreichische Besonderheiten würden sich nicht nur in der kulturellen Spezifik in Musik, Kunst und Literatur äußern, sondern auch in seinen politischen Institutionen (worunter er auch die institutionalisierte „Sozialpartnerschaft“ subsumierte) und in seinem System zur Absicherung der sozialen Sicherheit. Er drückte seine Sorge aus, Österreich werde in der Europäischen Gemeinschaft *diese* nationalen Besonderheiten möglicherweise nicht mehr bewahren können.

Es waren die Versuche, im Zuge des EG/EU-Beitritts Österreichs habsburgische Großmacht-Nostalgien wiederzubeleben, die Kreissler dazu veranlassten, in späteren Arbeiten an einen Aspekt anzuknüpfen, der im „Lernprozess mit Hindernissen“ in der Fülle des dargebotenen Materials fast unterzugehen drohte, der aber insbesondere dort deutlich wurde, wo er auf die Aktivitäten des österreichischen Exils einging. Das Exil ließ er auch im Buch „Kultur als subversiver Widerstand“ immer wieder zu Wort kommen: Kreisslers historische Analyse der Herausbildung einer eigenen nationalen Identität Österreichs verstand sich nicht als eine romantisierende Rückbesinnung auf die einstige Größe, sondern als eine Spurensuche, ein Durchforsten der österreichischen Geschichte nach Optionen auf eine demokratische Zukunft.

Ein weltoffenes Österreich, wie Kreissler es verstand, braucht, wie er schrieb, weder Abgrenzung von den Nachbarn noch Anlehnung an einen „großen Bruder“ oder ein Aufgehen in einem „großen Europa“: „Ich war Patriot in sehr unruhigen Zeiten, wurde gerade damals zum Patriot, weil es mir darum ging, die Wiedergeburt Österreichs noch zu erleben, ja womöglich dazu beizutragen. Und in den ruhigeren Zeiten danach

bin ich Patriot geblieben und wurde nicht zum Nationalisten.“²⁰

Die „nationale Karte“ sticht nicht

Die tiefe Krise des Kapitalismus seit 2009 hat Kreissler nicht mehr erlebt. Davor, dass die als „Reformpolitik“ verkaufte Deregulierung der Kapital- und Arbeitsverhältnisse alle Errungenschaften der letzten Jahrzehnte in Frage zu stellen droht, hat er aber schon in den 1980er Jahren gewarnt. Die – mit einigen sozialen Verzerrungen wie der Senkung der Wochenarbeitszeit garnierte – Politik des Lohndumpings unter dem sozialistischen Präsidenten Mitterrand und nicht erst der soziale Kahlschlag unter seinen Nachfolgern hatte Felix Kreissler mit der in zahlreichen Gesprächen wiederholten Bemerkung kommentiert, Frankreich bewege sich mit Riesenschritten zurück ins 19. Jahrhundert. Und er war davon überzeugt, dass dies die allgemeine Richtung der Entwicklung in Europa darstellt, die auch Österreich nicht verschonen werde. Ganz sicher nicht im Falle eines EG/EU-Beitritts; aber angesichts der bereitwilligen Übernahme dieser Politik durch die Regierenden in Österreich vermutlich auch nicht für den Fall, dass Österreich nicht Mitglied würde.

Das Programm der Sanierung der Verwüstungen, die die Entfesselung des Finanzkapitals verursacht hat, auf Kosten der Opfer dieser Politik, das in Europa in erster Linie von den Institutionen der EU durchgesetzt wird und deren desaströse Folgen nicht nur in Griechenland beobachtet werden können, hat überall zur Rückkehr des Nationalen, zur Wiederentdeckung nationaler und regionaler Traditionen geführt und zu Versuchen von Links bis Rechts, mit einer Art nationalen Sammlung gegen die Zumutungen des internationalen Finanzkapitals anzukämpfen. Jene, die in einer Wiederauflage nationaler Politik ein Rezept zur Verhinderung der völligen Zerstörung der sozialen und demokratischen Errungenschaften sehen, sollten bedenken, dass nationale Traditionen nirgends, auch in Österreich nicht, per se demokratisch waren. Die Gegenüberstellung von demokratischem Österreichertum und reaktionärem Deutschnationalismus war immer problematisch, wenngleich sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit propagandistisch im Interesse der Demokratisierung einer nationalsozialistisch geprägten Gesellschaft einsetzbar war. Angesichts der Erfahrungen der FPÖ-Propaganda der letzten beiden Jahrzehnte, die von einer „Vermählung“ von tradi-

tionellem Deutschnationalismus mit einem Fremdenhass, der an genuin österreichischen Traditionen anknüpft, geprägt ist, wäre ein Rekurs auf die Gegenüberstellung von Deutschnationalismus und österreichischem Patriotismus ein politischer Fehler. Die gemeinsame Basis, die die FPÖ-Propaganda mit Hunderttausenden Österreicherinnen und Österreichern, die mit dem Deutschnationalismus nichts am Hut haben, herzustellen vermochte, lautet: Rassismus. Diesen nur auf den Deutschnationalismus zu projizieren und zu glauben, die Betonung österreichisch-nationaler Traditionen würde dagegen immunisieren, ist ein Irrweg.

Wer im Kampf gegen Entdemokratisierung und Sozialabbau auf die Rückkehr zu nationalen Währungen („Euroexit“) und auf den EU-Austritt setzt, findet sich schnell in einem Boot mit Reaktionen aller Schattierungen. Auf die Angriffe auf das Sozialsystem ist mit sozialen, nicht mit nationalen Aktionen zu antworten; die Auseinandersetzung vom sozialen auf das „nationale“ Kampffeld zu verlagern, führt – insbesondere angesichts der globalen sozialen und ökologischen Herausforderungen – schnell zu nationalistischen „Lösungen“.

Dennoch sind Felix Kreisslers Überlegungen in einem Punkt nach wie vor aktuell und bieten Anknüpfungspunkte auch in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um „nationale“ Antworten auf die Zumutungen des internationalen Finanzkapitals: Es zahlt sich aus, die eigene Geschichte nach demokratischen, emanzipatorischen Traditionen zu durchforsten, ihr Scheitern zu studieren und daraus Schlussfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen. Der Kampf ist tatsächlich lokal, regional und national zu führen – nicht zuletzt deshalb, weil die jeweils eigenen Regierungen näher und somit leichter zu beeinflussen sind als internationale Institutionen. Aber die Lösungsansätze müssen global und solidarisch mit anderen demokratischen Kräften weltweit entwickelt werden.

Anmerkungen:

1/ Der vorliegende Beitrag ist eine aktualisierte Version des Beitrags „Kreisslers magnum opus über den „Österreicher und seine Nation“ – nach einem Vierteljahrhundert neu gelesen“, der 2009 in der von der Universität Rouen publizierten Zeitschrift *Austriaca* erschienen ist: *Austriaca. Cahiers universitaires d'information sur l'Autriche*, 33./34. Jg. (2008/2009), Nr. 67/68, S. 89–96.

2/ Félix Kreissler: La prise de conscience de la

nation autrichienne, 1938–1945–1978. Rouen, Le Havre 1980.

3/ Felix Kreissler: Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozess mit Hindernissen. Wien, Köln, Graz 1984, S. 226.

4/ Friedrich Heer: Der Kampf um die österreichischen Identität. Wien, Köln, Graz 1981, ²2001.

5/ Kreissler: Der Österreicher und seine Nation, S. 222.

6/ Ebd., S. 413.

7/ Ebd., S. 317.

8/ Hellmut Andics: Die Insel der Seligen. Österreich von der Moskauer Erklärung bis zur Gegenwart. Wien, München 1976, S. 78.

9/ Kreissler: Der Österreicher und seine Nation, S. 317.

10/ Ebd., S. 227.

11/ Ebd., S. 373.

12/ Ebd., S. 375ff.

13/ Ebd., S. 422.

14/ Ebd.

15/ Ebd., S. 431.

16/ Ebd., S. 520.

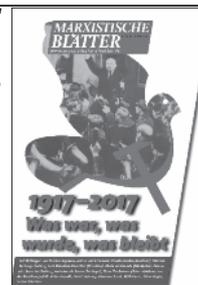
17/ *Profil*, Nr. 24, 8.6.2009.

18/ Felix Kreissler: Kultur als subversiver Widerstand. Ein Essay zur österreichischen Identität. München, Salzburg, Rom 1996, S. 223f.

19/ Felix Kreissler: L'Autriche, Treizieme des Douze? Entre „nostalgies“ et „obsolescences“ quelle identité? [Österreich, dreizehntes der zwölf? Zwischen „Nostalgie“ und „Obsoleterklärungen“ – welche Identität?]. Rouen 1993. (Die Zahl 12 bezog sich auf die damaligen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft.)

20/ Kreissler: Kultur, S. 231.

SONDERHEFT OKTOBER- REVOLUTION



1917–2017 Was war, was wurde, was bleibt

Mit Beiträgen von Michail Krjukow, Jelena und Alexander Charlamenko (Russland), Sitaram Yechury (Indien), José Reinaldo Carvalho (Brasilien), Blade Nzimande (Südafrika), Domenico Losurdo (Italien), Jerónimo de Sousa (Portugal), Hans Hautmann (Österreich) und aus der Bundesrepublik: Peter Brandt, Gerrit Brüning, Raimund Ernst, Willi Gerns, Nina Hager, L othar Schröter

Einzelpreis 12,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

**Neue
Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

www.marxistische-blaetter.de

Herbert Eichholzer – Architektur und Widerstand

HEIMO HALBRAINER

Ich will heimkehren – aber nicht um mich zu bescheiden, sondern um mein Können dort einzusetzen, wo ich mein Bestes geben kann, in der die Zukunft bestimmenden Architektur“,¹ schrieb der in Wien in Haft sitzende Architekt Herbert Eichholzer im August 1942 in seiner Verteidigungsschrift „Mein Weg“. In dieser Schrift versuchte er seine Handlungsweise, die – wie er selbst anmerkte – „vorerst widersinnig scheinen muss“, seinen Richtern am Volksgerichtshof darzulegen. Dabei berief er sich auf das Buch des ungarischen Architekten und Kunsthistorikers Paul Ligeti (1885–1941) „Der Weg aus dem Chaos“,² worin dieser in Anlehnung an Karl Marx und Oswald Spengler eine Deutung des Weltgeschehens aus dem Rhythmus der Kunstentwicklung ableitete.

Eichholzer, der zum Zeitpunkt, als er seine Verteidigungsschrift verfasste, bereits die Anklageschrift des Volksgerichtshofs in Händen hielt, die, wie er in einem Brief an Paulette Gries schrieb, „im wesentlichen dem entspricht, was zu erwarten war“,³ versuchte nun sein politisches und kulturelles Handeln, das er nicht leugnen konnte, der Theorie Ligetis folgend zu erklären. So sei er, wie er ausführte, in den Dreißigerjahren davon überzeugt gewesen, dass die Menschheit sich „am Vorabend einer Revolution von großer Tragweite“ – des Sozialismus, dem Beginn einer neuen Epoche – befinde. Dies habe er auch in der Kunst bestätigt gefunden, die „nicht lügen kann“. Er sei daher auch mit seinem Schaffen als Architekt dem Neuen verbunden gewesen. Für ihn war damals auch klar, dass der Nationalsozialismus, „ein letzter reaktionärer Versuch den Durchbruch des Sozialismus zu verhindern“ sei. Daher sei er 1938 ins Ausland geflohen. Dass er aus der Emigration wieder nach Graz zurückkehrte und sich hier im Widerstand gegen den Nationalsozialismus führend betätigte, versuchte Eichholzer damit zu erklären, dass er in der Türkei im Zuge von Diskussionen zur Einsicht gelangt sei, Deutschland und die Sowjetunion stünden „in der gleichen Front“, was er auch durch die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Abkommens bestätigen gefunden habe. Daher habe er den Beschluss gefasst, in die Heimat zurückzukehren, um „daheim der weiteren Annäherung der beiden aus verschie-

denen Anfängen dem gleichen Ziel zustrebenden Ideologien zu dienen, die mir die beste Gewähr zu bieten schienen, diesen Krieg in einen endgültigen Sieg des geistigen Unterbaus einer neuen Leitwelle zu verwandeln, in den Sieg des Sozialismus; oder konkreter: Anschluss an die fortschrittlichen Kreise im Nationalsozialismus zu suchen, sie mit meinen Gedankengängen bekannt zu machen, bei und mit ihnen für eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit Russland einzutreten, und auf der anderen Seite der am falschen Platze verharrenden Arbeiterschaft, in der ich nach wie vor das tragende Element der Zukunft sah, aus ihrer Mentalität heraus zu zeigen, dass dieser Krieg ein revolutionärer Krieg, dass es ihr Krieg sei, dass dies nicht nur den Zeitungen nach, sondern tatsächlich die nunmehrige Auffassung der KP ist und dass der Weltimperialismus und dessen stille Vertreter im Lande selbst nur im gemeinsamen Kampfe mit den fortschrittlichen Elementen des Nationalsozialismus zu schlagen und ein baldiger Friede zu erlangen sei.“

Er habe deshalb in Graz Kontakte zu fortschrittlich denkenden Nationalsozialisten gesucht, doch aufgrund der Kürze der ihm zur Verfügung stehenden Zeit, diese nicht für sein Vorhaben gewinnen können. Auf der anderen Seite habe er sich mit kommunistischen Kreisen getroffen, denen er den Vorschlag unterbreitet habe, „sich mit den fortschrittlichen Elementen des Nationalsozialismus in eine Front zu stellen und diese Parolen zentral über den illegalen Apparat der KPÖ zu leiten“.

Der nationalsozialistische Volksgerichtshof glaubte ihm diese Argumentation nicht und verurteilte ihn zum Tode. Im Folgenden wird der Weg Eichholzers abseits seiner Versuche, seine Biografie zu verschleiern, nachgezeichnet, wobei neben seiner politischen Sozialisation und dem Widerstand gegen den Austrofaschismus und Nationalsozialismus auch seine kulturpolitischen Aktivitäten in den 1920er und 1930er Jahren vorgestellt werden.⁴

Lehr- und Wanderjahre: Studium und Politik

Herbert Eichholzer wurde am 31. Jänner 1903 in Graz geboren. Er studierte ab Herbst 1922 an der Technischen Hoch-

schule zunächst bei den älteren, der Heimatschutzarchitektur verpflichteten Professoren wie Franz Drobny oder Leopold Cerny Architektur,⁵ ehe er ab Herbst 1926 Schüler des Linzer Architekten Julius Schulte⁶ und des damals jungen Grazer Architekten Friedrich Zotter wurde. Letztendlich entscheidend für Eichholzers Architektur war aber die Auseinandersetzung mit dem Werk Le Corbusiers und hier vor allem sein Volontariat im Atelier von Le Corbusier 1928/29, wo er bei der Planung des Centrosojus für Moskau mitwirkte. Anklänge an die Arbeiten von Le Corbusier sind bei einer ganzen Reihe seiner Arbeiten unverkennbar und wurden bereits von der zeitgenössischen Fachpresse wahrgenommen.⁷

Politisch sei er, wie er beim Volksgerichtshof-Prozess 1942 selbst angab, nach dem Ersten Weltkrieg nationalgroßdeutsch eingestellt gewesen und habe dem *Alldeutschen Verband* angehört.⁸ Doch bereits 1920 trat er aus dem Verband aus und wurde Mitglied der Organisation der „Wandervögel“. Dieser Bund für Jugendwanderungen hatte sich zur Aufgabe gestellt, die Jugend vor den Gefahren der Großstädte zu bewahren und sie in die freie Natur zu führen. Die Verbundenheit mit der Natur, das Wandern, Bergsteigen und Schilaulen sollten ihm übrigens zeitlebens wichtig sein. In den Erinnerungen von Zeitzeugen⁹ ist daher neben Eichholzers Architektur und seiner politischen Haltung immer auch vom Alpinisten, Weltenbummler und Bergsteiger Herbert Eichholzer die Rede. Vor allem seine monatelangen Wanderungen und Entdeckungsreisen Mitte der 1920er Jahre quer durch Europa, Ägypten, Eritrea und Äthiopien¹⁰ sind vielen seiner Zeitgenossen in Erinnerung geblieben und dürften im Leben Herbert Eichholzers eine wichtige Zäsur gewesen sein. Denn bald nach seiner Rückkehr aus Äthiopien und noch während seiner Studienzeit erklärte er 1926 seinen Beitritt zur *Vereinigung sozialistischer Hochschüler*,¹¹ der Studentengruppe der Sozialdemokratischen Partei. Diese gehörte – wie schon die Eigenbezeichnung sozialistisch deutlich macht – zum linken Flügel innerhalb der steirischen Sozialdemokratie. Auch hier waren neben der politischen Schulung die gemeinsamen Wanderungen und Schiurlaube von zentraler Bedeutung.¹² Einer

seiner engsten Freunde, der nachmalige stellvertretende Chefredakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung *Arbeiterwille*, Kurt Neumann,¹³ sollte in seinem Roman „Gefangen zwischen zwei Kriegen“ einen solchen Ausflug schildern, wobei der Protagonist des Romans, der Architekt Peter Wendel, unschwer als Herbert Eichholzer zu erkennen ist.¹⁴

Eichholzers politisches Engagement in den Reihen der Sozialdemokratie setzte zu einem Zeitpunkt ein, als sich das innenpolitische Klima zunehmend zu radikalieren begann und Zusammenstöße zwischen den politischen Lagern – den Linken (Sozialdemokraten und Kommunisten) und den Rechten (Heimwehr, Nationalsozialisten) – zunahm. In dieser sich verschärfenden Situation schlug sich Eichholzer auf die Seite der Linken, deren Kristallisationspunkt in Graz ab 1931 die *Jungfront* war, in der alle zwanzig- bis dreißigjährigen sozialdemokratischen Parteimitglieder erfasst wurden und zu deren Führern Eichholzers Jugendfreund Otto Fischer und dessen Bruder Ernst zählten. Im Jahre 1932 trat Eichholzer zudem dem *Republikanischen Schutzbund*, der sozialdemokratischen Wehrgeschichte, bei.

Inwieweit Herbert Eichholzer innerhalb der *Jungfront* aktiv war, darüber gibt es keine Angaben. Sicher ist, dass die „Jungfront“ sich immer mehr radikalisierte und für viele innerhalb der Sozialdemokratie ein Forum wurde, das von der Parteiführung ein offensiveres Vorgehen gegenüber der Heimwehr und den Nationalsozialisten forderte.

Widerstand und kulturpolitische Aktivitäten im Austrofaschismus

Während Anfang des Jahres 1933 Adolf Hitler in Deutschland Reichskanzler wurde, kam es in Österreich zu einer Parallelaktion, wobei die Regierung Engelbert Dollfuß am 4. März 1933 einen Formfehler bei der Beendigung der Nationalratssitzung zum Anlass nahm, zukünftig ohne Parlament, das ausgeschaltet wurde, zu regieren. Scheibchenweise wurden in den folgenden Monaten demokratische Rechte beseitigt. So folgten der Ausschaltung des Parlaments das Verbot des *Republikanischen Schutzbundes*, die Einführung der Pressezensur, die Einschränkung des öffentlichen Versammlungsrechts und der Demonstrationsfreiheit sowie im Mai 1933 die Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofes und das Verbot der Kommunistischen Partei. Diese zunehmende Faschisierung



Herbert Eichholzer bei der Arbeit.

Österreichs, gegen die die sozialdemokratische Parteiführung nichts unternahm, führte dazu, dass die innerparteiliche Opposition, die *Jungfront*, den defensiven Kurs der Parteiführung immer schärfer kritisierte und im Jänner 1934 zum Kampf gegen den Faschismus aufrief.¹⁵

Einen Monat später, am 12. Februar 1934, war es so weit. In Linz hatte sich der lokale Schutzbundkommandant einer Waffensuche widersetzt und so den Auslöser für jene Ereignisse gegeben, die als „Februarkämpfe“ bekannt sind. Nachdem man in Graz von den Kämpfen erfahren hatte, verfasste Kurt Neumann um die Mittagszeit die letzte Ausgabe des Arbeiterwillen mit dem Aufruf: „Alarm. Alles heraus zum Endkampf gegen den Faschismus! Generalstreik in ganz Österreich ausgerufen!“¹⁶

Herbert Eichholzer war als Mitglied des zwar offiziell am 31. März 1933 verboten aber dennoch weiterbestehenden Republikanischen Schutzbundes an den Kämpfen beteiligt, weshalb er in der Folge verhaftet und in das landesgerichtliche Gefangenenhaus eingeliefert wurde.¹⁷ Ende März 1934 wurde Eichholzer wieder aus der Haft entlassen und durfte – wie viele andere Sozialdemokraten – sich der seit einem Jahr illegalen Kommunistischen Partei anschließen bzw. mit ihr sympathisieren.¹⁸

Während über eine parteipolitische Betätigung Eichholzers bis 1938 keine Informationen vorliegen, findet man in dieser Zeit Eichholzer, neben seiner Tätigkeit als Architekt, als „*Spiritus rector* in einem Künstlerkollektiv“¹⁹ – wie es der Sekretär der Grazer „Sezession“, Gustav Scheiger, in einem Nachruf auf Eichholzer formuliert hatte. So wurde er 1935 Vizepräsident der „Sezession“, der er selbst seit 1932 angehörte und für die er 1935/36 federführend am Projekt „Kunst im Straßenbild“ mitwirkte. Eichholzer war seit 1934 bei allen Ausstellungen der Sezession mit Entwürfen und realisierten Arbeiten vertreten, was neben Begeisterung auch auf massive Ablehnung stieß. Vor allem nachdem 1936 der Ruf nach „Heimatverbundenheit“ in der Kunst immer lauter geworden war, wurden seine Arbeiten in den Medien als „bolschewistisch“, „volksfremd“ und „nicht bodenständig“ denunziert. Insbesondere der Kunstreferent des *Grazer Volksblattes*, Leo Bokh, tat sich hierbei hervor, wenn er zur „Säuberung der Kunsttempel von entarteter Kunst“ aufrief und Eichholzers Haus am Rosenhain als „fragwürdige Behausung“ bezeichnete, gegen die die Behörden energisch einschreiten sollten, denn sie hätte „in einem katholischen und deutschen Österreich keine Berechtigung mehr“.²⁰

Widerstände gegen Eichholzer gab es aber auch innerhalb der Sezession. Vor allem in den letzten Monaten vor dem „Anschluss“ 1938 kam es zwischen Eichholzer und den nationalsozialistischen Parteigängern der Sezession vermehrt zu gegenseitigen Untergriffen und Ehrenbeleidigungen.²¹

Herbert Eichholzer gehörte 1935 auch zu den Proponenten eines Vereins, der sich *Grazer Stadtklub* nannte und vielfach als marxistischer Verein im Umfeld der „Sezession“ genannt wird.²² Da – wie es in den Behördenakten heißt – gegen Eichholzer wiederholt wegen staatsfeindlicher Tätigkeit vorgegangen wurde – der einzige Hinweis in diesen Jahren, dass er in der sog. Kommunistenevidenz geführt wurde –, gestattete die Vereinsbehörde die Gründung des Vereins vorerst nicht. Erst nachdem Eichholzer sich aus dem Verein zurückzog, konnte dieser im Februar 1936 seine Tätigkeit aufnehmen.²³ Auch nach dem Verbot und der Auflösung des Vereins nach der nationalsozialistischen Machtübernahme trafen sich einzelne Mitglieder weiter im Haus Feuerlöcher in Prenning, wo seit Mitte der 1930er Jahre ein Treffpunkt von oppositionellen Grazer Intellektuellen, Künstlerinnen und Künstler war, oder in der von Eichholzer errichteten Villa Leskoschek in Graz. Beide Häuser waren während der NS-Zeit auch „illegale Briefkästen“, über die die Auslandsorganisation der KPÖ mit der Leitung in Graz korrespondierte.²⁴

1937/38 spielte Eichholzer auch beim Zustandekommen der ersten und einzigen Vorkriegsausgabe der Kunstzeitschrift *PLAN* eine ganz wesentliche Rolle. Nachdem Eichholzer im Sommer 1937 über den steirischen Maler Rudolf Pointner den Schriftsteller Otto Basil kennen gelernt hatte, der ihn zur Mitarbeit am *PLAN* einlud, beschaffte Eichholzer mehr als ein Drittel des benötigten Geldes für die Zeitschrift, in der neben den beiden auch noch Rudolf Geist, Theodor Kramer, Fritz Janeba, Carl Rabus, Carl Zahradnik, Anna Mahler, Franz Schacherl, Lois Pregartbauer, Rudolf Pointner und Axl Leskoschek mitwirkten. Diese Zeitschrift kämpfte – wie es im Heft heißt – „für die Freiheit und Unantastbarkeit der Kunst. Wir sind ohne Einschränkung und unbedingt für eine freizügige und fortschrittliche Kunst- und Kulturbetrachtung. Den schöpferischen Geist reglementieren, ihn gleichschalten und einexerzieren, heißt ihn töten. Ein solches Beginnen halten wir für ebenso läppisch wie gefährlich.“

Zudem wolle man die Kunst, die heute „im Fiktiv-Experimentellen, [...] in einer nicht unverschuldeten Isolierung“ lebt, „aus dieser Isolierung“ befreien. „Sie wieder einzuordnen in den Bereich des gesamtgesellschaftlichen Geschehens und Fluktuiers, auch dieser Aufgabe wollen diese Blätter dienen.“²⁵ Nach dem Erscheinen des ersten Heftes kam es im Februar 1938 zu einem heftigen Streit zwischen den Wienern und den Grazern;²⁶ zum einen über die enttäuschende Aufmachung und die Druckqualität des Heftes, was Eichholzer zur Forderung veranlasste, beim nächsten Heft müssten sämtliche Druckvorlagen den Steirern vorgelegt werden, was wiederum die Wiener als Provokation empfanden. Zum anderen waren Eichholzer und Neumann mit der von Basil angestrebten Zielrichtung der Zeitschrift nicht einverstanden: „Ein Heftchen aggressiver, dem Bürger ins Gesicht speiender Kunst, das sich gegen 99 Prozent der österreichischen und der Menschheit überhaupt richtet, ist zweifellos nicht das, was wir uns unter dem Plan vorgestellt haben.“²⁷ Dieser redaktionsinterne Richtungsstreit zwischen den Wienern und den Grazern konnte nicht mehr ausgetragen werden, da einen Monat später deutsche Truppen in Österreich einmarschierten und mehrere Mitglieder des *PLAN*-Kollektivs das Land fluchtartig verließen.²⁸

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Nachdem Bundeskanzler Kurt Schuschnigg am 12. Februar 1938 das Berchtesgadener Abkommen unterzeichnet hatte, versuchte er mit der Parole „*Bis in den Tod rot-weiß-rot*“ gegenüber Deutschland Einigkeit zu demonstrieren, die er zudem mit einer für den 13. März 1938 geplanten Volksbefragung „*für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich*“ untermauern wollte. Obwohl seit 1934 verboten, riefen die illegalen Arbeiterparteien (Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten), die in der *Sozialen Arbeitsgemeinschaft* (SAG) eine legale Plattform gefunden hatten, die „*Arbeiter und Angestellten*“ auf, bei dieser Abstimmung mit JA für ein „*freies, unabhängiges und soziales Österreich*“ zu stimmen.

Herbert Eichholzer wurde innerhalb der SAG aktiv und verteilte noch am 11. März Flugblätter für die geplante Volksbefragung,²⁹ zu der es durch den Einmarsch deutscher Truppen nicht mehr kam. Gemeinsam mit dem Leiter

der SAG, Franz Nemschak, und dem Künstler Axl Leskoschek floh Eichholzer am 13. März nach Triest und von dort weiter nach Paris. In Paris, wo er den Decknamen „Karl Hase“ führte, wurde er innerhalb der „Vereinigung österreichischer Emigranten“ aktiv. Im November 1938 folgte er einem Ruf des Architekten Clemens Holzmeister in die Türkei, wo er bei der Planung des Regierungsviertels in Ankara mitwirkte bzw. ein Projekt für den Aufbau eines Fremdenverkehrszentrums in Bursa entwarf.³⁰ Hier kam es auch zu einem Treffen, das für das weitere Schicksal von mehreren Architekten entscheidend sein sollte, wie die Architektin Margarete Schütte-Lihotzky berichtete: „Im November 1938 erschien bei uns in der Akademie ein charmanter junger Mann, ein österreichischer Architekt. Er kenne mich dem Namen nach, komme aus Paris und arbeite bei Professor Clemens Holzmeister in Tarabya, einem Villenvorort am Bosphorus. Das war meine erste Begegnung mit Herbert Eichholzer, der die Auslandsgruppe der KPÖ in der Türkei aufbaute, die für den Widerstand in Österreich und seine Verbindung mit der Auslandsleitung von Bedeutung werden sollte.“³¹

Eine politische Weichenstellung für den Widerstand im Exil und in Österreich stellte der Abschluss des deutsch-sowjetischen Paktes im August 1939 dar.³² Während führende Funktionäre der KPÖ auf Grund der Auswirkungen des Paktes den Sitz der Leitung in Paris aufgeben mussten, wurde Istanbul immer mehr zur Drehscheibe kommunistischer Funktionäre und Gegner des NS-Regimes. Bei Eichholzer trafen sich neben den Vertretern des Auslandsapparats der KPÖ Erwin Zucker („Schilling“), Karl Zwifelhofer („Bertl“) und Hermann Köhler („Konrad“) auch der aus Graz geflohene ehemalige Sozialminister in der Regierung Schuschnigg und nach dem „Anschluss“ 1938 abgesetzte Rektor der Universität Graz Josef Dobretsberger³³ und der ebenfalls in die Türkei emigrierte Prenninger Fabrikant Herbert Feuerlöcher.³⁴

Als 1939 durch verschiedene Verhaftungswellen in Österreich die Kontakte zwischen der mittlerweile im Moskauer Exil befindlichen Führung der KPÖ und den Widerstandsgruppen im Land abgebrochen wurden, führen im Frühjahr 1940 zunächst Herbert Eichholzer und Ines Viktoria Mayer nach Österreich. Im Dezember folgte ihnen auch noch Margarete Schütte-Lihotzky.³⁵ Um seine Rückkehr nach Graz zu ermöglichen, trat

Herbert Eichholzer an seinen Bruder heran, der daraufhin beim steirischen Gauleiter Sigfried Uiberreither vorsprach. Anschließend schrieb er einen Brief an die Gestapo nach Graz, in dem er auf die Vorsprache seines Bruders hinwies und ein Gesuch um die Rückreise-Erlaubnis stellte.³⁶ Nachdem Eichholzer von der Gestapo Graz die Zusage erhalten hatte, dass von einer Verfolgung gegen ihn abgesehen werde, wenn er sich loyal gegenüber dem Staate verhalte, reiste er Mitte März 1940 von Ankara ab. Über Sofia fuhr er nach Bukarest, wo er, wie er vor Gericht angab, die letzten Schwierigkeiten betreffend seiner Rückkehr nach Graz zu beheben versuchte, in Wirklichkeit aber Therese Ungar, die er als Funktionärin des Auslandsapparats der KPÖ aus Paris kannte, traf. Diese brachte ihn mit dem führenden Funktionär Erwin Puschmann („Gerber“) zusammen, der sich ebenfalls auf dem Weg nach Österreich befand, um von Bratislava (Pressburg) aus die Leitung der Inlandsorganisation der KPÖ zu übernehmen. Über Belgrad, wo Eichholzer sich nochmals mit Puschmann, Willi Frank („Harald“) und Ines Viktoria Maier traf und wo sie die von der KPÖ Führung in Moskau übermittelte „Stellungnahme der KPÖ zum Krieg“ und die zukünftige illegale Arbeit („Direktiven“) erörterten, gelangte er nach Zagreb. Hier besprach Eichholzer mit Julius Kornweitz („Bobby“)³⁷ und Willi Frank die konkreten Aufgaben in Österreich. Demnach sollte Eichholzer „a) von Klagenfurt einen illegalen Grenzverkehr nach Agram über die Anschrift eines Studenten der Technischen Hochschule einrichten, b) in Graz die kommunistische Organisation ermitteln oder aufbauen und die Verbindung zwischen dieser Organisation und dem Auslandsapparat herstellen, c) die in Wien bestehenden einzelnen selbständigen Gruppen zu einer einheitlichen Organisation zusammenfassen.“³⁸

Nachdem Herbert Eichholzer Ende April 1940 nach Graz zurückgekehrt war, wurde er von der Gestapo einvernommen. Dabei gab er – wie bereits vor seiner Abreise in Ankara – die Versicherung ab, „sich von jetzt ab nur noch im Sinne des Nationalsozialismus politisch zu betätigen.“³⁹ Er gab sich, wie ein Schnellbrief der Gestapo Wien am 14. März 1941 über die ersten Ermittlungen betreffend der „Aktion gegen die KPÖ“ festhielt, „den Anschein eines staatsreuen und dem Nationalsozialismus sympathisierend gegenüberstehenden deutschen Reichsangehörigen“, der

„tatsächlich aber an dem Aufbau einer einheitlichen kommunistischen Organisation im Gebiete der Ostmark mitgearbeitet“ hat.⁴⁰

In Graz traf Eichholzer den Schauspieler und Regisseur Karl Drews,⁴¹ den Eichholzer schon seit seiner Schulzeit kannte. Von ihm erhielt Eichholzer einen ersten Überblick über den kommunistischen Widerstand bzw. die Verhaftungen in der Steiermark. Während nach Eichholzers Rückkehr die Leitung um Drews, Josef Neuhold, Anton Kröpfl und Dr. Franz Weiß Kontakte in das weststeirische Kohlenrevier, in das obersteirische Industriegebiet zwischen Knittelfeld und Fohnsdorf und in Umgebungsgemeinden von Graz auf- und ausbauten, knüpfte Eichholzer Kontakte nach Wien und weiter nach Bratislava (Preßburg) zur zentralen Leitung der KPÖ um Puschmann. Zudem meldete er sich im Herbst 1940 freiwillig zur Wehrmacht, um auch hier politisch aktiv werden zu können.⁴²

Neben dem sukzessiven Aufbau der kommunistischen Widerstandsgruppe und der Vernetzung der ganzen steirischen Industriebezirke, verfasste und vervielfältigte die Gruppe zahlreiche Flugblätter, die sie gemeinsam mit der vom Grazer Lehrer und Schriftsteller Richard Zach herausgegebenen illegalen Zeitung *Der Rote Stoßtrupp* an die einzelnen Zellen weiterleiteten. In einem Flugblatt berichteten sie detailliert über die NS-Euthanasie „Am Feldhof“ in Graz bzw. „Am Steinhof“ in Wien, wo von den 6.000 Patienten bereits 4.000 ins „Altreich“ transportiert und ermordet worden seien.⁴³ Dabei sei – wie es im Flugblatt heißt, „als Todesursache Lungenentzündung, Blinddarm- oder Mandelentzündung udgl. angegeben worden. Eine Mutter, deren Tochter auch von Steinhof abtransportiert worden war, wurde benachrichtigt, dass ihre Tochter an Mandelentzündung gestorben sei. Und erhielt gleich die Urne mit der Asche zugestellt. Die Mutter schrieb zurück, dass dies unmöglich ist, da ihrer Tochter schon als Kind die Mandeln herausgeschnitten wurden. Antwort erhielt sie keine, wohl aber dafür eine zweite Urne. [...] Dasselbe erfahren wir von Feldhof in Graz. Nur soll es dort noch nicht dieses große Ausmaß wie in Wien erreicht haben.“ Das Flugblatt schließt mit den Worten: „Kein anständiger Mensch kann mehr in dieser Partei bleiben, die kaltblütig und überlegt kranke und alte Menschen mordet.“⁴⁴

Durch den Spitzel Kurt Koppel, der als Vertreter von Erwin Puschmann alle



Herbert Eichholzer (1903–1943)

Kontakte der Gestapo verraten hatte, wurden Anfang Februar 1941 über 300 Personen festgenommen, unter ihnen auch Herbert Eichholzer.⁴⁵ Unmittelbar nach seiner Verhaftung setzten die Bemühungen ein, Herbert Eichholzer vor der Verfolgung durch den Volksgerichtshof zu bewahren. So sprach sein Bruder bereits am 9. März 1941 beim Gauleiter der Steiermark, Sigfried Uiberreither, vor, der in einem Antwortschreiben meinte: „Ich verhehle Ihnen nicht, dass mir der Fall Herbert Eichholzer auch menschlich eine große Enttäuschung ist, weil ich ihn – an seine Beteuerungen glaubend – für eine berufliche Betätigung in Graz in Aussicht genommen habe.“⁴⁶

Beim Volksgerichtshofprozess, der am 9. September 1942 in Wien stattfand, argumentierte Eichholzer wie er es in seiner Verteidigungsschrift „Mein Weg“ geschrieben hatte. Er stritt alles ab, was ihm nicht bewiesen werden konnte. So meinte er, seine Tätigkeit in Paris habe mit Kommunismus nichts zu tun gehabt, der Besuch der kommunistischen Funktionäre in Istanbul sei ohne sein Zutun geschehen, offenbar habe Neumann ihnen seine Adresse bekannt gegeben und so weiter. Die Tatsache, dass er nach Graz bzw. Wien zurückgekommen und mit Gruppen der KPÖ in Verbindung getreten war, konnte er nicht leugnen, weshalb er sich – wie auch schon Karl Drews in seinem Prozess im Juli 1942 – dahingehend verantwortete, dass er Kommunisten und Nationalsozialisten zusammenführen wollte.

Das Urteil lautete gleich wie bei über 20 vor ihm bereits Verurteilten der um



Gestapo-Fotos von Herbert Eichholzer.

Karl Drews aufgebauten Widerstandsgruppe in der Steiermark. Im Urteil heißt es unter anderem, er habe sich beim Aufbau der illegalen KPÖ in der „Ostmark“ in besonders bedeutsamer Weise eingesetzt und indem er kommunistische Schriften weitergegeben habe, auf die Beeinflussung der Massen durch Verbreitung dieser Schriften abgezielt. Als besonders verwerflich wurde ihm vorgeworfen, dass er in Wehrmachtsuniform an kommunistischen Besprechungen teilgenommen habe: „Er hat damit den gemeinsten Verrat verübt, den er als Soldat begehen konnte. Denn er hat nicht nur das dem Führer durch seinen Fahneneid gegebene Treueversprechen gewissenlos gebrochen, sondern darüber hinaus, obwohl er als Soldat der Wehrmacht die oberste Pflicht hatte, jeden Schaden vom deutschen Volke fernzuhalten, sein Volk durch seine kommunistische Wühlarbeit in größte Gefahr bringen wollen. [...] Wer sich in so schwerer Weise an seinem Volke vergeht, der hat sein Leben verwirkt, für den kann es, damit das Volk wirksam gegen ihn geschützt wird, nur die Todesstrafe als angemessene Sühne geben. Der Angeklagte war deshalb zum Tode zu verurteilen.“⁴⁷

Nachdem das Gnadengesuch, das sein Verteidiger am 17. September 1942 eingebracht hatte, abgelehnt worden war, wurde Herbert Eichholzer am 7. Jänner 1943 in Wien hingerichtet.

Anmerkungen:

- 1/ Herbert Eichholzer: Mein Weg. [Maschinschriftliches Typoskript, 33 Seiten mit 19 Seiten Anhang.] Die folgenden Zitate stammen aus dieser Schrift, die keine Paginierung aufweist.
- 2/ Paul Ligeti: Der Weg aus dem Chaos. Eine Deutung des Weltgeschehens aus dem Rhythmus der Kunstentwicklung. München 1931.
- 3/ Sammlung Heimo Halbrainer, Kopie des Briefes von Herbert Eichholzer an Paulette Griss, Wien, 7.6.1942.
- 4/ Ausführlich zu seiner Biografie und seinem

- Werk siehe: Antje Senarclens de Grancy/Heimo Halbrainer (Hg.): „Totes Leben gibt es nicht.“ Herbert Eichholzer 1903–1943. Architektur – Kunst – Politik. Wien, New York 2004; Heimo Halbrainer (Hg.): Architektur und Widerstand. Herbert Eichholzer 1903–1943. Katalog zur Ausstellung, Graz 7.1.–22.2.1998, Graz 1998.
- 5/ Antje Senarclens de Grancy: „Moderner Stil“ und „Heimisches Bauen“. Architekturreform in Graz um 1900. Wien, Köln, Weimar 2001, S. 188ff.; Dietrich Ecker: Der Architekt Herbert Eichholzer (1903–1943). Dissertation Universität Graz 1984, S. 14f.
- 6/ Hans Arndt/Paul Theer (Hg.): Julius Schulte und seine Schüler. Linz 1933.
- 7/ Robert Graf: Die Rosenbergsiedlung, in: *Bau- Wohn- und Kunstberatung*, 5. Jg. (1936), Nr. 7/8, S. 6.
- 8/ Bundesarchiv Berlin, R 3017/26246, VGH-Urteil gegen Herbert Eichholzer, 7 J 257/41 v. 9.9.1942.
- 9/ Gustav Scheiger: Ist der Architekt Herbert Eichholzer vergessen?, in: *Tagebuch*, 3.11.1956; Florian [d.i. Herbert Feuerlöcher]: Herbert Eichholzer, in: *Wahrheit*, 17.4.1955; Gespräch von Heimo Halbrainer mit Bruno Furch, 23.12.1997.
- 10/ Herbert Eichholzer: Abessinische Reise 1925/26, hg. und eingeleitet von Heimo Halbrainer und Gabriele Anderl, Graz 2004.
- 11/ Hans-Peter Weingand/Werner Winkler: Diese Welt muß unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz 1919–1991. Graz 1992.
- 12/ Ebd., S. 38; *Arbeiterwille*, 23.10.1928.
- 13/ Heimo Halbrainer: Kurt Neumann. Ein vergessener Kämpfer um die Volksfront in Österreich 1937/38, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 23. Jg. (2016), Nr. 1, S. 21–24.
- 14/ Kurt Neumann: Zwischen zwei Kriegen, hg. und eingeleitet von Heimo Halbrainer und Christian Teissl. Graz 2012.
- 15/ *Der Rote Arbeiter*. Organ der Linken in der Sozialdemokratie für Steiermark und Oberösterreich, 2. Jg., Nr.1, Jänner 1934.
- 16/ *Arbeiterwille*, 12.2.1934.
- 17/ Bruno Furch: Rudi Schriebl, in: ders.: Allen Gewalten zum Trotz. 35 Erzählungen über Genossen, Kameraden und Freunde aus acht

- Jahrzehnten. Wien 1993, S. 107–124, hier S. 116.
- 18/ Florian: Herbert Eichholzer, in: *Wahrheit*, 17.4.1955.
- 19/ Gustav Scheiger: Ist der Architekt Herbert Eichholzer vergessen?, in: *Tagebuch*, 3.11.1956.
- 20/ Leo Bokh: Epilog zur Sezessionsausstellung 1937, in: *Grazer Volksblatt*, 10.11.1937.
- 21/ Archiv der Neuen Galerie, Sezessionsarchiv: Protokolle der 145. bis 149. Sitzung.
- 22/ Kurt Wimmer: Damals, 1938. Grazer Zeitgenossen erinnern sich. Graz 1988, S. 126. Zudem hatte der Verein die gleiche Adresse (Paradeisgasse 3) wie das Büro des Sekretärs der Sezession, Gustav Scheiger.
- 23/ Steiermärkisches Landesarchiv, SD IV-Ver. De 21/1953. Der „Grazer Stadtklub“ wurde 1947 als „Demokratischer Klub“ neu gegründet.
- 24/ Heimo Halbrainer: „Postanschrift Villa Leskoschek in Graz“ – Das Haus als Treffpunkt des politischen und kulturellen Widerstands, in: ders./Eva Klein/Antje Senarclens de Grancy: Hilmteichstraße 24 – Haus Albrecher-Leskoschek von Herbert Eichholzer. Graz 2016, S. 97–135.
- 25/ *PLAN*, Nr. 1, Jänner 1938.
- 26/ Basil verwehrt sich gegen die Lagerbildung „Grazer“ und „Wiener“, die aber de facto bestanden hat. Sammlung Heimo Halbrainer, Brief von Otto Basil an Herbert Eichholzer, 28.10.1937.
- 27/ Brief von Kurt Neumann an Herbert Eichholzer, 1.2.1938.
- 28/ Basil gibt in einem Bericht 1969 an, dass 1938 sogar noch zwei Hefte erschienen seien, das dritte allerdings sei bereits von der Gestapo beschlagnahmt worden. Otto Basil, Typoskript, Wien 1969. Basil irrt sich hier, denn der *PLAN* war eine Zweimonatsschrift. Die erste Ausgabe erschien erst Ende Jänner 1938. Daher konnte eine zweite Ausgabe unmöglich vor dem „Anschluss“ im März 1938 erscheinen.
- 29/ Gespräch von Heimo Halbrainer mit Elfriede Neuhold-Geschwinder, 1.4.1996.
- 30/ Clemens Holzmeister/Herbert Eichholzer: Organisationsplan für den Aufbau eines Fremdenverkehrszentrums in Bursa im Uludagmassiv, 7.8.1939. Sammlung Heimo Halbrainer.
- 31/ Margarete Schütte-Lihotzky: Erinnerungen aus dem Widerstand. Das kämpferische Leben einer Architektin von 1938–1945. Wien 1994, S. 36ff.
- 32/ Helmut Konrad: Widerstand an Donau und Moldau. KPÖ und KPČ zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes. Wien, München, Zürich 1978.
- 33/ Peter Autengruber: Univ.-Prof. Dr. Josef Dobretsberger – Vom Bundesminister für soziale Verwaltung zum Obmann der Demokratischen Union, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Jahrbuch 1996, S. 172–203.
- 34/ Über seine Tätigkeit in der Türkei siehe u.a. Peter Pirker: Subversion deutscher Herrschaft. Der britische Kriegsgeheimdienst SOE und

Österreich. Göttingen 2012 (Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 6), S. 148–151.

35/ Bundesarchiv Berlin, R 3017/24826, VGH-Urteil gegen Erwin Puschmann, Margarete Schütte u.a., 7 J 181/42 v. 22.9.1942.

36/ Brief von Herbert Eichholzer an die Geheime Staatspolizei Graz, 1.11.1939.

37/ Hans Schafranek: Julius Kornweitz und Leo Gabler – Auslandsemissäre der KPÖ im Visier der Gestapo, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Jahrbuch 2011. Politische Verfolgung im Lichte von Biographien, Wien 2011, S. 185–208.

38/ Bundesarchiv Berlin, R 3017/26246, ORA beim VGH, Anklageschrift gegen Herbert Eichholzer, 7 J 257/41 v. 4.5.1942, S. 13.

39/ VGH-Urteil gegen Herbert Eichholzer, 7 J 257/41 v. 9.9.1942, S. 7.

40/ Bundesarchiv Berlin, R 3017/26246, Schnellbrief der Gestapo Wien an den Oberreichskriegsanwalt in Berlin, 14.3.1941.

41/ Heimo Halbrainer: Karl Drews. Schauspieler, Regisseur und Widerstandskämpfer, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 23. Jg. (2016), Nr. 4, S. 26–29.

42/ Dies geht aus der Korrespondenz von Herbert Eichholzer mit Anna Feuerlöcher hervor. Auch Margarete Schütte-Lihotzky (S. 107) und der Redakteur des *Neuen Wiener Tagblattes* Milan Dubrovic meinen, er habe sich freiwillig zur Wehrmacht gemeldet, um dort politisch für die KPÖ zu arbeiten. Vgl. Heimo Halbrainer: „Von der Kunst zur Politik“ – Herbert Eichholzer und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Heimo Halbrainer (Hg.): *Architektur und Widerstand. Herbert Eichholzer 1903–1943*. Katalog zur Ausstellung, Graz 1998, S. 60–81; Milan Dubrovic: *Veruntreute Geschichte*. Wien, Hamburg 1985, S. 268.

43/ Heimo Halbrainer: „Dasselbe erfahren wir vom Feldhof in Graz“ – Der Massenmord an kranken, behinderten und alten Menschen und der Widerstand gegen die Euthanasie in Graz, in: Wolfgang Freidl/Werner Sauer (Hg.): *NS-Wissenschaft als Vernichtungsinstrument. Rassenhygiene, Zwangssterilisation, Menschenversuche und NS-Euthanasie in der Steiermark*. Wien 2004, S. 335–344.

44/ Das Flugblatt „Nazikultur“ ist eine Beilage zu: Bundesarchiv Berlin, R 3017/23414, ORA beim VGH, Anklageschrift gegen Gertrude Heinzl, 7 J 276/42 v. 25.8.1942.

45/ Heimo Halbrainer: Widerstand und Verrat – Die Unterwanderung des steirischen Widerstands durch V-Leute der Gestapo, in: Margit Franz u.a. (Hg.): *Mapping contemporary history. Zeitgeschichten im Diskurs*. Wien, Köln, Weimar 2008, S. 321–349.

46/ Sammlung Heimo Halbrainer, Kopie des Briefs von Sigfried Uiberreither an Dr. Alfred Eichholzer, 14.3.1941.

47/ VGH-Urteil gegen Herbert Eichholzer, 7 J 257/41 v. 9.9.1942.

Vertreibung und Vernichtung

Neue quantitative und qualitative Forschungen zu Exil und Holocaust

Symposium des DÖW, 25./26. September 2017, Wien

Forschungen zu verschiedenen Aspekten des Holocaust zählen zu den zentralen Arbeitsschwerpunkten des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes*: zum einen im Bereich der Exilforschung, zum anderen mit der zwischen 1992 und 2001 durchgeführten „Namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaust-Opfer“. Auf der Grundlage des 2006 vom DÖW übernommenen Teilbestandes der Pensionsakten der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Hugo Ebner sowie der „Auswandererkartei“ der IKG Wien führte das DÖW ab 2010 die Projekte „Vertreibung – Exil – Emigration. Die österreichischen NS-Vertriebenen im Spiegel der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Hugo Ebner“ sowie „Die jüdisch-österreichischen NS-Vertriebenen im Spiegel der ‚Auswandererkartei‘ der IKG Wien“ durch.

Trotz der bereits in großer Anzahl vorliegenden Arbeiten zu unterschiedlichen Teilaspekten der Vertreibung, Verfolgung und Ermordung der österreichischen Jüdinnen und Juden war die Analyse der Zusammensetzung der verschiedenen Gruppen innerhalb dieses Opferkollektivs in ökonomischer und gesellschaftlicher Hinsicht sowie nach Kriterien wie beispielsweise Alter oder Geschlecht ein Desiderat. Das Projekt „Vertreibung und Vernichtung. Neue quantitative und qualitative Forschungen zu Exil und Holocaust“ ging Fragen zum sozialen Beziehungsgefüge, zur Geschichte der Vertreibung und Vernichtung und zum späteren Schicksal dieser quantitativ größten Gruppe von NS-Opfern, die auch dem größten Vernichtungsdruck ausgesetzt war, nach. Resultat sind eine sozialstrukturelle Analyse und eine kollektivbiographische Annäherung.

Montag, **25. September 2017**, 13.00–17.00, **Salvatorsaal, Altes Rathaus**, Wipplingerstraße 6–8, 1010 Wien

Begrüßung: Markus Figl (Bezirksvorsteher des 1. Bezirks), Gerhard Baumgartner (Wissenschaftlicher Leiter des DÖW), Brigitte Bailer (Leiterin des DÖW-Projekts „Vertreibung und Vernichtung“)

– Claudia Kuretsidis-Haider: *Der DÖW-Forschungsschwerpunkt „Vertreibung und Vernichtung. Neue quantitative und qualitative Forschungen zu Exil und Holocaust“*

– Andreas Kranebitter: *Jenseits des Zählbaren. Quantitative Auswertungen zu österreichischen Holocaust-Opfern*

– Gerhard Ungar: *Das österreichische Exil im Spiegel der Pensionsakten der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Hugo Ebner*

– Manfred Mugrauer: *Eva Kolmer und die Rückkehrbemühungen des Free Austrian World Movement*

– Ursula Schwarz: *Netzwerke österreichischer EmigrantInnen im argentinischen Exil*

– Brigitte Bailer: *Die besondere Situation für Frauen in Flucht und Vertreibung*

Dienstag, **26. September 2017**, 9.30–17.00, **Salvatorsaal, Altes Rathaus**

– Barbara Staudinger: *Galizische Kriegsflüchtlinge in Wien*

– Eleonore Lappin: *Jüdisches Erzählen über Flucht und Vertreibung im Ersten und Zweiten Weltkrieg*

– Irene Messinger: *Eheschließungen Wiener Jüdinnen mit Ausländern*

Lisa Rettl: *Jüdische Studierende an der Tierärztlichen Hochschule Wien*

– Michaela Raggam-Blesch: *„Sammelwohnungen“ für Jüdinnen und Juden als Zwischenstation vor der Deportation*

– Winfried R. Garscha: *Der Beginn der Deportationen: Das Nisko-Experiment Oktober 1939*

– Martin Krist: *Ermordete und vertriebene Kinder und Jugendliche aus Wien. Didaktische Möglichkeiten und Modelle für den Unterricht*

Dienstag, **26. September 2017**, 19.00 **Podiumsdiskussion** „Flucht und Vertreibung damals und heute“

TeilnehmerInnen: Gabriele Anderl (Historikerin), Evelyn Steintaler (SOS Mitmensch), Friedrun Huemer (Hemayat), Doron Rabinovici (Schriftsteller und Historiker)
Moderation: Judith Brandner (ORF)

Konzeption: Dr. Claudia Kuretsidis-Haider (DÖW), weitere Informationen: www.doew.at

Eva Korčak – Internationalistin und Spanienfreiwillige

Von Kischinow über Rom, Wien und Paris nach Spanien

IRENE FILIP

Nur wenig war bislang über Herkunft und Lebensweg der österreichischen Spanien-Freiwilligen Eva Korčak bekannt. Das Personendossier im Spanienarchiv des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes* (DÖW) bestand aus lediglich vier Dokumenten, die zwar ihren Einsatz in Spanien belegen, aber aus denen weder die richtige Schreibweise des Namens, das genaue Geburtsdatum oder ihr Werdegang hervorgehen. Erst durch den seit einigen Monaten zur Verfügung stehenden Kaderakt aus dem ehemaligen Komintern-Archiv in Moskau ist es nunmehr möglich, die bis dahin dürftigen Angaben wesentlich ergänzen und auch korrigieren zu können sowie weiterführende Recherchen zu machen.¹

Eva Korčak wurde als Hava Andrusier am 8. März 1901 im damals zu Russland gehörenden Kischinow (heute Chişinău/Moldawien) geboren, wo sie mit ihren vier Geschwistern Aron, Lea, Sara und der Zwillingsschwester Marjem aufwuchs. Ihre Eltern Itzik (auch Itsko) und Rifka Andrusier waren aus dem bei Minsk gelegenen Njaswisch nach Bessarabien zugezogen, wo ihr Vater Schuster war und einen Schuhladen betrieb.²

Bereits während ihrer Schulzeit am Gymnasium war sie politisch aktiv und gehörte einer Schülergruppe an. Ab 1918 unterstützte sie, ohne noch Mitglied zu sein, verschiedene Parteiaktivitäten und wurde 1919 Mitglied der *Roten Hilfe*. Im Jahr 1920 ging sie zu einem nicht näher angeführten Universitätsstudium nach Italien, wo sie 1921 in Rom wegen politischer Betätigung verhaftet, nach sechs Monaten freigelassen und anschließend abgeschoben wurde. Nach einer kurzen Zwischenstation in Wien kehrte sie aufgrund einer Erkrankung 1922 in ihre Geburtsstadt zurück. Dort arbeitete sie als Lehrerin und Erzieherin in einem Waisenhaus und in Kinderkolonien, danach für ungefähr ein Jahr bis 1930 in einem jüdischen Spital. In diesen Jahren setzte sie auch ihre Tätigkeit für die *Rote Hilfe* fort und wurde Mitglied der Rumänischen Kommunistischen Partei/Sektion Bessarabien.

Im Jahr 1930 übersiedelte Eva nach Wien und war ab einem unbekanntem Zeitpunkt zuerst im 18. Wiener Gemeindebezirk in der Wallrißgasse 94 und ab

19. Dezember 1930 in der Schöffelgasse 57 wohn gemeldet. Danach folgten Übersiedlungen in den 9. Wiener Gemeindebezirk in die Beethovengasse 5, Türkenstraße 9, D'Orsay-Gasse 11 und zuletzt wieder in die Türkenstraße 9.³

Auch die Zeit in Wien war von politischen Aktivitäten geprägt. So übte sie – 1930 Mitglied der KPÖ geworden – Funktionen als Kassierin und Kurierin aus und war Verantwortliche für den Literaturvertrieb. Sie arbeitete auch in Österreich in der *Roten Hilfe* mit, gehörte dem *Bund der Freunde der Sowjetunion* an und betätigte sich gewerkschaftlich von 1932 bis 1934 in der Freien Lehrgewerkschaft. In ihrem für die Kaderabteilung der Komintern angefertigten Lebenslauf erwähnt sie eine polizeiliche Festnahme und eine ungefähr einmonatige Haftstrafe im Jahr 1933, ohne aber die Gründe näher zu erläutern. Es ist davon auszugehen, dass diese wohl politisch waren.

Ihren Lebensunterhalt in Wien verdiente sie als Lehrerin und im Gesundheitswesen, wie dem St. Elisabeth Krankenhaus und in einer Apotheke. Zur beruflichen Qualifizierung absolvierte sie nach eigenen Angaben Krankenpflegekurse und bildete sich in pharmazeutischen, bakteriologischen, psychologischen und medizinischen Bereichen weiter. Ob diese in einem universitären Rahmen erfolgten, wäre Gegenstand weiterer Recherchen. In den vorliegenden biographischen Dokumenten gibt es Hinweise auf mögliche Universitätsstudien in den Jahren 1921, 1928, 1934 und 1935.

Am 24. März 1933 heiratete Eva den in Wien am 22. April 1901 geborenen Hilfsarbeiter Peter Korčak. Bemerkenswert ist dabei, dass sie sich in der Türkenstraße 9 am Tag der Trauung zwar polizeilich abmeldete, aber nur drei Wochen später unter dieser Adresse am 14. Juni wieder anmeldete und bei Peter Korčak der Vermerk „separat gemeldet“ eingetragen ist. Die Ehe wurde (vermutlich im November) 1935 wieder geschieden.⁴ Auch wenn es keinen Beleg dafür gibt, so könnte dies darauf hindeuten, dass Probleme mit der Aufenthaltsgenehmigung in Österreich – Eva hatte ja bereits eine Haftstrafe hinter sich und war zudem rumänische Staatsbürgerin – (mit) ein Grund für die Eheschließung

waren. Eine Praxis, die in den 1930er Jahren nicht selten war.

Zu Jahresbeginn 1936 wurde Eva Korčak neuerlich verhaftet. In einem Bericht der Staatsanwaltschaft Wien I vom 23.3.1936 wird folgendes Vergehen angeführt: „Bei einer polizeilichen Amtshandlung gegen Hava Korčak wegen Betätigung für die Kommunistische Partei wurde unter den Effekten ein rumänischer Pass gefunden, der Radierungen aufwies. Sie hatte das Geburtsjahr von 1901 auf 1904 und das Alter von 29 auf 27 Jahre verfälscht, weil aber die Fälschung nicht gut gelungen war, die betreffenden Ziffern wieder entfernt. Eine Verwendung des Passes konnte ihr nicht nachgewiesen werden. Ihre Behauptung aber, dass sie den Pass, der auf ihren Mädchennamen [Andrusier] lautet, überhaupt nicht benützen wollte, ist unhaltbar, weil ja sonst die Fälschung keinen Sinn gehabt hätte, zumal da die Fälschung zugegebenermaßen nach ihrer Verhehlung im Jahre 1933 vorgenommen wurde und sie den Pass unter ihren Effekten mittrug. Durch Auffindung des Passes bei der Personendurchsuchung wurde die Vollendung der Tat verhindert. Die Staatsanwaltschaft hat auf Grund dieses Sachverhaltes am 24.2.1936 gegen die Beschuldigte Strafantrag wegen des Verbrechens des versuchten Betruges [...] gestellt. In der Hauptverhandlung wurde sie jedoch [...] freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hat dagegen die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet. [...] Eine Anzeige wegen Betätigung für eine verbotene Partei ist bei der Staatsanwaltschaft Wien I nicht erstattet worden.“⁵ Die Nichtigkeitsbeschwerde musste von der Staatsanwaltschaft aber aufgrund des Freispruchs vom 6. März 1936 zurückgezogen werden, da im Urteil festgestellt wurde, dass „eine Schädigung des Staates in einem bestimmten Rechte nicht nachweisbar sei.“ Und weiter: „Hava Korčak verbüßt derzeit eine polizeiliche Strafe, die am 17.4.1936 zu Ende geht.“⁶

Beweggründe für die Manipulationen an ihrem rumänischen Reisepass gehen aus den zur Verfügung stehenden Unterlagen nicht hervor und Überlegungen dazu anzustellen, wäre spekulativ. Sehr wohl erklären aber können sie die widersprüchlichen Angaben des Geburtsjahrs,

das in manchen Dokumenten des Kaderakts mit 1904 angegeben ist, im dort ebenso enthaltenen und von ihr eigenhändig verfassten Lebenslauf allerdings korrekt mit 1901.

Nach dem Freispruch wurde Eva Korčak aus Österreich ausgewiesen, emigrierte mit Zustimmung der Partei nach Paris und wohnte dort in der Rue Gustave le Bon Nr. 4. Sie arbeitete in der österreichischen Gruppe mit, die Freiwillige zu den Internationalen Brigaden in Spanien weiterleitete. Im Frühjahr 1937 ging sie selbst nach Spanien, wo sie am 8. April ankam und als Krankenschwester im Sanitätsdienst der Internationalen Brigaden in mehreren Spitälern eingesetzt war. Von Vorteil für diese Tätigkeit waren neben ihren Erfahrungen im Gesundheitswesen und in medizinischen Belangen sicherlich auch ihre umfangreichen Sprachkenntnisse. Neben Russisch, Deutsch, Französisch und Spanisch sprach sie auch etwas Rumänisch und Italienisch.

Ihre erste Station war das „Hospital - Radio“ in Murcia, das Teil des dort befindlichen Sanitätszentrums für die Internationalen war. Eine „Kaderbeschreibung“ bescheinigt ihr eine fachlich qualifizierte und sehr gute Arbeit, die sie mit großem Interesse und Enthusiasmus durchführte. Politisch wird sie als interessiert und aktiv sowie geeignet für die Arbeit unter den Frauen charakterisiert. Außerhalb ihres Aufgabengebiets als Oberschwester knüpfte sie – wie viele andere Freiwillige – in ihrer kargen Freizeit auch Kontakte zur spanischen Bevölkerung. Die Österreicherin Gusti Jirku, die für den Internationalen Sanitätsdienst auch journalistisch tätig war, überlieferte uns diese Aktivitäten in ZeitzeugInnenberichten und vermittelt uns in einer Reportage ein sehr persönliches Bild:

„Eva Korčak, eine Österreicherin, die im Hospital für Infektionskrankheiten als

Oberschwester tätig ist, hat durch ihre große Liebe zum spanischen Volk und insbesondere zur spanischen Frau, eine innige Verbindung zwischen den internationalen Patienten des Hospitals, den Krankenschwestern und den Nachbardörfern hergestellt. In fünf Dörfern Süd-Spaniens ist Eva völlig zuhause und wird dort wie eine Schwester geliebt. Mit einigen Patienten, die schon ausgehen dürfen und den spanischen Hilfspflegerinnen – jungen Mädchen aus den evakuierten Frontgebieten – verbringt sie jede freie Stunde im Dorf.

„In Beniaján“, erzählt sie, besuchen wir immer unsere alte Freundin Antonia Maymon – sie wird die Pasionaria von Beniaján genannt. Ihr Leben war hart und freudlos – schwere Feldarbeit, auf dem kleinen Acker, der die Familie nicht satt machen konnte, Arbeit für den Gutsherrn, Arbeit für die hungrigen Kinder! [...] Aber ihre Augen leuchten, wenn die jungen Mädchen und Frauen aus der Casa del Pueblo kommen, dem Hause, das früher einem reichen Faschisten gehörte und jetzt das Kulturhaus des Dorfes ist. In der Casa del Pueblo haben die Frauen von Beniaján Feste für die Verwundeten veranstaltet, den Saal mit Fahnen und Blumen geschmückt. Von den Wänden leuchten die Worte: Es leben unsere Brüder von den Internationalen Brigaden!“⁴⁷

Nachdem durch den Vormarsch der Franco-Truppen die Evakuierung der Spitälern im Süden Spaniens notwendig geworden war, wurde Eva Korčak im Jänner 1938 in das Interbrigaden-Krankenhaus in Huete (Provinz Cuenca) überstellt. Letzte Station war dann ab April 1938 während der Ebro-Kämpfe das in einem Salesianer-Konvent eingerichtete Spital im nördlich von Barcelona gelegenen Mataró. In mehreren Personalbögen aus dieser Zeit wird ihre individuelle und unorganisierte Arbeitsweise

sowie „mangelnde Kooperation mit der Administration“ kritisiert. Eine Anmerkung die vor dem Hintergrund der schweren Kämpfe mit vielen Verwundeten und der dadurch bestimmt nicht immer leichten Arbeitssituation meines Erachtens zu relativieren ist. Hervorgehoben wird erneut ihre Einsatzbereitschaft



Eva Korčak (geb. 1901)

und ein gewisser Erschöpfungszustand nach 17 Monaten ununterbrochener Arbeit: Nie hätte sie eine Arbeit abgelehnt, sondern immer mehr gemacht als sie eigentlich müsste.

Nach der militärischen Niederlage der republikanischen Truppen und damit auch der Internationalen Brigaden wurde Eva Korčak im Jänner 1939 nach Frankreich evakuiert. Aus einem weiteren Dokument geht ein letzter Aufenthaltsort hervor: Paris XIV., Rue Roli 12.⁸ Danach verliert sich die Spur dieser Internationalistin und Kommunistin, die auf ihrem Lebensweg halb Europa durchquerte.

Anmerkungen:

1/ Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI), Moskau, 495/187/1353 (Kopie in DÖW/Spanienarchiv). Dieser Akt enthält mehrere von Korčak verfasste Lebensläufe, Kaderbeschreibungen sowie Informationen über ihre Stationen und die Bewertungen ihrer Tätigkeit in den Internationalen Brigaden. Wenn nicht anders angegeben, so folgen die biographischen Angaben in diesem Beitrag den in diesem Akt enthaltenen Dokumenten.

2/ www.geni.com/people; www.jewishgen.org/bessarabia/files/projects/5BusinessDirectory/Chisinau-town.htm [1.6.2017].

3/ Wiener Stadt- und Landesarchiv, MA 8, Meldedaten.

4/ Ebd.

5/ DÖW 19487/125, Bericht der Staatsanwaltschaft Wien I in der Strafsache gegen Hava Korcak wg. §§ 197,199 d. StG. zum Erlasse Zl. 3499/36.

6/ DÖW 19487/125, Nachtragsbericht der Staatsanwaltschaft Wien I in der Strafsache gegen Hava Korcak zum Erlasse Zl. 3499/36.

7/ Gusti Jirku: Kampf dem Tode! o.O. o.D. [1937], S. 59f.

8/ Bundesarchiv Berlin, SAPMO, SgY V 237/10/140 (Kopie in DÖW/Spanienarchiv).

Krankenhaus der Internationalen Brigaden in Murcia



Botschafter Maiski und die sowjetische Außenpolitik 1932–1943

KARL WIMMLER

Kaum ein Ereignis in der Geschichte des 20. Jahrhunderts steht bis heute so sehr im Mittelpunkt anti-kommunistischer Propaganda wie der Nichtangriffspakt vom August 1939 zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion unter Stalin. Er wird sowohl dazu benutzt, den Kommunismus mit dem Faschismus auf eine Ebene zu stellen, als auch Hitler mit Stalin. Solches ist auch bei den unpassendsten Gelegenheiten üblich. So strahlte beispielsweise „arte“ im Oktober des Vorjahrs anlässlich der 80. Wiederkehr des Bürgerkriegsbeginns in Spanien einen Film¹ aus, in dem die geschlagenen Interbrigadisten in Frankreich „hinter Stacheldraht erfahren (mussten), dass Deutschland und die Sowjetunion am 23. August 1939 einen Pakt geschlossen haben“, weshalb sie sich „nun fragten, welchen Sinn es hatte, dass sich ihre Kameraden in Spanien geopfert haben“. Und das alles nur deshalb, weil Stalin „seinen lang gehegten Plan B“ in die Tat umsetzen wollte, den „Schulterschluss mit Hitler“.²

Andererseits soll nicht unter den Tisch fallen, dass dieser Nichtangriffsvertrag seit seiner Unterzeichnung auch den Kommunistinnen und Kommunisten bis heute außergewöhnliche Schwierigkeiten bereitet hat und bereitet. War er doch einerseits ein noch lange sichtbarer Kristallisationspunkt dafür, dass die Interessen der Sowjetunion nicht deckungsgleich mit den Interessen der kommunistischen Parteien der anderen Länder waren. – Wobei sich eine zusätzliche Schwierigkeit ergab: Nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 richtete sich das (oftmals verzweifelte) Hoffen der Kommunistinnen und anderen Antifaschisten insbesondere in Europa gleichwohl darauf, dass es der Sowjetunion gelingen möge, den Nazifaschismus (samt Mussolini-Italien) zu bezwingen, während bekanntlich die Westalliierten bis 1944 auf dem europäischen Kriegsschauplatz nicht vorhanden waren (ausgenommen Süditalien ab Mitte 1943). Insofern schienen die Interessen der Sowjetunion mit denen der Kommunistinnen und Kommunisten wieder identisch, was nach 1945 auf beiden Seiten noch lange Zeit nachwirkte.

Es ist bis heute für Laien oder historische Nichtspezialisten nicht einfach, zu komprimierten, authentischen Materiali-

en zu gelangen, die die sowjetische Außenpolitik dieser Jahre begreiflich machen. Deshalb ist es einerseits ein Glücksfall, dass Iwan Michailowitsch Maiski, der von 1932 bis 1943 in London als sowjetischer Botschafter amtierte, regelmäßig und ausführlich Tagebuch geschrieben hat, und andererseits dieses Tagebuch von einem renommierten und qualifizierten Historiker entdeckt und verantwortungsvoll ediert wurde. Der 1945 in Tel Aviv geborene Gabriel Gorodetsky, seit 1974 in seiner Geburtsstadt Professor für Geschichte, hat sich von Beginn seiner wissenschaftlichen Tätigkeit an mit Russland und der Sowjetunion beschäftigt, hat über „Anglo-Soviet Relations in the 1920s“ dissertiert und wurde neben anderen Funktionen 1995 als ausländisches Vollmitglied in die Russische Akademie der Wissenschaften gewählt. In dieser Funktion war er auch beteiligt an der Herausgabe der russischen Ausgabe der Maiski-Tagebücher, die die rechtliche Voraussetzung dafür war, dass diese Dokumente auch im Ausland erscheinen konnten.

Das vollständige Tagebuch diesen Zeitraum betreffend umfasst mehr als 1.800 Seiten und wird in englischer Übersetzung in drei Bänden von der Yale University Press zur Publikation vorbereitet. Die vorliegende einbändige Ausgabe erschien zunächst 2015 ebenfalls bei Yale University Press,³ wobei die übersetzte deutsche Ausgabe (um den wissenschaftlichen Apparat ergänzt) auf 896 Seiten rund ein Viertel des Tagebuchtextes sowie der Kommentare des Herausgebers (der dreibändigen Ausgabe) umfasst. Dessen Erläuterungen und Anmerkungen ergänzen das Tagebuch nicht nur durch Unterlagen aus Maiskis Privatarchiv, der Memoirenliteratur und Archive vieler Politiker und Zeitzeugen, sowie Dokumente zahlreicher Institutionen, sondern auch durch Quellen des sowjetischen Außenministeriums. Und man kann als Leser oder Leserin problemlos nachvollziehen, welche Arbeit seinem Herausgeber zufolge in diesem Werk steckt: „Das Buch ist das Ergebnis von mehr als fünfzehn Jahren umfangreicher Forschung und Recherche.“ (S. 30)

Botschafter und Netzwerker

Der 1884 als Sohn eines russisch-jüdischen Lehrerehepaars geborene Iwan

Michailowitsch Maiski wurde als Geschichtestudent 1902 wegen revolutionärer Umtriebe von der Universität St. Petersburg ausgeschlossen und nach Sibirien verbannt, wo er dem Menschewiki-Flügel der russischen Sozialdemokratie beitrug und in der Revolution von 1905 den Sowjets von Samara und Saratow angehörte. Nach einigen Jahren im Exil hauptsächlich in London, wo er den Bolschewiken und späteren sowjetischen Außenminister Litwinow ebenso kennenlernte wie die Feministin und „freie Liebe“-Propagandistin Alexandra Kollontai, 1917/18 erste Ministerin der Welt und später Sowjetbotschafterin in Norwegen und Schweden (mit der er bis zu deren Lebensende 1952 freundschaftlich verbunden blieb), kehrte er nach der Februarrevolution 1917 zurück, wurde ins Zentralkomitee der Menschewiki gewählt, von denen er sich Ende des Jahrzehnts abwendete. Über Initiative Lunatscharskis und mit Zustimmung Lenins wurde er in die Partei der Bolschewiki aufgenommen. (Seine menschewistische Karriere sollte mit dazu beitragen, ihn nach 1943 in eine schlimme politische Bredouille zu bringen.) Von 1925 bis 1929 fungierte er als stellvertretender Botschafter in London, bis 1932 als Botschafter in Finnland. Im August 1943 wurde er aus London abberufen (wie Litwinow als Botschafter in Washington) und zum (einflusslosen) stellvertretenden Außenminister ernannt. 1953 kurz vor Stalins Tod verhaftet, wurde er 1955 zu sechs Jahren Verbannung verurteilt und acht Tage später begnadigt (allein dieser Umstand bezeugt die Absurdität des Verfahrens und der Anschuldigungen). 1960 rehabilitiert, starb er 1975 in Moskau.

Als Maiskis Arbeit 1940 infolge der Weltlage in London auf größere Schwierigkeiten stieß und sein Ansehen auch in Moskau sank, kritisierte sein späterer Nachfolger Fjodor Gussew Maiski in mehreren Briefen heftig, so der Herausgeber. Gorodetsky zitiert ausführlich aus Maiskis fulminanter neunseitiger Stellungnahme, die seine Ansichten über Aufgaben und Tätigkeit eines Botschafters zusammenfasst. Einige Auszüge daraus können seine Tagebuch-Eintragen zusätzlich erhellen: „Das wichtigste und substanziellste Element für die Arbeit eines jeden Botschafters ist der

tatsächliche Kontakt zu Leuten. Es reicht nicht, die Zeitungen zu lesen – das kann man auch in Moskau. Es genügt nicht, mit Büchern und statistischen Berichten zu arbeiten [...], es genügt nicht, ein oder zwei Leute in jeder Gruppe zu kennen. [...] Es reicht ganz einfach nicht aus, Kontakte zum Beispiel mit dem Außenminister und seinem Stellvertreter zu haben. Sondern man muss auch den Leiter des Northern Department des Foreign Office kennen, denn die UdSSR fällt in seinen Zuständigkeitsbereich. [...] Zur Natur dieser Kontakte. [...] Soll ein Kontakt nach unseren Maßstäben nützlich sein, so muss es ein sehr viel engerer Kontakt sein. Das bedeutet, man muss mit der Person mehr oder weniger regelmäßig zusammentreffen, sie zum Frühstück oder zum Dinner einladen, sie zu Hause besuchen, sie hin und wieder ins Theater einladen, nötigenfalls an der Hochzeit ihres Sohnes oder ihrer Tochter teilnehmen, ihr an ihrem Geburtstag Glückwünsche überbringen, ihr gute Besserung wünschen, wenn sie krank ist. Erst wenn diese Person einem etwas nähergekommen ist [...], beginnt ihre Zunge sich zu lösen, und erst dann beginnt man, von dieser Person etwas zu erfahren oder ihr andersrum die richtigen Ideen in den Kopf zu setzen. [...] Es gezeichnete uns zum Vorteil, dass ich dank meiner alten Bekannten aus den Jahren der englisch-sowjetischen ‚Freundschaft‘ in der Lage war, mit vielen Leuten (Lloyd George, Leighton, Beaverbrook, Churchill, Eden, Vansittart und anderen) ‚schlicht‘ zu verkehren – es war und ist nicht nötig, ihnen jedes Mal, wenn ich sie brauche, ein Frühstück oder ein Mittagessen zu bieten, und manchmal konnte ich sie einfach anrufen oder auf den Korridoren des Parlaments treffen.“ (S. 408ff.)

Maiski entwickelte sich zu einem Meister dessen, was man heute vielleicht als Weben eines Netzwerks bezeichnen würde. Auch über die Regierungsfunktionäre im engeren Sinn hinaus knüpfte er Kontakte und entwickelte – nicht selten gemeinsam mit seiner Frau Agnia – haltbare Freundschaften zu Künstlern wie dem Schriftsteller G. B. Shaw und dessen Frau, oder Beziehungen des gegenseitigen Respekts zu Politikern aller Parteien, Journalisten und anderen Personen des öffentlichen Lebens.

Schwerpunkt 1934–1939

Nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund 1934 und dem unmittelbar darauf folgenden Eintritt der Sowjetunion standen deren Bemühun-

gen, eine Anti-Hitler-Koalition insbesondere mit Frankreich und Großbritannien als Teil eines Systems der kollektiven Sicherheit zustande zu bringen, im Mittelpunkt ihrer Außenpolitik.⁴ Maiskis Tagebuch ist dafür ein anschaulicher Beleg. Sein diesbezügliches Wirken ist unzweifelhaft und entspricht voll und ganz den Zielen der Moskauer Zentrale. Einige besonders charakteristische Zitate aus diesem Tagebuch sowie manche Kommentare des Herausgebers hebe ich in einem gesonderten Textteil hervor. Ausdrücklich ausgespart bleibt hier seine bedeutsame Tätigkeit beim Schmieden des Bündnisses mit England, Frankreich und den USA nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion 1941. Die letzte Tagebuch-Eintragung in dem nun vorliegenden Buch datiert vom 2. Juli 1943 und beginnt mit: „Morgen fliege ich nach Moskau“. Jene Verwerfungen, die seine letzten drei Lebensjahrzehnte trübten, werden zwar vom Herausgeber Gorodetzky in zwei knappen abschließenden Kapiteln erörtert, authentische Aussagen von Maiski gibt es dazu jedoch nicht. Allerdings war es kein abrupter Absturz ins Bodenlose. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 beispielsweise saß er neben Stalin, allerdings wohl hauptsächlich als Dolmetscher.

In Hugo Portischs 1991 erschienenem illustrierten Geschichtsbuch über die Sowjetunion heißt es unter anderem: „In seiner [...] Rede auf dem XVIII. Parteitag, am 10. März 1939, lässt Stalin folgenden Satz einfließen: ‚Wir müssen bedacht sein, dass unser Land nicht durch Kriegshetzer, die gewohnt sind, andere Leute die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, in einen Konflikt verwickelt wird.‘ Das ist, wie sich bald herausstellt, als Signal gemeint, als ein Signal an Hitler. Das Wort Kriegshetzer ist dem Jargon Hitlers entnommen, mit Kriegshetzer bezeichnet dieser Briten und Franzosen. [...] In der deutschen Botschaft in Moskau wird das Signal verstanden und mit Nachdruck nach Berlin gemeldet.“⁵ – Lassen wir dahingestellt, ob es wirklich klug und plausibel ist, das Wort „Kriegs-



Der sowjetische Botschafter in London Iwan Maiski (1884–1975) am 29. April 1939 am Pariser Flughafen Le Bourget.

hetzer“ justament nur dem „Jargon Hitlers“ anzudichten. Bereits in der Einleitung des Herausgebers der Tagebücher kann man folgendes lesen: „Schon Ende 1937 gab Maiski Stalin eine Empfehlung für den Umgang mit den Protagonisten der Appeasement-Politik. ‚Lassen wir die >westlichen Demokratien< gegenüber den Aggressoren Farbe bekennen. Was hätten wir davon, für sie die Kastanien aus dem Feuer zu holen? Mit ihnen zusammen kämpfen – auf jeden Fall; sich als Kanonenfutter für sie hergeben – niemals!‘“ (S. 27f.) In einer späteren Anmerkung weist Gorodetsky ausdrücklich darauf hin: „Stalin übernahm Maiskis ironische Kommentare später in seiner berühmten ‚Kastanien‘-Rede vom März 1939 [...]“ (S. 840) – Es handelte sich einfach um die jahrelange, offizielle, nicht geheim gehaltene Sowjethaltung. Sie blieb in Berlin niemandem verborgen – während Hugo Portisch dämonisiert und mystifiziert.

Gorodetskys Herausgeberschaft ist zu Recht vom Respekt getragen, den er für den jahrelangen Kampf Maiskis empfindet, das ohne sein Verschulden erst nach dem Angriff auf die Sowjetunion Wirklichkeit gewordene Bündnis gegen Hitlerdeutschland und seine Verbündeten zustande zu bringen. Dass der Historiker dabei manchmal versucht, insbesondere die 1940er Jahre betreffend, dessen Handeln im Widerspruch zu verschiedenen Moskauer Positionen darzustellen, verschiedene unterschiedliche Auffassungen betont oder mit bestimmten Richtungskämpfen in Verbindung bringt, kann man vernachlässigen. Für den Israeli Gorodetsky ist es naheliegend, dazu auch Maiskis jüdische Herkunft in manchen Situationen besonders in den Vordergrund zu rücken. Das entspricht wohl manchem westlichen Narrativ über die Sowjetunion dieser Zeit, erscheint bisweilen aber doch zu oberflächlich. Wobei Gorodetsky hier vergleichsweise sehr zurückhaltend argumentiert. Recht zu geben ist Gorodetsky jedenfalls darin, dass vor allem gegen Ende der Karriere Maiskis dessen menschewistische Vergangenheit eine Rolle spielte. Und er zitiert dafür einen in dieser Hinsicht unverständigen Zeugen, den späteren

Außenminister Andrei Gromyko, der in seinen Memoiren schrieb, Maiskis Arbeit in London sei in Moskau „mit einem gewissen Misstrauen registriert worden. [...] Die politische Vergangenheit dieses Mannes überschattete alle Einschätzungen seiner Arbeit.“⁶⁶

Bei all seinen Seitenblicken auf den Terror der 1930er und 1940er Jahre und andere Verwerfungen scheint allerdings auch Gorodetsky zu wenig zu berücksichtigen – was dem Westen verpflichtete Historiker, Journalisten und Propagandisten häufig völlig unter den Tisch fallen lassen –, wie sehr die ersten Jahre der Sowjetunion die internen Auseinandersetzungen und die Art ihrer Austragung in den folgenden Jahrzehnten geprägt haben. Gerade im hundertsten Jahr nach der Oktoberrevolution sollte man sich daher daran erinnern, womit unter anderem der neue Staat zwischen 1918 und 1920 konfrontiert war:

Da „landen zunächst britische Truppen in Murmansk und Archangelsk. Damit bilden sie einen Brückenkopf, von dem aus sie den Marsch auf Petrograd antreten können. [...] Das mit den Westmächten verbündete Japan entsendet das weitest große Truppenkontingent aller Interventionen.“ Beginnend im April 1918 in

Wladiwostok „erreichen [sie] in wenigen Monaten eine Stärke von 70.000 Mann.“ Das Ziel sind u.a. die Bodenschätze Sibiriens. Und weiter: „Also erscheinen auch die Amerikaner mit ihrer Flotte vor Wladiwostok und landen eigene Truppen. Da militärische Operationen von der amerikanischen Regierung aber immer moralisch begründet werden, erklärt Washington, dass die US-Truppen in Sibirien landen würden, um jenen Tschechen und Slowaken zu Hilfe zu eilen, die versuchen, über die transsibirische Eisenbahn nach Wladiwostok zu gelangen, um von dort nach Europa transportiert zu werden.“ [Um dort an der Westfront den Sturz des Habsburgerreiches voranzutreiben.] Aber die USA „rüsten sie zusätzlich aus und schicken sie in den Kampf gegen das bolschewistische Russland. Das besorgt die [tschechoslowakische] Legion auch gründlich. [...] Eigene französische Truppenkontingente landen auf der Krim und im Kaukasus. Hauptziel der Franzosen und auch der Briten in diesem Gebiet ist die Besetzung der Erdölfelder von Baku, zum damaligen Zeitpunkt sind es nicht nur die einzigen erschlossenen Erdölfelder Russlands, es sind auch die größten der Welt. [...] An der Intervention im und gegen

Eintrag vom 10. Februar 1935: „*MacDonald und Simon* [Labour-Premierminister bzw. britischer Außenminister, Anm.] [...] *führen eine systematische Kampagne, [...] das Augenmerk ausschließlich auf Fragen der westlichen Sicherheit zu lenken. Sie geben, anders gesagt, Hitler zu verstehen: Lass Frankreich und England in Ruhe, dafür kannst du in Osteuropa machen, was du willst.*“

Eintrag vom 22. März 1935: „*Um 16 Uhr verabschiedete ich Eden am Flughafen von Croydon. [zu seinem Flug nach Berlin, wo] Eden und ich uns am Abend des 26. [...] treffen und von dort aus durch Polen nach Moskau fahren werden.*“ [Den Besuch hatte Maiski eingefädelt, Anm.]

Kommentar des Herausgebers Gabriel Gorodetsky: „Eden [britischer Außenminister 1935–1938, 1940–1945 und 1951–1955, Anm.] versuchte es zunächst mit Schmeicheleien, wurde aber von Stalin ziemlich brüsk unterbrochen. Im weiteren Verlauf musste Eden, von Litwinow in die Enge

getrieben, zugeben, dass der Hauptunterschied zwischen dem britischen und dem sowjetischen Standpunkt darin bestand, dass [Großbritannien] die deutsche Politik nicht für aggressiv hielt.“

Eintrag vom 10. März 1936: „*Die Weisungen von M.M.* [sowjetischer Außenminister Maxim M. Litwinow, Anm.] *sind gekommen. Sie decken sich voll und ganz mit dem, was ich gestern Cranborne [1935–1938 parlamentarischer Unterstaatssekretär im Außenministerium, Anm.] sagte.*“

Kommentar: „Seiner persönlichen Überzeugung Luft machend warnte Maiski vor dem von Hitler vorgeschlagenen Nichtangriffspakt mit der Tschechoslowakei und Österreich. Er rechnete damit, dass die Deutschen eine innenpolitische Agitation inszenieren würden, die ‚in einen ANSCHLUSS münden‘ werde.“

Eintrag vom 1. Juli 1937: „*Unterredung mit Lloyd George* [britischer Premierminister während des Ersten Weltkriegs, später Unterhaus-Abgeord-

nete, Anm.]. [...] *Die Unsrigen sind ein reines Unglück. [...] Chamberlains ‚großer Plan‘ läuft auf Folgendes hinaus: im Laufe des nächsten Jahres Frieden mit Deutschland und Italien zu schließen und einen Viererpakt zustande zu bringen. Im Hinblick auf Mittel- und Südosteuropa ist Chamberlain bereit, sich mit vagen Nichtangriffsversprechungen der Diktatoren [Adolf Hitler und Benito Mussolini, Anm.] zufriedenzugeben. Ihr Land [die Sowjetunion, Anm.] soll aus dem europäischen Konzert ausgeschlossen und sich selbst überlassen werden.*“

Kommentar: „Lloyd Georges Einschätzung traf ins Schwarze und veranlasste Maiski, von da an die Position zu vertreten, Chamberlain sei fest entschlossen, einen Viermächtepakt ohne die Sowjetunion zu schmieden und den deutschen Kurs der Expansion nach Osten direkt zu unterstützen.“

Eintrag vom 14. September 1938: „*Unglaublich! Der Regierungschef des britischen Empire vollführt mit dem Hut in der Hand einen Canossagang zum*

das bolschewistische Russland beteiligen sich mit kleineren Kontingenten eine Reihe weiterer Länder der Weltallianz [...] Italien [...] Serbien [...] Griechenland [...] chinesische Verbände. Rumänien besetzt gleich eine ganze Provinz, Bessarabien, ein Teil des heutigen Moldawien. Und natürlich stehen auch noch deutsche, österreichisch-ungarische und türkische Truppen auf russischem Gebiet. [...] Das selbständig gewordene Finnland interveniert mit Freiwilligenverbänden im Baltikum, und einige Freiwillige treffen dort auch aus Schweden ein.“

Innere Folgen der ausländischen Intervention

Das alles sind keine Neuigkeiten, dennoch firmieren diese Ereignisse insbesondere in den westlichen Revolutionsnarrativen fast durchgehend lediglich als „Bürgerkrieg“, weshalb ich für diesen kurzen Exkurs keinen sowjetischen oder kommunistischen Autor heranzog, sondern den beliebten Antikommunisten Hugo Portisch.⁷ All diese Interventionisten hatten nicht nur ihre unterschiedlichen Interessen, sondern auch ihre Ansprechpartner, Kontaktgruppen, Einflusssphären, Verbündeten, Brückenköpfe in

der Gesellschaft des gestürzten Zarenreiches. Faktisch hatten alle Parteien, von den Zarentreuen bis hin zu den Menschewiken und Sozialrevolutionären, irgendwann in irgendeiner Weise eine ausländische Option. Und selbst die führenden Bolschewiki waren bekanntlich mit Unterstützung des Deutschen Reiches aus der Schweiz durch Deutschland nach Russland gelangt. Portisch kommentiert schließlich: „Wenn man sich heute auf einer Landkarte die Verteilung der weißen und roten Truppen in den Jahren 1918 bis 1920 ansieht, kann man sich nur wundern, dass es den Weißen nicht gelungen ist, die Roten zu besiegen.“⁸ (Und er kommt zum Schluss, dass der Grund für den letztlichen Sieg der Bolschewiken schließlich darin lag, dass die Verbündeten der ausländischen Aggressoren im Unterschied zu den Bolschewiken „weder einen militärischen, noch einen politischen Plan [hatten], was nun in Russland geschehen soll“.)

Lassen wir alle anderen Umstände dieses Geburtsjahre der Sowjetunion für heute dahingestellt. Allein diese Fakten aus der antikommunistischen Werkstatt des Journalisten Portisch belegen zur Genüge, dass alle wesentlichen Mächte der damaligen Welt nicht nur Gegner

dieses aus der Oktoberrevolution hervorgegangenen neuen Staates waren, sondern ihn, übergangslos aus dem nicht zuletzt auch für Russland verheerenden Ersten Weltkrieg hervorgegangen, mehr als zwei Jahre lang auch unter Benutzung inländischer Gegner militärisch in die Knie zwingen wollten. Kann man da annehmen, dass diese Konstellationen für den weiteren Weg dieses Staates folgenlos geblieben sein können? Liegt es nicht auf der Hand, dass solche Umstände auch das innenpolitische Klima der Sowjetunion auf Jahrzehnte hinaus prägen, in vieler Hinsicht auch vergiften mussten? Welche Wunderdinge müsste man eigentlich einer sowjetischen Führung – egal mit welchen Personen besetzt – zuschreiben, die in der Lage gewesen sein sollte, nach dem Sieg über die Weißen bzw. die Interventionsmächte einen friktionsfreien, harmonischen, alles, zumindest alles „Linke“ samt Proletariat und Bauernschaft eingemeindenden sozialistischen Aufbau auf den Weg zu bringen? Insbesondere für die auch mit der Person Stalins in Verbindung zu bringende nachgerade pathologische Manie, sämtliche innenpolitischen Differenzen, Debatten, Zwistigkeiten, Probleme ständig auf äußere Feinde zurückzu-

deutschen ‚Führer‘. So tief ist das britische Bürgertum gesunken!“

Eintrag vom 6. Mai 1939: „Halifax bestellte mich zu sich [...]. Die britische Regierung sieht sich nicht in der Lage, unsere Vorschläge zu einem Dreierpakt zu akzeptieren, weil sie glaubt, dass ein solcher Pakt nur andere Mächte abschrecken werde [...] Ich brachte meine große Enttäuschung zum Ausdruck. Die britische Regierung hat drei Wochen gebraucht, um unsere Vorschläge zu prüfen, und nach dieser Zeit des Kreißens gebiert der Berg eine Maus.“

Kommentar: „Auch die Entscheidung Stalins, die deutsche Option in Betracht zu ziehen, war Ausfluss eines sich immer mehr verdichtenden Verdachts, Großbritannien und Frankreich seien entschlossen, Hitler nach Osten abzu drängen. [...] Anfang Juni, als die sowjetische Regierung ihren Entwurf für einen Dreierpakt an London übermittelte, erteilte Stalin Molotow handschriftlich die Anweisung herauszufinden, ob die Deutschen es ernst meinten [...]. Stalin setzte Leitlinien für die Ver-

handlungen fest und erstellt eine Liste benötigter Importgüter, darunter wichtige Rüstungsgüter, offensichtlich in der Absicht, den guten Willen der Deutschen auf die Probe zu stellen. [...] Erst am 17. August, nach dem ergebnislosen Abbruch der unglückseligen militärischen Verhandlungen [der Briten mit Moskau, Anm.], sprach Molotow gegenüber Schulenburg [deutscher Botschafter in Moskau, Anm.] die Möglichkeit eines Nichtangriffspaktes und eines ‚Sonderprotokolls‘ an, das die Interessenssphäre der beiden Länder behandeln sollte. Über den Text eines solchen Abkommens verständigten sich beide Seiten am 19. August. Zwei Tage später wandte Hitler sich persönlich an Stalin und unterbreitete ihm etwas, das man kaum anders als ein Ultimatum nennen kann: Er forderte Moskau auf, Ribbentrop innerhalb der nächsten Tage zwecks Unterzeichnung der Vereinbarung zu empfangen.“

Eintrag vom 3. Oktober 1939: „Heute gab Chamberlain dem Parlament seine Einschätzung der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen. [...] Der PM [Pre-

mierminister, Anm.] hat uns nicht den Krieg erklärt. Er hat nicht einmal gewagt, den Vertrag von Moskau zu verurteilen.“

Eintrag vom 6. Oktober 1939: „Die Hauptsache, über die Churchill mit mir zu so später Stunde zu sprechen wünschte, war der Stand der englisch-sowjetischen Beziehungen. [...] Sein Ausgangspunkt ist der, dass die grundlegenden Interessen Großbritanniens und der UdSSR nirgendwo kollidieren. [...] Wir sollten uns die Kritik und die Empörung, die in Großbritannien gegen den sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt und gegen die anschließenden Schritte der sowjetischen Regierung laut geworden sind, nicht zu sehr zu Herzen nehmen. [...] Wenn die baltischen Staaten ihre Selbständigkeit verlieren müssen, ist es besser für sie, in das sowjetische Staatensystem eingegliedert zu werden als in das deutsche. [...] ‚Für Deutschland muss gelten: Bis hierher und nicht weiter! Besonders wichtig ist es, dass Deutschland der Griff nach dem Schwarzen Meer verwehrt wird.‘“



führen, wird der reale Hintergrund auch dort zu suchen sein, wo der junge Staat sich tatsächlich gegen eine Übermacht an äußeren Feinden zu behaupten hatte.

Wäre es nicht eine lohnende Aufgabe für heutige und künftige Historikergenerationen, „Historikerstreite“ wie jenen kindischen, oberflächlichen, von Ernst Nolte vom Zaun gebrochenen hinter sich zu lassen und darüber zu forschen und zu streiten, wie die Vernichtungspolitiken imperialer Mächte, „die immer moralisch begründet werden“, zu jenen Deformationen und Verirrungen beigetragen haben, die mit dazu führten, der Sowjetunion schließlich das Genick zu brechen? (Wobei, abgesehen von der historischen Forschung, der Streit unter heutigen Linken, Sozialisten oder Kommunisten darüber, wann dieses Genick brach, jedenfalls seit 1989 müßig sein sollte.)

Parallel dazu ist den Tagebüchern Maiskis zu entnehmen, dass es 1939 wie in den Jahren 1918 bis 1920 um das von den Westmächten zur Disposition gestellte Existenzrecht des Staates Sowjetunion ging, weshalb diese Tagebücher auch ausreichende und präzise Angaben dafür liefern, dass der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt von 1939 alles andere darstellt als eine „Verbrüderung zweier böser Systeme“ oder ein „Einvernehmen von Diktatoren“, sondern einen Notwehrakt auf sowjetischer Seite infolge der verhängnisvollen, egoistischen, kurzsichtigen Politik der Westmächte.⁹ Weshalb er auch von gegenüber Hitler hellsichtigeren westlichen Politikern wie den von Maiski zitierten Churchill oder Lloyd George nicht verurteilt, sondern mit Verständnis bedacht wurde.¹⁰

Schließlich empfehle ich den Leserinnen und Lesern als Kontrapunkt die Lektüre jener Rezension, die im September

2016 in der Berliner *taz* veröffentlicht wurde (<http://www.taz.de/!5335476>). Den dortigen Rezensenten interessiert lediglich, wie er Iwan Maiskis Biographie dazu benutzen kann, Jauche über die Sowjetunion und Russland (!) auszuschütten. Und dass Maiski ein „Diplomat Stalins“ war, des „wichtigsten Verbündeten des Dritten Reiches“. An der Sprache und an den im Text verbratenen Lügen kann man meines Erachtens erahnen, in welchen Irrsinn die Welt bereits wieder im Begriff ist hineinzutaumeln. Angeführt

von Kriegspropagandisten und Kriegern, die nicht nur den alten Kalten Krieg gerne aufwärmen, sondern auch aus dem heißen davor nichts zu lernen gewillt sind. Wo sind die heutigen Maiskis? Und wie viele bräuchte man, um das Schlimmste abzuwenden?

Gabriel Gorodetsky (Hg.): Die Maiski-Tagebücher. Ein Diplomat im Kampf gegen Hitler 1932–1943. München: C. H. Beck 2016, 896 Seiten, 35,- Euro

Anmerkungen:

1/ „La Tragédie des Brigades Internationales“ (dt. „Vom Kämpfen und Sterben der Internationalen Brigaden“), Regie Patrick Rotman, Frankreich 2015.

2/ Der „Schulterschluss“ ein Jahr davor zwischen Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier („Münchener Abkommen“ vom 29. September 1939) wird verschwiegen. Siehe dazu auch meinen Beitrag in einem Tagungsband über den Spanischen Bürgerkrieg, der demnächst im Grazer Verlag CLIO erscheinen wird.

3/ *The Maiski Diaries. Red Ambassador to the Court of St James's 1932–1943.* New Haven, London: Yale University Press 2015.

4/ Parallel und im teilweisen Widerspruch dazu sind die Ansprüche, entsprechend dem „proletarischen Internationalismus“ zu handeln, aufrecht. Dieser Dualismus führt insbesondere im Spanischen Bürgerkrieg zu unnötigen Behinderungen (einerseits Formierung der Internationalen Brigaden, andererseits staatliche Interessen). Die sowjetische Hymne war immer noch „Die Internationale“ und wurde erst während des Weltkriegs abgelöst.

5/ Hugo Portisch: *Hört die Signale. Aufstieg und Fall des Sowjetkommunismus.* Wien: Kremayr & Scheriau 1991, S. 277f.

6/ Gromyko, *Pamyatnoe*, Moskau 1990, I, S. 416–418, zit. nach: *Die Maiski-Tagebücher*, S. 764.

7/ Portisch: *Hört die Signale*, S. 90–96.

8/ Ebd.

9/ Ist es nicht auffällig, wie häufig bei der Erwähnung des penetrant „Hitler-Stalin-Pakt“ genannten Vertrages das ein Jahr zuvor abgeschlossene Abkommen „vergessen“ wird? Und – wenn es dennoch erwähnt wird – nie „Hitler-Chamberlain-Pakt“ genannt wird?

10/ Auf einem anderen Blatt steht, wie diese sowjetische Politik gegenüber den Kommunistischen Parteien bzw. innerhalb der damals noch bestehenden Kommunistischen Internationale kommuniziert und gerechtfertigt wurde; wie auch deren Politik irritiert oder zurechtgebogen wurde; welche Auswirkung darüber hinaus auch die inneren Vorgänge in der Sowjetunion und deren internationales Beschweigen oder Beschönigen auf die Kommunistinnen und Kommunisten außerhalb der Sowjetunion hatten. Von einer Exkulpierung Stalins im Hinblick auf die Kommunistische Weltbewegung (oder Verbrechen im Inneren der Sowjetunion) kann also keine Rede sein. Siehe dazu auch meine Rezension von Domenico Losurdo: *Stalin. Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende*, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 2/2013.

Masaryk erzählt 1943 Maiski einen Witz

Berlin 1950. Ein Fremder setzt sich in einem Wirtshaus zu einem Deutschen: „Sie wissen nicht zufällig, was aus diesem seltsamen krakeelenden Mann geworden ist, oder? Mit dem kleinen Schnauzbart?“

„Hitler – aber natürlich weiß ich das!“, antwortet der Deutsche. „Er arbeitet wieder in seinem alten Beruf als Anstreicher – in Australien.“

Der Fremde fragt weiter: „Und wissen Sie, was aus diesem großen Dicken geworden ist? [...] Der sich so gerne mit Orden und Medaillen behängt hat, wohin er auch ging?“

„Ach ja, auch Göring hat etwas Passendes für sich gefunden: Er arbeitet als Pilot für eine private Fluggesellschaft in Südamerika.“

Der Fremde fragt weiter: „Und was ist mit dem finsternen Giftzwerg mit der Quäkstimme und dem lahmen Bein, wo ist er gelandet?“

„Goebbels lässt es sich gut gehen“, sagt der Deutsche. „Er ist Chefredakteur einer Zeitung in Westafrika.“

Schließlich richtet der Deutsche eine Frage an den Fremden: „Und warum interessiert Sie das alles so brennend? Wer sind Sie denn?“

„Ich? Ich bin Lord Heß“, antwortet der Fremde in perfektem Deutsch mit leicht englischem Akzent.

Winfried R. Garscha 65 Jahre

Am 4. Mai feierte der Historiker und Archivar des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes*, Dr. Winfried R. Garscha, Mitglied des Vorstands der *Alfred Klahr Gesellschaft* seit ihrer Gründung, seinen 65. Geburtstag. Die *Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* und das DÖW nahmen dies zum Anlass, dem Jubilar eine Festschrift zu widmen, die im Rahmen einer Festveranstaltung am 18. Mai im Salvatorsaal des Alten Rathauses überreicht wurde.

Winfried Garscha, geboren am 4. Mai 1952 in Linz, verbrachte den Großteil seiner Kindheit in Krems und besuchte das Konvikt sowie die Musikschule des Stiftes Göttweig. Geprägt von der Anfang der 1970er Jahre herrschenden Aufbruchstimmung, die sich nicht zuletzt in der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg manifestierte, wurde er politisch sozialisiert. Das zentrale Erlebnis auf dem Weg seiner politischen Bewusstwerdung war die große Anti-Vietnamkriegsdemonstration gegen den amerikanischen Präsidenten Nixon in Salzburg zu Pfingsten 1972. In dieser Zeit kam er in Krems erstmals in Kontakt mit KommunistInnen

Nach der Matura begann Friedl Garscha an der Universität Wien das Studium der Geschichte und Germanistik, später der Slawistik. In dieser Zeit knüpfte er Kontakte zu MitarbeiterInnen im Globus-Haus im 20. Bezirk, wo sich die Parteizentrale der KPÖ befand. Neben seinem Studium arbeitete er viele Jahre in der Redaktion der *Volksstimme*, später in jener des KPÖ-Theorieorgans *Weg und Ziel*. Vor diesem politischen Hintergrund kristallisierte sich Garschas erster Arbeitsschwerpunkt heraus, der ihn bis heute begleitet, nämlich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der ArbeiterInnenbewegung. Dies führte ihn ab Mitte der 1970er Jahre auch zur *Linzer Konferenz der Historiker der Arbeiterbewegung* (ITH), wo er zunächst die Funktion des stellvertretenden Geschäftsführers, dann des Vizepräsidenten und schließlich des Treasurers ausübte. Mit einem Stipendium der KPÖ konnte er sich einen längeren Aufenthalt in der DDR finanzieren, den er für die Arbeit an seiner Dissertation „Die Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft. Kontinuität und Wandel deutscher Anschlusspropaganda und Angleichungsbemühungen vor und nach der

nationalsozialistischen „Machtergreifung“ nutzte. 1983 wurde seine Dissertation approbiert und er promovierte zum Doktor der Philosophie. Friedl Garschas wissenschaftliche Laufbahn begann 1983/84 mit einem Akademikertraining bei der *Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte* in Wien und setzte sich fort mit Lehraufträgen an den Universitäten Innsbruck, Linz, Marburg an der Lahn, Leipzig und Rouen, mit verschiedenen Forschungsaufträgen, der Mitarbeit an Ausstellungen und zeitgeschichtlichen Filmen, Seminaren und Vorträgen im Rahmen der Erwachsenenbildung und Lehrerfortbildung sowie Vorträgen auf wissenschaftlichen Konferenzen in Österreich, Deutschland, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Ungarn, Tschechien und den USA.

Die über die Tätigkeit in der ITH geknüpfte Bekanntschaft mit dem DÖW-Gründer Herbert Steiner führte ihn Mitte der 1980er Jahre ins Dokumentationsarchiv, wo er als Projektmitarbeiter an der – noch heute als Standardwerk zu bezeichnenden – Dokumentation über den „Anschluss“ im Jahr 1938 mitarbeitete. 1988 wurde Friedl Garscha als Archivar im DÖW angestellt.

Im Zuge der Waldheim-Debatte seit Mitte der 1980er Jahre trat die Frage nach der Beteiligung von ÖsterreicherInnen an NS-Verbrechen in den Mittelpunkt des gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Interesses. Die Bedeutung dieses Paradigmenwechsels in der österreichischen Geschichtsschreibung erkennend, entwickelte Friedl Garscha eine Projektidee zur Aufarbeitung der Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich. Das DÖW hatte bis dahin schon in mehreren seiner Dokumentationen zu Widerstand und Verfolgung in Österreich auf Justizakten, nicht zuletzt der von 1945 bis 1955 existierenden Volksgerichte, zurück gegriffen. Ab 1993 führte Garscha zusammen mit Claudia Kuretsidis-Haider ein mehrjähriges, vom Wissenschaftsförderungsfonds finanziertes Projekt über die Ahndung von NS-Verbrechen durch. Dies führte 1998 zur Gründung der *Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz*.

Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit war und ist Friedl Garscha ein unverbrüchlicher Antifaschist, was sich in mannigfaltigen Aktivitäten widerspiegelt. Als einer der Gründungsmitglieder der *Alfred Klahr Gesellschaft* bemühte er sich Anfang der 1990er Jahre gemeinsam mit anderen, das Archiv der KPÖ für künftige Forschungen zu bewahren.



Bis 2005 wirkte er als Schriftführer der Gesellschaft, deren Vorstand er bis heute angehört. Seit vielen Jahren ist Friedl Garscha auch im KZ-Verband tätig, lange Jahre davon als stellvertretender Bundesvorsitzender sowie als Wiener Landesvorsitzender.

Die Winfried Garscha gewidmete Festschrift mit dem Titel „Zeithistoriker, Archivar, Aufklärer“ spiegelt sein breites Betätigungsfeld wieder. Sein Schaffensspektrum umfasst sowohl die wissenschaftliche Forschung als auch die Vermittlung von Wissenschaft – und zwar nicht nur im akademischen Umfeld, sondern auch in der Volksbildung. Darüber hinaus ist es ihm ein großes Anliegen, Quellen zu bewahren, für die Öffentlichkeit aufzubereiten und zugänglich zu machen. Sowohl im Rahmen der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz wie des DÖW veröffentlichte Garscha zahlreiche Publikationen zu unterschiedlichen Aspekten der Zeitgeschichte. Das Werkverzeichnis am Ende der Festschrift ist ein eindrucksvolles Zeugnis dafür. Bei vielen Vorträgen im In- und Ausland – sowohl in Europa wie auch in den USA – konnte er ein weitläufiges Netzwerk an Kontakten zu WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Disziplinen knüpfen. Die von langjährigen KollegInnen und FreundInnen verfassten 32 Beiträge bieten einen Ausschnitt dieses breiten Netzwerkes von Friedl Garscha.

CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER

Claudia Kuretsidis-Haider/Christine Schindler (Hg.): *Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha*. Wien: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* 2017, 500 S., 19,50 Euro
Bestellungen: office@doew.at



Franz Marek. *Beruf und Berufung Kommunist. Lebenserinnerungen und Schlüsseltexte*, hg. und eingeleitet von Maximilian Graf und Sarah Knoll. Wien: Mandelbaum-Verlag 2017, 347 S., 25,- Euro

Es kommt nicht oft vor, dass ein hochrangiger Funktionsträger der Republik in der Öffentlichkeit nicht nur den kommunistischen Widerstand gegen die faschistische Herrschaft, sondern auch die Aufbauleistung von KommunistInnen nach dem Krieg würdigt. So geschehen bei der Präsentation des Buches „Franz Marek. Beruf und Berufung Kommunist“ durch den ehemaligen Präsidenten des Bundesrates und Generalsekretär des *Österreichischen Zukunftsfonds* Prof. Herwig Hösele am 30. März dieses Jahres in der Akademie der Wissenschaften in Wien.

Das Buch, das nunmehr vier Jahre nach dem 100. Geburtstag Franz Mareks im Mandelbaum Verlag herauskam, besteht aus drei Teilen: Eine biographische Skizze, verfasst von den HistorikerInnen Sarah Knoll und Maximilian Graf, die erstmalige Veröffentlichung des autobiographischen Manuskripts von Franz Marek, das im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* aufbewahrt wird, und eine Auswahl von zwölf Artikeln, die Marek als Chefredakteur von *Weg und Ziel*, der seinerzeitigen theoretischen Zeitschrift der KPÖ verfasst hatte. Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* gingen bereits 2013 anlässlich des 100. Geburtstags von Marek auf das autobiographische Manuskript ein.

Das Buch konzentriert sich auf das Wirken Mareks als Berufsrevolutionär in der KPÖ, vor allem im antifaschistischen Widerstand gegen das austrofaschistische Regime und im französischen Widerstand, wo er für die Antinazi- und Antikriegspropaganda unter den deutschen Besatzungssoldaten verantwortlich war, sowie als einer der führenden Intellektuellen der KPÖ bis zu seinem Ausschluss 1970. Das autobiographische Manuskript endet mit seinem Ausschluss aus der Partei. Marek betätigte sich danach bis zu seinem Tod 1979 nicht mehr als Politiker, sondern als Chefredakteur der monatlich erscheinenden Zeitschrift *Wiener Tagebuch* sowie als Publizist und Kommentator. Die Gründung einer neuen linken Partei neben der KPÖ lehnte er ab.

Die Auswahl der im Buch aufgenommenen Artikel versucht die politische und ideologische Entwicklung Mareks von 1956 bis 1968 nachzuzeichnen, also

in der Zeit zwischen den großen Krisen des europäischen Kommunismus nach der Niederschlagung der ungarischen Konterrevolution und des „Prager Frühlings“. Sie sind in dieser Zusammenstellung informativ, weil sie viele wichtige Fragestellungen aufrollen, die KommunistInnen bis heute bewegen und in ihrer Kritik an den damaligen osteuropäischen sozialistischen Ländern einen Schlüssel zum Verständnis des Scheiterns liefern. So befasst sich ein Artikel mit den Ereignissen in Ungarn (1956), ein weiterer mit den Diskussionen über den 22. Parteitag der KPdSU (1962), sowie mit der Kunstdiskussion in der Sowjetunion und der „Struktur des Stalinmythos“ (1968). Vorangestellt sind zwei Artikel über Antonio Gramsci (1966 und 1967), wobei Franz Marek als einer der ersten die Gedankenwelt des italienischen Kommunisten im deutschsprachigen Raum einem marxistischen Publikum vorstellte.

Es gibt noch keine zusammenfassende Erforschung und Darstellung der internationalen Beziehungen und Kontakte der KPÖ im Rahmen der kommunistischen Weltbewegung nach 1945, die sich zwar überwiegend aber nicht ausschließlich auf die KPdSU und die osteuropäischen Parteien erstreckten. In Mareks Autobiographie finden sich einige interessante Hinweise dazu, denn Marek unterhielt viele Verbindungen zu westeuropäischen kommunistischen Persönlichkeiten und Parteien, insbesondere zur italienischen KP. Dazu gehört auch die wechselseitige Publizistik etwa in Gestalt von Artikeln, die von *Weg und Ziel* übernommen wurden und die Marek für ausländische Zeitschriften verfasste. Näheres erfahren wir möglicherweise in der Biographie über Franz Marek, welche die HistorikerInnen Graf und Knoll planen.

Das Buch enthält im Anhang ein Publikationsverzeichnis und Personenregister. Der wissenschaftliche Apparat ist mit 681 (zum Teil sehr ausführlichen) Fußnoten – verteilt auf 232 Seiten – etwas zu üppig ausgefallen.

MICHAEL GRABER

Demokratie – kritische Reflexionen (Pädagogische Taschenbuchreihe schulheft, Nr. 164). Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2016, 142 S., 16 Euro

Die Pädagogische Taschenbuchreihe *schulheft* ist in den 40 Jahren ihres Bestehens ziemlich kritisch an gesellschafts- und bildungspolitischen Themen herangegangen und wagt das auch mit

Reflexionen über Demokratie. Das zu einer Zeit, in der Demokratien sich in ihren verschiedenen westlich bürgerlichen Varianten unter neoliberal kapitalistischen Bedingungen rückläufig entwickeln und dem „Volk“ herrschaftspolitisch und medial Ungeheuerlichkeiten zugemutet werden, damit extreme sozioökonomische Ungleichheiten, humanitäre Verbrechen und Umweltzerstörung widerstandslos hingenommen werden, gegen Widerstand wird auf allen Ebenen gerüstet. Die Beiträge dieser Ausgabe gehen den Fragen, was Demokratie je war und heute möglicherweise ist oder sein kann, in einer Verschränkung der Perspektiven von Kritischer Pädagogik, Bildungssoziologie, Politik- und Geschichtswissenschaft nach.

Die Tradition Kritischer Pädagogik, so der Beitrag von Christine Rabl, sieht sich dem Ziel gesellschaftlicher Veränderung im Sinne einer effektiveren Demokratie verpflichtet, in der Ausgrenzung und Benachteiligung mehr und mehr beseitigt werden sollen. Der Anspruch Kritischer Pädagogik zielt darauf ab, die Handlungsspielräume derer zu erweitern, denen sie in „Demokratien“ der Machteliten verwehrt wurden und werden. Kritische Erziehungswissenschaft eröffnet die Hoffnung, dass Bildung die Überschreitung der auf Anpassung und Reproduktion ausgerichteten Erziehung ermöglichen. Gemeinsame Interessen zu entwickeln, zu klären, die Interessen Anderer nachzuvollziehen, zu diskutieren, aktiv nach Umsetzungsmöglichkeiten zu suchen, zu scheitern und es erneut probieren, das wäre schon eine Form von demokratischer Bildung – in der Hoffnung auf gerechtere demokratische Verhältnisse, auf „lebbarere Welten“. Die durch hierarchisch strukturierte gesellschaftlichen Differenzkategorien wie Geschlecht, sozioökonomische Herkunft, Ethnie, Religion, Hautfarbe usw. markierten „Anderen“ sind es, die aus männlichen, weißen, heterosexuellen westlichen Perspektiven aus „Demokratien“ ausgestoßen sind, auf diese Anderen müsste sich die Aufgabenbestimmung der Pädagogik beziehen.

Es geht daher vor allem darum, ob wir den vagen Begriff der Demokratie mit Kapitalismuskritik füllen können, wie es der Artikel von Conrad Schuhler aus sozioökonomischer Richtung angeht. Er stellt die Fragen, woher die Prinzipien der bürgerlichen Demokratie rühren, was sie bedeuten und welche Verschlechterungen der Wandel zum Neoliberalismus gebracht hat. Er folgert, dass, um wirk-

liche Demokratie möglich zu machen, die Demokratisierung der Wirtschaft nötig ist. Die Alternative zur Entwicklung: Kapitalismus ohne Demokratie wäre und muss sein: Demokratie ohne Kapitalismus.

Dass die „Krise“ der repräsentativen Demokratie in Europa ökonomische Wurzeln hat, bestätigt auch ein anderer Beitrag und geht dabei auch auf die ökonomischen Krisen der EU ein. Eine Analyse von „Postdemokratie“ kommt zum Schluss, dass eine Demokratie, die den Demos verhindert, sich selbst abschafft.

Aus feministischer Sicht wird betont, dass in den auf Ausschlüssen und Begrenzungen basierenden westlichen Demokratien die vergeschlechtlichten Ausschlüsse und Ungleichheiten auch in der Postdemokratie wirkmächtig sind. Heutige ökonomischen Logiken, der Umbau des Wohlfahrtsstaates, die Autorisierung des Politischen gehen einher mit dem Abbau politischer und sozialer Rechte, auch der Rechte der Frauen. Die Rechte der MigrantInnen stehen im Mittelpunkt von Untersuchungen durch Rubia Salgado, und es kommt nicht von ungefähr, dass ihr wissenschaftliches Engagement sich hauptsächlich in alternativ organisierten Institutionen entwickelt, denn nur von dort aus kann das Interesse der Wirtschaftsmächtigen an der Nutzung von MigrantInnen mit Quellentexten aus politischen Erklärungen, Programmen, Verordnungen und Gesetzen kritisch offengelegt werden. Sie beweisen eine „Demokratie der Ausnahmen“, gegen die es sich zu wehren gilt.

Der Historiker Hans Hautmann fasst in dieser Ausgabe die einschneidenden politischen Veränderungen vom Sturz der Habsburger-Monarchie zu Ausrufung der Republik und der Errichtung einer parlamentarischen Demokratie kurz und bündig zusammen. Das Wirtschaftssystem auf privatkapitalistischer Basis blieb gleich, die Reformpolitik wurde von der Gegenoffensive nach 15 Jahren einer demokratischen Periode der Ersten Republik in faschistische Diktaturen geführt. Ein Lehrbeispiel, das in seiner stringenten Logik so leider nicht in unseren Lehrbüchern behandelt wird.

Mit dem Blick aufs „Schweizer Modell“ zeigt Stefan Howard, dass der „Volkswille“ sich als schwieriges Konstrukt erweist. Er verschafft bemerkenswerte Einsichten, wie die direktdemokratischen Schweizer Volksinitiativen einerseits Erfolgsprodukt und andererseits in vieler Hinsicht problematisch sind. Abschließend geht es wieder auf

die pädagogische Ebene. Hauke Straehler-Pohl und Michael Sertl untersuchen pädagogische Bedingungen für eine effektivere Demokratie und formulieren, auf Bernstein basierend, pädagogische Rechte, die diese Bedingungen sicherstellen sollen, wie Vertrauen und Teilhabe. Wolfgang Popp, verdienter deutscher „Friedenspädagoge“, stellt einen Auszug aus seinen Thesen zur „Friedenserziehung“ unter das Motto „Friedenserziehung als Demokratieerziehung“. Dieses *schulheft* gibt dringend notwendige Denkanstöße und macht neugierig auf die Folgennummer zum Thema „Widerstand – denkbar, sagbar, machbar“.

ELKE RENNER

Julia Köstenberger: Kaderschmiede des Stalinismus. Die Internationale Leninschule in Moskau (1926–1938) und die österreichischen Leninschüler und Leninschülerinnen. Wien: LIT Verlag 2016 (Wiener Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 8), 544 S., 54,90 Euro

Nur wenig bekannt war bisher über die Internationale Leninschule (ILS) in Moskau, die von ihrer Gründung im Jahr 1926 bis 1938 eine wichtige Ausbildungsstätte der Kommunistischen Internationale war. In der Zeit ihres Bestehens besuchten über 3.500 Männer und Frauen aus 60 Ländern die ILS. Bekannte österreichische AbsolventInnen waren u.a. Ernst Burger, Friedrich Hexmann, Hermann Mitterracker, Josef Meisel und Hedy Urach. Alfred Klahr und Arnold Reisberg arbeiteten hier als Lektoren. Der Anlass ihrer Gründung war, den Linksradikalismus in der frühen kommunistischen Bewegung zu überwinden und die strategische Ausrichtung der kommunistischen Parteien hin zu den arbeitenden Menschen zu unterstützen. Dazu bedurfte es umfassend gebildeter politischer FunktionärInnen.

Durch die Publikation der Wiener Historikerin Julia Köstenberger wurde diese Wissenslücke nun geschlossen. Gestützt auf Moskauer Akten erarbeitet die Autorin eine Gesamtsicht auf diese Bildungsinstitution (von der Gründungsgeschichte, ihrer organisatorischen Ausgestaltung, dem Lehrkörper bis zum Alltag der KursantInnen) und unterzieht das Kontingent der insgesamt 140 österreichischen LeninschülerInnen (114 Männer und 26 Frauen) einer genauen Betrachtung. Herausgekommen ist dabei ein über 500 Seiten starkes Werk, das auf ihre an der Universität Wien approbierte Dissertation zurückgeht.

Trotz der Fülle an Informationen fällt die inhaltliche Einschätzung zwiespältig aus: Einerseits hat sich die Autorin die Mühe gemacht, nicht nur die exakte Anzahl der ÖsterreicherInnen an der Leninschule zu rekonstruieren, sondern auch deren Lebenswege vor und nach Absolvierung der Schule mit kollektivbiographischen Methoden zu erforschen. Mit dieser akribischen Recherche hat die Autorin manche biographische Lücke geschlossen und sich zweifellos Verdienste erarbeitet. Andererseits ist zu kritisieren, dass das Buch über weite Strecken vom Jargon der „Kommunismusforschung“ geprägt ist. So ist etwa vom „Stalinismus“ die Rede, ohne eine wissenschaftlich haltbare Begriffsdefinition zu liefern. Die Autorin macht sich zwar über die „Agentenhysterie“ an der ILS lustig, lässt aber die Bedrohung der Sowjetunion durch den aufkommenden Faschismus (und dessen Geheimdienste) unerwähnt. In manchen Kapiteln – etwa dort, wo es um Schulinterna und Gerichtsverfahren geht – ersetzen oftmals Spekulationen fehlende Fakten. Bei der Lektüre ist also auch der kritische Leserverstand gefordert, um manche Darstellung zu hinterfragen. Bei einer Neuauflage wäre zu überlegen, ob nicht der Umfang des statistischen Materials reduziert werden könnte.

ALEXANDER DINBÖCK

Hanns Eisler: Kalifornische Ballade. Ausgewählte historische Musikaufnahmen (CD). Berlin Classics 2017, 15,- Euro



Reden wir nicht von

musikalischen und politischen Banausen, die mit Hanns Eisler nur die Nationalhymne der DDR assoziieren. Aber selbst jene, die Eisler schätzen, kennen von diesem österreichischen Komponisten oft nicht mehr als seine Vertonungen von Brecht-Liedern, insbesondere aus den Theaterstücken, und vielleicht einige kommunistische Kampfsongs der 1920er und 1930er Jahre. Vielleicht gerade für solche Eisler-Liebhaber gibt es nun eine gute Möglichkeit, ihren Horizont zu erweitern, und zwar sowohl genussvoll als auch lehrreich.

Kernstück dieser neuen CD, die im Auftrag der in Berlin ansässigen *Internationalen Hanns Eisler Gesellschaft* von

ihren Vorstandsmitgliedern Jürgen Schebera und Peter Deeg zusammengestellt wurde, bildet ein Auszug des bis dato auf Tonträger nicht verfügbaren Hörspiels „Kalifornische Ballade“, das zur Entstehungszeit „Rundfunk-Erzählung“ genannt wurde. „1932 in Berlin begonnen, erlebte die Komposition erst 1934 im Londoner Exil ihre Fertigstellung und noch im selben Jahr“, so die Herausgeber im Booklet, „ihre erste Radioausstrahlung. Diese erfolgte, den Umständen des Exils geschuldet, in fremder Sprache: Die beim Brüsseler Rundfunk auf Lackfolienplatten festgehaltenen Aufnahmen mit dem auf flämisch singenden (1933 aus Deutschland geflohenen) Ernst Busch sind erst kürzlich in einem belgischen Archiv wieder aufgefunden worden; sie waren bei der zweiten Sendung [...] am 12. April 1935 entstanden und werden hier zum ersten Mal wieder der Öffentlichkeit präsentiert (siehe Bonus-Tracks).“ Mit der deutschen Fassung, 1968 vom Rundfunk der DDR eingespielt und gesendet, beginnt die CD.

Der Text dieser Ballade stammt vom deutschen Schriftsteller Ernst Ottwalt, der unter anderem mit Bertolt Brecht das Drehbuch zum Film „Kuhle Wampe oder: Wem gehört die Welt?“ (Regie: Slatan Dudow) verfasste, zu dem ebenfalls Eisler die Musik komponierte. Erzählt wird die Geschichte von Johann August Sutter, einem Schweizer, der im 19. Jahrhundert nach Amerika auswanderte. Der Stoff wurde vor Ottwalt u.a. auch von Stefan Zweig verwendet, in „Die Entdeckung Eldorados“ (Sternstunden der Menschheit, 1927). Zu dieser Ballade Ottwalts hört man wie in den darauffolgenden vorwiegend Bühnen- und Filmmusiken, was Eisler „angewandte Musik“ nannte, realisiert mit einem an den damaligen Jazzbands orientierten Instrumentalensemble mit meist dominierenden Bläsern und Rhythmusinstrumenten.

An dieser Stelle ist auf die doppelte Tragik des Ernst Ottwalt hinzuweisen, die wohl auch hauptverantwortlich dafür ist, dass die „Kalifornische Ballade“ weder zu Lebzeiten Eislers, noch in den mehr als fünf Jahrzehnten seither größere Bekanntheit erlangte. 1929 war bei Malik sein erster Roman „Ruhe und Ordnung“ erschienen, ein „Roman aus dem Leben der nationalgesinnten Jugend“, wie es im Untertitel heißt. Wie im darauffolgenden Justiz-Roman „Denn sie wissen, was sie tun“ (1932) verband Ottwalt darin auf neuartige Weise dokumentarisch-authentische Materialien mit

fiktionalen Passagen zu einem „Tatsachen-Roman“ und forderte damit den damals kaum umstrittenen kommunistischen „Literaturpapst“ Georg Lukács heraus, der 1932 Ottwalt „marxistisch“ zu belehren versuchte – was dieser in der *Linkskurve*, der Zeitschrift des *Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller Deutschlands* nicht auf sich sitzen ließ („Tatsachenroman“ und Formexperiment. Eine Entgegnung an Georg Lukács, in: *Die Linkskurve*, Oktober 1932, S. 21–26). Zwar wurde Ottwalt u.a. von Brecht sekundiert, aber die Auseinandersetzung, an der sich eine Reihe von Schriftstellern beteiligten (z.B. Ernst Bloch, Alfred Kurella und Anna Seghers), zog sich bis nach der Machtübernahme der Nazis hin, ging als so genannte „Expressionismusdebatte“ in die Literaturgeschichte ein und wirkte noch bis zum „Antiformalismus“-Kampf z.B. der DDR-Kulturpolitik weiter.

Davon aber bekam Ottwalt nur noch wenig mit. 1933 emigrierte der 1931 in die KPD Eingetretene über Dänemark und die Tschechoslowakei nach Moskau. Dort geriet er 1936 in die Mühlen des stalinistischen Terrors, wurde 1939 als „Spion“ zum Tod verurteilt (nach anderen Angaben zu fünf Jahren Lagerhaft und Zwangsarbeit) und starb 1943 in einem Lager bei Archangelsk. Nachvollziehbar, dass es nach dem Krieg in der DDR schwierig war, so einen mit seinen Leistungen wieder ans Tageslicht zu befördern. So gerieten auch seine literarischen Leistungen in Vergessenheit. Aber „westliche“ Häme ist nicht angebracht: Ottwalt hat im Westen außer linke Kritiker des „Realsozialismus“ niemanden interessiert.

Speziell für österreichische Eisler-Interessierte birgt diese CD einen weiteren Schatz. Eisler kommt das unschätzbare Verdienst zu, den Epilog von „Die letzten Tage der Menschheit“ von Karl Kaus, betitelt „Die letzte Nacht“, großartig vertont zu haben. Fünf Musikstücke dieses Epilogs, uraufgeführt 1930 in Berlin im Theater am Schiffbauerdamm, werden in einer Aufnahme der Ebony Band Amsterdam vom November 1990 auf der CD wiedergegeben. Als ob Kraus damals das Schicksal der Eisler'schen Musik vorausgesehen hätte, fasste er die Rezensionen der Uraufführung in der ihr folgenden Nummer der *Fackel* so zusammen: „Das Äußerste an Infamie war wohl die Behandlung oder Nichtbehandlung des musikalischen Kunstwerks, das Hanns Eisler dem Text angegliedert hatte, der ‚Katzenmusik‘, von der ein Un-

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:
ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT
Präsident: Walther Leeb
Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Alexander Dinböck, Irene Filip, Winfried R. Garscha, Michael Graber, Heimo Halbrainer, Hans Hautmann, Claudia Kuretsidis-Haider, Manfred Mugrauer, Elke Renner, Karl Wimpler
Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien
Telefon: (+43-1) 982 10 86
E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at
www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S
Österreichische Post AG
Sponsoring-Post
P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930
BIC: OPSKATWW

verantwortlicher sprach und der allein zuliebe schon alle Problematik eines Bühnendaseins der ‚Letzten Nacht‘ hinzunehmen war.“ – Leider, muss man bei dieser Gelegenheit anmerken, verstaubt ein Live-Mitschnitt dieses Epilogs aus dem Jahre 1999 (im Rahmen einer Aufführung im Brahmsaal des Wiener Musikvereins) in irgendeinem ORF-Archiv, im Unterschied zur CD aufgeführt mitsamt dem Kraus-Text, u.a. mit dem Schauspieler Wolfram Berger. Wie viele Jahrzehnte wird es dauern, bis das jemand ausgräbt und allgemein zugänglich macht? Eine unvergleichliche Anti-Kriegs-Philippika im unvergleichlichen Eisler-Ton!

Man kann den Verantwortlichen für die CD „Kalifornische Ballade“ allein für die bisher erwähnten Aufnahmen nur gratulieren. Aber es finden sich darauf noch weitere gelungene, wie ein Eisler-Potpourri über russische Volkslieder oder fünf Brecht-Lieder in Aufnahmen der Ende des Vorjahres 91-jährig verstorbenen Gisela May. Verbreiten!

KARL WIMPLER